

# Sand im Getriebe 116

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## Umbrüche in Europa



**CANCEL GREEK DEBT**  
**Sprengt die Schuldenketten Griechenlands!**  
<http://cancelgreekdebt.org/de/>

### Die Petition:

Wir, Bürgerinnen und Bürger der Länder Europas, fordern

**eine europäische Konferenz**, auf der ein **Schuldenerlass** für Griechenland und andere Länder, die einen benötigen, vereinbart wird. Die Konferenz soll, unterstützt durch **Schuldenuaudits**, zu Schuldenerlässen führen. Deren Kosten sollen diejenigen Banken und Spekulanten tragen, die von den sogenannten Rettungspaketen in Wahrheit profitiert haben.

ein **Ende der erzwungenen Kürzungsmaßnahmen**, die Ungleichheit und Armut in Europa und der ganzen Welt verursachen.

die **Erarbeitung von Regeln durch die Vereinten Nationen**, damit Staatsschuldenkrisen in der Zukunft schnell, fair und unter Einhaltung der Menschenrechte gelöst werden können. Dadurch wird Banken und Spekulanten signalisiert, dass wir in Zukunft nicht mehr für das Risiko ihrer unverantwortlichen Investitionen haften werden.

*Diese Initiative von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken aus ganz Europa wird u. a. vom europäischen Attac-Netzwerk, Erlaßjahr, WEED, CADTM International, Corporate Europe Observatory, Global Justice Now (UK), Greece Solidarity Campaign (UK), Jubilee Debt Campaign (UK), Trades Union Congress (UK), Transnational Institute (Global) getragen. Bitte online unterschreiben und weitersagen!*

Griechenland / Europa	
IUL: Es geht um einen <b>Regimewechsel!</b>	3
Ergebnisse der Syriza-Regierung / <b>Referendum</b> ; Flassbeck, Piketty: <b>Offener Brief an Frau Merkel</b>	4
Über einige „Irrtümer“ in Medien (H. Flassbek, St. Kaufmann, F. De Masi, H. Schumann, W. Wolf)	6
<b>Bericht der Wahrheitskommission für die Staatsschulden Griechenlands</b>	8
<b>This is a coup - Der schwarze Montag:</b> Text der Vereinbarung vom 13. Juli / Einschätzungen von Tsipras, Varoufakis u. a. / <b>ESM – Was ist das?</b>	12
Th. Sablowski: Es soll ein <b>Exempel statuiert werden</b>	16
Kritik am <b>Privatisierung-Deal</b> (Erlassjahr, Monitor)	18
<b>Verdi / DGB gegen Kürzungskurs / Paul Krugmann:</b> Das Projekt Europa wird gerade vernichtet! / <b>Pro Asyl:</b> Gefangen in der Krise – Flüchtlinge in Griechenland	19
Judith Dellheim: <b>Und nun? / Europäische Märsche nach Brüssel und Aktionstage im Oktober / Positionen von Attac Deutschland, von Attac Österreich</b>	21
1.Mai-Reden von Manolis <b>Glezos, Sophie Binet (CGT)</b>	24
<b>Etienne Balibar, Sandro Mezzadra, F. Otto Wolf:</b> Wem unsere Solidarität gilt	25
<b>Eric Toussaint:</b> <b>Griechenland: ein alternativer Vorschlag</b>	27
<b>Demonstration am 10.Okt. gegen TTIP und CETA/ Hannes Hofbauer: Freihandel als Waffe</b>	30
Mathias Mittergeber: <b>Staatsschutzgesetz in Österreich</b>	33
<b>Appell gegen das unsolidarische, ungerechte und unmenschliche Dublin-System</b>	34
<b>Ernesto Samper zur regionalen Integration Lateinamerikas</b>	35
<b>KLIMA:</b> C. Schuhler: <b>G7 und die Dekarbonisierung: mehr als heiße Luft ? / Der Papst: „Laudatio Si“ zum Klima u. m. / Mohssen Massarrat: Masterplan schaffen! / Alternatiba, Klimacamps, Coalition clima 21</b>	37

## **Vorwort: Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst einer demokratischen Alternative zur Austerität**

„Die Regierung Griechenlands verkörpert eine demokratische Alternative, und das ist der Grund, weshalb die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) sich mit dem IWF verbündet haben, um diese Herausforderung zu bannen. Bis auf wenige Ausnahmen haben politische Parteien jeder Couleur stillschweigend oder aktiv die Anti-Syriza-Koalition unterstützt. (...) Bei den Verhandlungen ging es nie um wirtschaftliche Fragen, sondern um einen **Regimewechsel** und die Beseitigung der Gefahr einer möglichen politischen Ansteckung anderswo in Europa“, schreibt der internationale Gewerkschaftsverband IUL. H. Flassbek, St. Kaufmann, F. De Masi, H. Schumann, W. Wolf befassen sich mit der **Hetze** in Medien und Politik.

**Paul Krugman** hält die „Einigung“ vom 13. Juli, die wir in diesem Heft ausführlich dokumentieren, für einen Coup, „einen grotesken Verrat an allem, wofür das Europäische Projekt einmal stand.“ Mehrere prominente Ökonomen, unter ihnen **Thomas Piketty** und **Heiner Flassbeck**, haben in einem Appell an Angela Merkel die desaströsen Auswirkungen der Austeritätspolitik festgestellt, „die man seit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 in Europa nicht mehr gesehen hat. Die Medizin, die in Berlin und Brüssel zusammengebraut wird, ist schlimmer als die Krankheit selbst. Sie schadet sogar denjenigen, die zu Beginn der Krise noch nicht einmal geboren waren.“ Auch ein Gutachten des IWF stellt fest, dass die Schuldenfähigkeit des Landes überschritten ist und eine Schuldenreduzierung unumgänglich ist. Eine vom griechischen Parlament eingesetzte **Wahrheitskommission** zur Untersuchung der Entstehung der Schulden kommt im Juni 2015 zu dem Schluss, dass die griechische Staatsverschuldung nicht nur **untragbar** ist, weil die Bedienung der Schulden derzeit die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte ernsthaft gefährdet. „Darüber hinaus liefert der Bericht Beweise dafür, dass in Bezug auf alle Gläubiger deutliche Anzeichen für **illegale, illegitime** und **verabscheuungswürdige** Schulden zu erkennen sind. (...) Im Fall untragbarer Schulden hat jeder Staat das Recht, in außergewöhnlichen Situationen eine **Notlage** festzustellen (...). In einer solchen Situation kann ein Staat von der Erfüllung internationaler Verpflichtungen, durch die – wie im Fall ausstehender Forderungen – die Gefahr erhöht wird, befreit werden. Außerdem haben Staaten das Recht, sich **einseitig** für zahlungsunfähig zu erklären, wenn die Bedienung einer Schuld untragbar ist.“

Ob die griechische Regierung zwischen „Hinrichtung und Kapitulation“ (Varoufakis) am 13. Juli richtig entschieden hat, ist sehr umstritten. **Judith Dellheim**, **Etienne Balibar**, **Manolis Glezos** richten aber den Blick auf „**Was nun?**“ in den anderen europäischen Ländern. Glezos am 1. Mai: „Wir fordern nicht Eure Solidarität. Wir fordern, dass Ihr das gleiche hier tut!“ Ein wichtiger Baustein in der Herausbildung einer europaweiten Bewegung könnten die **Aktions- und Konferenztage im Oktober in Brüssel** und die europäischen Märsche dahin sein: „**Oxi! Basta! Enough! Bauen wir ein anderes Europa auf! Nein zur Austerität, Armut, TTIP, Rassismus und Korruption. Ja zur grenzenlosen Solidarität!**“

Einen detaillierten Vorschlag von Alternativen in Griechenland legt **Eric Toussaint** vor, in dem Reformen immer mit einem Umverteilungsaspekt verbunden wird. Unabhängig davon, ob man das als realistisch in der gegenwärtigen Kräftekonstellation ansieht, wird hiermit eine längst überfällige Diskussion über alternative Pfade und ihre Auswirkungen eröffnet, die wir in der nächsten SiG-Werkstatt dokumentieren werden. **Alexis Tzipras** erklärte, dass trotz der Härte des Abkommens der Kampf weiter geht, um „die angestammten Privilegien innerhalb des Landes loszuwerden, der Kampf gegen die Oligarchie, die uns an diesen Punkt geführt hat“.

**Hannes Hofbauer** gibt einen Überblick über die Freihandelsabkommen, von **NAFTA, TiSA, TRIPS, CETA, TPP, TTIP** unter dem Titel: „**Freihandel als Waffe: Die USA an vorderster Front**“. „Die Triebfeder aller Freihandelsabkommen, wie immer sie heißen oder sich abkürzen mögen, ist überschüssig vorhandenes Kapital auf der Suche nach Verwertung.“ Die Demonstration in Berlin am **10. Oktober** sagt Nein zu TTIP und CETA, und ja für ein **alternatives Handelsabkommen**.

Zum Stichwort der G7 „**Dekarbonisierung** der Weltwirtschaft“ betont **Mohssen Massarrat**: „Für das Klimaziel reichen Marktinstrumente nicht. Der Staatenbund muss das Angebot und den Verbrauch kontrollieren.“ Wir schließen diese Nummer mit einem etwas unerwarteten Beitrag zur selben Thema, mit Auszügen aus der Enzyklika „**Laudato si - Über die Sorge für das gemeinsame Haus**“ von Papst Franziskus. „G-7-Gipfel gibt es jedes Jahr, eine Umweltenzyklika hat nun nach fast zweitausend Jahren römischer Kirche Premiere“ vermerkt der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber. „Wir wissen noch nicht, ob es in Paris für ein ehrgeiziges Abkommen reichen wird. **Wir haben jetzt jedenfalls mächtig Rückenwind.**“ (P.S.)

(Fotos: europaweiter Aktionstag am 3. Juli, Bildnachweis: Bündnis Griechenlandsolidarität Berlin)



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

**Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! [www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org)**

**Gedruckte Exemplare** von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung** in Deutschland per Mail an [sig-abo@gmx.de](mailto:sig-abo@gmx.de). Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte:

1,50 € pro Heft (Nr. 100: 3€ + porto; Bis zur Nr. 106: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) **Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.**

**Redaktion:** Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

**In eigener Sache:** Seit Anfang des Jahres gibt es unsere „**SiG-Werkstatt**“: Hier erscheinen Zusatzmaterialien zu den SiG-Themen, aktuelle Meldungen und Artikel, die später in SiG veröffentlicht werden.

# Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelemployer-Gewerkschaften (IUL)

## Griechenland: Es geht um einen Regimewechsel

1 Juli 2015, Editorial

Die 'Institutionen' haben aufgrund des Beschlusses der Regierung, am 5. Juli ein Referendum über die Bedingungen der Rettung abzuhalten, neue Maßnahmen getroffen, um die griechische Wirtschaft in den Ruin zu treiben. Bei den Verhandlungen ist es nie um wirtschaftliche Fragen gegangen, sondern um einen **Regimewechsel** – und die Beseitigung der Gefahr einer möglichen politischen Ansteckung anderswo in Europa.

**Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst einer demokratischen Alternative zur Austerität.** Die Syriza-Regierung Griechenlands verkörpert diese Alternative, und das ist der Grund, weshalb die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) sich mit dem IWF verbündet haben, um die damit verbundene Herausforderung zu bannen. Bis auf wenige Ausnahmen haben politische Parteien jeder Couleur stillschweigend oder aktiv die Anti-Syriza-Koalition unterstützt.

Seit ihrem Wahlsieg im Januar hat sich die Syriza-Partei vergeblich bemüht, eine Erleichterung der ruinösen Sparmaßnahmen auszuhandeln, die den vorherigen Regierungen aufgezwungen worden sind, ein Programm, das wirtschaftliche und soziale Schäden angerichtet hat, die normalerweise nur mit Kriegszeiten in Verbindung gebracht werden, das eine Erholung in die ferne Zukunft gerückt hat und das die Schuldenlast vergrößert hat.

**Die Regierung** hat trotz ihrer Versprechungen, die Sparmaßnahmen zu beenden, alle im Land verfügbaren Mittel zusammen gekratzt, die Ausgaben gekürzt, um einen Haushaltsüberschuss zu erreichen, und ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern erfüllt. Die Kommission, die EZB und der IWF (die jetzt als 'die Institutionen' statt als die Troika bezeichnet werden) haben vom ersten Tag an klargestellt, dass ein **Schuldenabbau, die einzige realistische Lösung für die Dauerkrise**, nicht auf dem Tisch lag.

Während die Regierung sich geduldig um Verhandlungen bemühte und sogar einer Fortsetzung der ruinösen Rettungsmaßnahmen unter Bedingungen zustimmte, die der Wirtschaft weitere Milliarden Euro entzogen hätten, stießen ihre Vorschläge auf Ablehnung, Verachtung und Beleidigungen.

Die 'Institutionen' weisen zynisch jegliche Verantwortung für den vorhersehbar massiven Zusammenbruch der Wirtschaft zurück. Begrenzte staatliche Maßnahmen, um den schwächsten Teilen der Bevölkerung eine Grundversorgung mit Lebensmitteln und den fortgesetzten Zugang zur Stromversorgung zu gewährleisten, wurden als unannehmbare 'Alleingang' verurteilt.

Für den Kommissionspräsidenten Jean-



Claude **Junker**, der sich zuvor nur dadurch ausgezeichnet hat, dass er Luxemburg als Steueroase für multinationale Konzerne etabliert hat, ging kein griechischer Steuervorschlag weit genug. Vorschläge Griechenlands, Rumpfsysteme für Kollektivverhandlungen und soziale Sicherung aufrechtzuerhalten, wurden wiederholt verurteilt.

Die **EZB** löste eine Kapitalflucht und einen Ansturm auf die Banken aus, indem sie den Zugang der Banken zu Krediten begrenzte und gleichzeitig gerade genug Liquiditätshilfen bereitstellte, um permanenten Druck aufrechtzuerhalten.

Jetzt haben die 'Institutionen' aufgrund des Beschlusses der Regierung, am 5. Juli ein Referendum über die Bedingungen der Rettung abzuhalten, neue Massnahmen getroffen, um die griechische Wirtschaft in den Ruin zu treiben.

Das **Ziel** besteht darin, die Herrschaft der Banken und der sogenannten Technokraten (die in Wirklichkeit sehr politisch ausgerichtet sind) zu verstärken und den Bürgern Griechenlands klar zu machen, dass sie sich nicht ausmalen dürfen, die Macht der Hochfinanz anfechten zu können.

Die einfache Tatsache ist, dass **die als Austerität bezeichnete soziale Barbarei** niemals das Ergebnis hervorbringen konnte, das damit vordergründig erzielt werden sollte.

**Bei den Verhandlungen ging es nie um wirtschaftliche Fragen, sondern um einen Regimewechsel** – und um die Beseitigung der Gefahr einer möglichen politischen Ansteckung anderswo in Europa.

Im Jahr **1953** kamen Deutschlands Gläubiger auf der Konferenz in **London** überein, die Hälfte der hohen Vorkriegsschulden Deutschlands abzuschreiben und die Rückzahlung des Rests davon abhängig zu machen, dass **Deutschland** als Folge der Erwirtschaftung eines Handelsüberschusses zahlungsfähig ist. Kein Überschuss, keine Zahlungen. Die Londoner Vereinbarung war politisch motiviert; sie sollte Deutschlands Stellung im Kalten Krieg stärken. Der Beschluss, eine Linksregierung in Griechenland zu untergraben, ist ebenso politisch motiviert.

Die im Verlauf der sechsmonatigen Verhandlungen ständig wiederholte Behauptung, dass Europa einen griechischen Zahlungsausfall und einen Ausstieg aus dem Euro verkraften kann, kann auf den Kopf gestellt werden. **Europa kann eine erhebliche Abschreibung der griechischen Schulden verdauen – tatsächlich wäre sie für alle Beteiligten von Nutzen - , aber die 'Institutionen' sind entschlossen, eine politische Lektion zu erteilen, und nicht nur Griechenland.**

Im gesamten Verlauf der Verhandlungen hat die Regierung ihre Position geduldig und bisweilen eloquent verteidigt. Ihre Vorschläge für begrenzte Maßnahmen, um Arbeitnehmer, Rentner und die Armen vor den katastrophalen Folgen einer beispiellosen Depression zu schützen, wären vor drei Jahrzehnten als sehr gemäßigte Form des Keynesianismus erschienen. Dass sie jetzt als Bedrohung der europäischen Ordnung gebrandmarkt werden, sagt uns sehr viel über diese Ordnung und die Krise der europäischen und der globalen Politik. Syrizas Wahlsieg hat die potenzielle Stärke einer breiten Bewegung der Linken vor Augen geführt, die bereit ist, den Status quo anzufechten. **Solidarität ist jetzt wichtiger als je zuvor, damit Syriza den Kampf fortsetzen kann.**

**Die Gewerkschaften sollten diese Solidarität organisieren.**

<http://www.iuf.org/w/?q=de/node/4329>

## Thomas Sablowski: Das hat die Syriza-Regierung bis jetzt erreicht

Wenn man sich die Bilanz von mehr als fünf Monaten Syriza-Regierung anschaut, so ist festzustellen, dass überraschend wenig von ihrem Programm (1) umgesetzt wurde, dass nur wenige Gesetze im Parlament verabschiedet wurden.

Gewiss, sie hat ein **Gesetz zur Bekämpfung der humanitären Krise** verabschiedet, das den Zugang zu den Krankenhäusern, zur Stromversorgung, zu ausreichenden Lebensmitteln für Hunderttausende von Menschen wieder herstellen sollte. Allerdings wurden für diese Maßnahmen nur 200 Millionen Euro bereitgestellt, während ursprünglich drei Milliarden dafür veranschlagt worden waren.

Die Regierung hat die 595 Putzfrauen des Finanzministeriums **wieder eingestellt**, deren Kampf gegen die Entlassung über mehr als ein Jahr eine hohe symbolische Bedeutung hatte.

Sie hat das **Staatsbürgerschaftsrecht geändert**, so dass in Griechenland geborene Kinder von Immigranten nun die griechische Staatsbürgerschaft bekommen.

Sie hat den staatlichen Rundfunk- und **Fernsehsender ERT**, den die Vorgängerregierung in einer Nacht- und Nebelaktion geschlossen hatte, wieder in Betrieb genommen.

Sie hat begonnen, die **Steuerhinterziehung konsequenter** zu bekämpfen. Aber strukturelle Steuerreformen wurden bisher zurückgestellt. Wenn man die Regierungstätigkeit insgesamt betrachtet, so entsteht der Eindruck, dass bewusst versucht wurde, größere Konflikte im Inneren zu vermeiden, um möglichst großen gesellschaftlichen Rückhalt in den Verhandlungen mit den Gläubigern zu haben. Die griechische Bourgeoisie wurde bisher von der Regierung noch nicht substantiell angegriffen. Dies wurde indi-

rekt jüngst auch durch Tsipras bestätigt, der am Ende seiner Erklärung zu der »Vereinbarung« vom 12. Juli versprach, jetzt im Inneren so hart gegen die Oligarchie zu kämpfen, wie er zuvor in Europa gekämpft habe, um das bestmögliche Resultat zu erzielen. Bisher wurde eher versucht, auch die Unternehmer zu gewinnen, wie man z.B. verschiedenen Äußerungen von Yanis Varoufakis entnehmen kann.

Es kann bezweifelt werden, dass die Taktik, die Auseinandersetzungen im Inneren zurückzustellen, sich positiv auf die Verhandlungen mit den Gläubigern ausgewirkt hat. Diese haben sich von der vermeintlichen Geschlossenheit Griechenlands, die Tsipras auch durch die Einbindung der Oppositionsparteien unmittelbar nach dem Referendum vom 5. Juli zu demonstrieren versuchte, nicht beeindrucken lassen.

<http://www.jungewelt.de/2015/07-18/014.php>

**Unter der Syriza-Regierung werden Flüchtlinge an Griechenlands Meeresgrenzen nicht mehr zurückgedrängt, Sammellager wurden aufgelöst. Dossier:** <http://www.labournet.de/category/internationales/griechenland/menschenrechte-griechenland/>

## Solidaritätsbewegungen

### Aufruf aus Griechenland, Mai 2015

*„Es wichtig, dem Druck seitens der EU-Institutionen, der die griechische Gesellschaft zu ersticken droht, eine kämpferische europäische soziale und politische Front entgegenzustellen. (...)*

*Syriza hat die Forderungen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen Europas der letzten zehn Jahre in ihre Politik übernommen; jetzt brauchen wir die Unterstützung dieser Bewegungen, um dem Druck standzuhalten und progressive Programme mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit umzusetzen.*

**Wir rufen alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte dazu auf, sich an der Woche der Solidarität zu beteiligen und starke nationale Koalitionen aufzubauen, die den europäischen Kampf gegen die Austeritätspolitik unterstützen.“**

[http://www.attac.de/uploads/media/Aufruf\\_aus\\_Griechenland - Gemeinsam gegen Austeritaet und soziale Ungerechtigkeit.pdf](http://www.attac.de/uploads/media/Aufruf_aus_Griechenland_-_Gemeinsam_gegen_Austeritaet_und_soziale_Ungerechtigkeit.pdf)



### Europaweite Woche der Solidarität (20.-27. Juni):

#### gemeinsamer Aktionstag am 3. Juli zur Unterstützung des Neins (OXI) beim Referendum

über den Entwurf einer Vereinbarung mit der Troika: Artikel, Berichte in der „SiG-Werkstatt für Nr.116“ ; Fotos: <https://griechenlandsoliberlin.wordpress.com/2015/07/05/solidarity-actions-for-greece-solidaritätsaktionen-mit-griechenland-am-3-juli-2015/>

**Versammlung auf dem Syntagma-Platz am 3. Juli, Rede von Tsipras** <https://www.youtube.com/watch?v=aidRyCAbAao#t=140>

### **THIS IS NOT GREECE - Erzählungen von der Krise, 07./08. August, Kampnagel Hamburg**

Journalisten wie **Harald Schumann**, **Robert Misik** oder **Michalis Pantelouris** diskutieren über die deutsche Griechenlandberichterstattung, die Theoretikerin **Athena Athanasiou** spricht über die Prekarität der Enteigneten (Butler/Athanasiou "Die Macht der Enteigneten", diaphanes), der kroatische Kurator des "Subversive Festivals" in Zagreb, **Srecko Horvart**, spricht über Varoufakis Mittelfinger-Affaire, internationale ausgezeichnete Filmemacher diskutieren über den Ausdruck des Sozialen im zeitgenössischen griechischen Film, die Initiatoren der seit 2008 selbstorganisierten Athen Biennale, Kuratoren urbaner Projekte und der Co-Direktor des griechischen Nationaltheaters beschreiben die Bedingungen von unentgeltlicher Kulturproduktion. Konzept: Margarita Tsomou, Eike Wittrock Ganzes Programm, Infos und Zeiten:

[http://www.kampnagel.de/de/programm/this-is-not-greece/?datum=&id\\_datum=3799](http://www.kampnagel.de/de/programm/this-is-not-greece/?datum=&id_datum=3799)

"Beim **Referendum am 5. Juli** haben über 61% der GriechInnen  
"Nein" zur Austerität gesagt!

Trotz aller Medienpropaganda und Drohungen aus dem Ausland!  
Ein großer Tag für Griechenland, ein großer Tag für Europa, ein großer  
Tag für unsere gemeinsamen Kämpfe! Vielen Dank für Eure  
Unterstützung aus ganz Europa.

**Wir werden sie in den nächsten Tagen weiterhin brauchen um  
sicherzugehen, dass das griechische Votum respektiert und ein  
vernünftiges Abkommen einschließlich einer tragfähigen Lösung  
für die Schulden abgeschlossen wird.**

Mit den besten Grüßen, *Thanos Contargyris, Mitglied der  
Wahrheitskommission, <http://greekdebtruthcommission.org>,  
Gründungsmitglied und Sprecher von attac Griechenland*



## Heiner Flassbeck, Thomas Piketty, Jeffrey D. Sachs, Dani Rodrik, Simon Wren-Lewis **Sehr geehrte Frau Merkel, jetzt ist der Zeitpunkt, die gescheiterte Sparpolitik zu überdenken**

07.07.2015

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, das endlose Spardiktat, das Europa den Menschen in Griechenland aufgezwungen hat, funktioniert einfach nicht. Jetzt hat Griechenland lautstark "Nein" gesagt. Wie von den meisten vorhergesagt, haben Europas finanzielle Forderungen die griechische Wirtschaft zu Fall gebracht, Massenarbeitslosigkeit und den Zusammenbruch des Bankensystems verursacht und die externe Schuldenkrise deutlich verschärft. Die Schulden sind auf unbezahlbare 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angestiegen. Die Wirtschaft liegt nun am Boden, Steuereinkommen sinken im Sturzflug, Leistungs- und Beschäftigungszahlen sind niedrig und Unternehmen mangelt es an Kapital.

Die humanitären Auswirkungen sind kolossal: 40 Prozent der Kinder leben nun in Armut, die Säuglingssterblichkeit ist in die Höhe geschossen und die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei fast 50 Prozent. Korruption, Steuerflucht und falsche Buchführung der Vorgängerregierungen in Griechenland haben zu diesem Schuldenproblem beigetragen. Doch die Griechen haben Ihre Sparpolitik befolgt - sie haben Gehälter, Regierungsausgaben und Renten gekürzt, privatisiert, dereguliert und die Steuern erhöht. Die Serie der sogenannten "Anpassungsprogramme", denen sich Griechenland und andere unterziehen mussten, hat Auswirkungen, die man seit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 in Europa nicht mehr gesehen hat. Die Medizin, die in Berlin und

Brüssel zusammengebraut wird, ist schlimmer als die Krankheit selbst. Sie schadet sogar denjenigen, die zu Beginn der Krise noch nicht einmal geboren waren.

Gemeinsam fordern wir Sie, Frau Bundeskanzlerin Merkel, und die Troika dazu auf, ihren Kurs zu korrigieren, um weitere Schäden zu vermeiden. Momentan wird die griechische Regierung dazu gedrängt, sich einen Revolver an die Schläfe zu halten und abzdücken. Doch mit der Kugel wird nicht nur Griechenlands Zukunft in Europa getötet. Die Kollateralschäden werden auch die Eurozone als Leuchtturm von Hoffnung, Demokratie und Wohlstand zerstören. Die Folgen werden auf der ganzen Welt zu spüren sein.

In den fünfziger Jahren wurde Europa gegründet und das Fundament ruhte darauf, Schulden zu streichen – vor allem die deutschen Schulden. Das war ein großer Beitrag zum Wirtschaftswunder und dem Frieden der Nachkriegszeit. Heute müssen wir die griechischen Schulden restrukturieren und senken, die Wirtschaft dort braucht Raum zum Atmen, um sich zu erholen. Wir müssen Griechenland erlauben, seine reduzierten Schulden über einen langen Zeitraum zurückzuzahlen. Der richtige Zeitpunkt, die gescheiterte Sparpolitik zu überdenken, ist jetzt. Dabei müssen die griechischen Schulden zum Teil erlassen werden und gleichzeitig die dringend benötigten Reformen in Griechenland beschlossen werden.

Frau Bundeskanzlerin, unsere Botschaft an Sie ist klar: Wir bitten Sie, die lebenswichtige Führungsrolle für Griechenland,

Deutschland und die Welt zu übernehmen. Ihre Taten in dieser Woche werden in die Geschichtsbücher eingehen. Wir zählen auf Sie für mutige und großzügige Schritte auf Griechenland zu - Sie werden Europa auf Generationen dienen  
Hochachtungsvoll,

Heiner Flassbeck, ehemaliger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Chefvolkswirt der Welthandels- und Entwicklungskonferenz Unctad

Thomas Piketty, Professor für Wirtschaft an der Paris School of Economics

Jeffrey D. Sachs, Professor für Nachhaltige Entwicklung, Professor für Gesundheitspolitik und Management und Direktor des Earth-Institute an der Columbia University, New York

Dani Rodrik, Ford-Stiftungs-Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Kennedy School, Harvard

Simon Wren-Lewis, Professor für Wirtschaftspolitik, Blavatnik School of Government, Oxford University

<http://www.flassbeck-economics.de/hinweis-auf-einen-offenen-brief-an-angela-merkel-including-an-english-version/>



### **Deutschland - Griechenland: WER SCHULDET WEM?**

- **Übersicht vom Arbeitskreis Distomo:** <http://sandimgetriebe.attac.at/11338.html>

- **Manolis Glezos:** Deutschland und Griechenland haben bisher offiziell keinen Friedensvertrag abgeschlossen:

<http://sandimgetriebe.attac.at/11234.html>

**Zurückzahlen!** Deutschland muss endlich seine bestehenden Kreditschulden an Griechenland begleichen. [Petition, <https://www.openpetition.de/petition/online/zurueckzahlen-deutschland-muss-endlich-seine-bestehenden-kreditschulden-an-griechenland-begleichen>](https://www.openpetition.de/petition/online/zurueckzahlen-deutschland-muss-endlich-seine-bestehenden-kreditschulden-an-griechenland-begleichen)

**Aufruf von Grünen und anderen:** Zwangsanleihe Nazideutschlands aus dem Zweiten Weltkrieg an Griechenland

JETZT zurückzahlen! <http://robert-zion.de/?p=418>

## Fabio de Masi: Die Griechenland-Lüge - Der Faktencheck

**Die Griechen leisten sich auf Kosten der Deutschen höhere Renten als hierzulande.** (u.a. Welt 12.23.03.2015)

**Fakt:** Laut OECD liegt die Rente für einen Durchschnittsverdiener in Griechenland in 2012 bei knapp über 900€. Der gleiche Wert in Deutschland beträgt gut 1550€. (...) Der Durchschnitt verdeckt zudem, dass in Griechenland **gut 45% der Rentner** weniger als die von Eurostat für Griechenland genutzte **Armutsschwelle von 665€** pro Monat erhalten. Mehr als zwei Drittel der Rentner bekommen weniger als 800€.

Durch die Krise leben außerdem oftmals ganze Familien von einzelnen Renten. Die Arbeitslosenunterstützung erhalten in Griechenland nur knapp 15% aller Menschen ohne Arbeit.

Durch Frühverrentungen im Zuge des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst sind die Ausgaben angestiegen.

**Die Gläubiger haben Griechenland ein umfassendes Investitionspaket angeboten.** (Sigmar Gabriel, 29.06.2015)

**Fakt:** Für 2007-2013 standen Griechenland, wie anderen Mitgliedsstaaten auch, insgesamt 38 Mrd. EUR aus verschiedenen europäischen Förderprogrammen zu, die die Regierung aber nicht voll abrufen konnte, da auf Grund der Kürzungsmaßnahmen die notwendigen Mittel zu Ko-Finanzierung nicht aufgebracht werden konnten. Für 2014-2020 beträgt der Anteil für Griechenland an den europäischen Programmen 35 Mrd. EUR. Hierbei handelt es sich nicht um zusätzliche Investitionen für die depressive griechische Wirtschaft. Diese Mittel stünden Griechenland ohnehin zu.

**Deutsche Rentner und Arbeitslose zahlen dafür, dass griechische Millionäre keine Steuern bezahlen.** (Sigmar Gabriel, 22.06.2015)

**Fakt:** Der überwiegende Teil (über 90%) der Gelder aus den Griechenlandprogrammen ging an die Gläubiger bzw. wurde für die Rekapitalisierung der Banken verwendet, diente also vor allem der Rettung deutscher, französischer und griechischer Ban-

ken. Deutsche Rentner und Arbeitslose haben daher nicht für Griechenland gezahlt, sondern für die Bankenrettung der Bundesregierung und der Troika.

Die von der Bundesregierung vergebenen Kredite und Garantien sind für den Staatshaushalt vor allem dann eine Belastung, wenn Griechenland wegen der Kürzungs politik kein Einkommen erwirtschaftet, nicht umschulden kann und einseitig den Zahlungsausfall erklären muss. Selbst in dem Fall wäre es die politische Entscheidung der Bundesregierung, bei Rentnern und Arbeitslosen zu kürzen statt durch eine Vermögensabgabe die Profiteure der Krise an den Rettungskosten zu beteiligen. Dem griechischen Finanzministers Varoufakis stehen zudem nach seiner Aussage durch die Kürzungsprogramme der letzten Jahre nur noch ca. 100 Steuerfahnder zu Verfügung. NRW allein verfügt über mehr als 5000.

<http://www.fabio-de-masi.de/de/article/504.die-griechenland-1%C3%BCge-der-faktencheck.html>

## Heiner Flassbeck: Wirtschaftlicher Aufschwung in Griechenland Ende 2014??

(...) Die Steigerung des griechischen BIP insbesondere im dritten Quartal 2014, das in der deutschen Presse als Beweis für die langfristig positive Wirkung des Austeritätskurses gefeiert wurde, kam dadurch zustande, dass die Preise schneller gesunken waren als die Einkommen. Darauf war Günther Grunert schon im Januar in seinem Beitrag „Griechenland: Als Wachstumssieger zurück in die Krise?“ (1) detailliert eingegangen. Damals schrieb er: „Was uns aber besondere Sorge bereitet, ist die Vermutung, dass die zukünftige ökonomische Entwicklung der nächsten griechischen Regierung und namentlich ihrer möglicherweise kritischen Haltung gegenüber der Politik der Troika angelastet werden wird. Ähnlich wie hierzulande der Mindestlohn den Sündenbock abgeben soll für das Ausbleiben einer positiven konjunkturellen Dynamik, wird eine Abkehr vom Aus-

teritätskurs als Erklärung herhalten müssen, wenn es in Griechenland weiterhin zu keiner für den „kleinen Mann“ tatsächlich spürbaren ökonomischen Verbesserung kommt. Und selbst wenn es zu keinem Bruch mit der bisherigen Politikrichtung kommt, wird man mit einer „Verunsicherung der Märkte“ und ähnlichen Begründungen aufwarten, um nur nicht eingestehen zu müssen, was so offensichtlich ist: dass die Troika-Politik ein einziges Desaster ist.“

Sobald die arbeitstäglich und saisonbereinigten Daten zum griechischen BIP für das vierte Quartal 2014 von Eurostat veröffentlicht wurden, nämlich im März 2015, verfasste Günther Grunert einen weiteren Beitrag (2), in dem er den Rückgang der griechischen Wirtschaftskraft um 0,4 Prozent im letzten Jahresviertel folgendermaßen kommentierte: „Es war also wieder einmal

nichts mit der Wende zum Besseren in Griechenland. Noch nicht einmal von dem extrem niedrigen Niveau aus, auf das Griechenland inzwischen zurückgefallen ist, fand im vierten Quartal 2014 eine Aufwärtsbewegung statt. Dumm nur, dass der abermalige Rückgang des BIP nicht auf das erste Quartal dieses Jahres fiel. Man hätte ihn sonst wunderbar der neuen Regierung Tsipras in die Schuhe schieben können, frei nach dem Motto: Da sieht man wieder, wohin mangelnder Spareifer und fehlender Reformwille führen ...“

(1) <http://www.flassbeck-economics.de/griechenland-als-wachstumssieger-zurueck-in-die-krise/>

(2) [http://www.flassbeck-economics.de/griechenland-die-feier-faellt-aus/#\\_ftn1](http://www.flassbeck-economics.de/griechenland-die-feier-faellt-aus/#_ftn1)

<http://www.flassbeck-economics.de/aufschwung-in-griechenland/>

## Winfried Wolf: Die Inseln und die Mehrwertsteuer

Es sei nicht einzusehen, so die Gläubiger, warum es auf den meisten griechischen Inseln weiterhin deutlich geringere Mehrwertsteuersätzen geben soll. Auch hier gehe es um „Vereinheitlichung“.

Tatsache ist: Es ist rein sachlich sehr wohl nachvollziehbar, dass für Inseln eine steuerliche Entlastung sinnvoll ist, um die deutlich höheren Kosten für die Personen- und Warentransporte – oft auch für Wassertransporte und für fast alle Energiezulieferungen

– auszugleichen.

Die Forderung, diese niedrigeren Mehrwertsteuersätze auf den griechischen Inseln zu streichen, ist besonders frech, weil überall dort in der Eurozone, wo es vergleichbare „Insel-Strukturen“ gibt, solche deutlich niedrigeren Umsatzsteuersätze gelten: das ist so im Fall der französischen Insel Korsika und den „Überseegebieten“ Frankreichs, das ist so im Fall der portugiesischen Inseln Azoren und Madeira. Besonders krass ist es

im Fall der zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln.

Aus: „In Griechenland muss die Mehrwertsteuer vereinfacht werden“ – Oder: Wie mit scheinbar technischen Formeln der Raubzug der Institutionen in Griechenland verschleiert wird : <http://faktencheckhellas.org/in-griechenland-muss-die-mehrwertsteuer-vereinfacht-werden-oder-wie-mit-scheinbar-technischen-formeln-der-raubzug-der-institutionen-in-griechenland-verschleiert-wird/>

# Harald Schumann: Spanien und Portugal sind nicht besser als Griechenland

26.07.2015 *Tagesspiegel* (Auszüge)

„Irland, Portugal und Spanien“ seien „auf einem guten Weg“, erklärte etwa Ludger Schuknecht, Abteilungsleiter bei Finanzminister Schäuble. Dort seien die Staatsfinanzen gesundet, das Wachstum habe wieder eingesetzt und würde neue Jobs schaffen.

Von 2009 bis 2014 fielen in Griechenland unter dem Druck der Gläubiger die Ausgaben des Staates um mehr als 30 Prozent. In der Folge schrumpfte die griechische Wirtschaft um 27 Prozent.

Verglichen mit diesem Kahlschlag waren die Programme in den anderen Krisenstaaten sanft. Irland kürzte die Ausgaben im gleichen Zeitraum um neun Prozent, in Portugal und Spanien waren es nur sieben Prozent. Auch dies hat den wirtschaftlichen Einbruch in den drei Staaten verschärft, zumal die erzwungene „Liberalisierung des Arbeitsmarktes“ auch die Löhne erheblich drückte. Dass es auf der iberischen Halbinsel nicht weiter abwärts geht, hat jedoch nichts mit einer märchenhaften „Gesundung“ zu tun. Der Grund ist viel simpler: Die Regierungen sparten sich das Sparen.

So verabschiedete sich die konservative **spanische Regierung** schon 2013 in aller Stille von der Kürzungspolitik, und prompt setzte die Konjunktur wieder ein. Die Arbeitslosenquote liegt zwar noch immer bei 22 Prozent. Aber die Richtung stimmt. Dafür allerdings bediente sich Finanzminister de Guindos ungeniert am Kapitalmarkt. Er hatte versprochen, 2014 nur noch neue Kredite in Höhe von 2,8 Prozent der Wirtschaftsleistung aufzunehmen. Tatsächlich waren es mit 5,8 Prozent mehr als doppelt so viel und weit mehr als in Griechenland. Doch die Eurogruppe lässt Madrid gewähren. Ein drohender Regierungswechsel in Spanien wiegt wohl schwerer als das Spardogma.

Ähnlich verläuft die angebliche Erfolgsgeschichte in **Portugal**. Dort stoppte das Verfassungsgericht 2012 weitere Kürzungen im öffentlichen Dienst, weil diese nach Meinung der Richter die Last der Anpassung zu ungerecht verteilte. Seitdem schrumpft Portugals Wirtschaft zumindest nicht mehr und die Arbeitslosigkeit sinkt. Der wichtigste Grund dafür ist allerdings die anhaltende Auswanderungswelle. Woche für Woche verlassen rund 1000 Portugiesen ihr Land.

Das gleiche Phänomen plagt auch **Irland**. Aber die grüne Insel verfügt mit den Europa-zentralen vieler amerikanischer Elektronik- und Pharmakonzerne über eine starke Exportbasis. Mit dieser US-Enklave hat die irische Wirtschaft am Aufschwung in Nordamerika teil. Erhöhte Exporte gleichen die geschrumpfte Binnennachfrage teilweise aus. Hinzu kommt noch ein Geschenk, von dem die Griechen nur träumen können. Auch Irlands Schuldenlast, verursacht durch die Rettung von fünf Pleitebanken, war nicht tragfähig. 31 Milliarden Euro davon, entsprechend fast 20 Prozent der Wirtschaftsleistung, kamen von der Zentralbank. Eigentlich hätte Irland sie längst zurückzahlen müssen, weil die Staatsfinanzierung mit der Notenpresse in Euroland verboten ist. Aber die Iren wandelten die Zahlungspflicht kurzerhand in Anleihen, die sie erst ab 2038 tilgen werden – und die EZB ließ sie gewähren. Seitdem geht es aufwärts in Dublin.

So belegen die proklamierten Erfolge der Euroretter das Gegenteil ihrer These. Nicht die Sparpolitik, sondern deren Ende einschließlich Schuldenstreckung ist die beste Methode, die Krise zu überwinden.

## Stephan Kaufmann: Irrtümer über die Griechenland-Krise

**3. „Das von den Gläubigern geforderte Programm hätte Griechenland einen Weg nach vorne gezeigt.“** Tatsächlich aber setzt das Programm die harte Sparpolitik fort. In den kommenden Jahren müsste Athen laufend hohe Überschüsse erzielen, um seine Schulden zu bedienen. Das verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung, aus deren Erträgen dann die Schulden bedient werden könnten. „Die Gläubiger sind versessen darauf, ihre Fehler der vergangenen Jahre zu wiederholen“, kritisierte Ajai Chopra, ehemals Vize-Direktor des Europa-Abteilung des IWF. „Sie fordern drastische Anpassungsmaßnahmen, die das Wachstum abwürgen, anstatt Schuldenerleichterung anzubieten.“ Martin Wolfe von der britischen Financial Times schätzt, dass die Sparmaßnahmen die Wirtschaftsleistung des Landes um weitere zehn Prozent senken könnten.

**4. „Athen hat keine Strukturreformen angeboten.“** Das stimmt nicht. Die Vorschläge der griechischen Regierung beinhalteten zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Steuersystems und der Steuereintreibung, zur Bekämpfung der Korruption und so weiter. Die Gläubiger kritisierten an diesen Vorschlägen nur, sie brächten nicht so viele Mehreinnahmen, wie Athen verspricht. Zudem: Strukturreformen helfen Griechenland nur langfristig. „für die nächsten fünf Jahre sind sie irrelevant“, urteilt Ashoka Modi, ehemals der Delegationsleiter des IWF in Irland.

**5. „Es wurden keine Rentenkürzungen verlangt.“** Damit verteidigte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker die Forderungen der Eurogruppe. Nur: Das stimmt nicht. Vorgesehen waren Maßnahmen wie die schrittweise Abschaffung der Zusatzrenten für arme Rentner, höhere Beiträge der Rentner für die Krankenversicherung, die schnelle Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 und einiges mehr. Insgesamt sollte bei den Renten ein Betrag eingespart werden, der dieses Jahr 0,25 und nächstes Jahr ein Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht. (1)

**6. „Athen wurde ein Schuldenschnitt angeboten.“** Auch das sagte Juncker. Spaniens Wirtschaftsminister Luis de Guindos hingegen vermerkte: Ein Schuldenschnitt sei nie Teil der Verhandlungen gewesen. Tatsächlich beinhaltet der letzte Vorschlag der Gläubiger die Zusage aus dem Jahr 2012, gegebenenfalls eine Erleichterung prüfen zu wollen. Aber nur für den Fall, dass Athen das Abkommen unterzeichnet. Klar ist: Griechenland braucht einen Schuldenschnitt. „Es war der Kardinalfehler der Gläubiger, dass sie 2010 einen Schuldenschnitt vermieden, um ihre Banken zu schützen“, so Modi. „Letztlich ist ein Schuldenschnitt unvermeidlich – aber er wird nur scheinbar kommen, verbunden mit unaufhörlichen Schmerzen.“

**9. „Athen hat sich geweigert, beim Militär zu kürzen.“** Seit dem Jahr 2009 sind die griechischen Militärausgaben bereits um

die Hälfte geschrumpft. Die neue Regierung in Athen hatte in den vergangenen Monaten alle Rüstungsprojekte auf Eis gelegt, Geld floss nur noch in Gehälter und Reparaturen. Den Vorschlag Athens, beim Militär zu sparen und dafür weniger bei den Renten zu kürzen, lehnte der IWF zunächst ab. Am Ende ließ sich Athen auf eine Kürzung des Militär-Etats um 400 Millionen Euro ein, inklusive Stellenabbau.

**10. „Athen verschont die reichen Griechen“** Es stimmt, die Vorgängerregierungen haben vor allem bei den ärmeren Griechen gespart. Das wollte die neue Regierung ändern. Dabei gibt es aber Probleme: Die Steuerprivilegien der Reeder sind per Verfassung geschützt. Viele Milliarden sind bereits in den vergangenen Jahren außer Landes geflossen. Von der so genannten Lagarde-Liste mit reichen Personen, die der Steuerhinterziehung verdächtigt werden, hat die Regierung in vier Monaten 40 Fälle geprüft, einige wohlhabende Griechen mussten zahlen. Die Vorgängerregierungen hatten vier Fälle in vier Jahren geprüft. Die letzten Vorschläge Athens beinhalteten eine Sonderabgabe für Einkommen über 30.000 Euro und für Unternehmen mit einem Rein-gewinn von mehr als 500.000 Euro.

**3. Juli 2015;** Vollständiger Text: [http://www.attac.de/uploads/media/Stephan\\_Kaufmann\\_10\\_Irrtuemer\\_juli\\_2015.pdf](http://www.attac.de/uploads/media/Stephan_Kaufmann_10_Irrtuemer_juli_2015.pdf)

(1) (SiG-Red) S. **Die Troika-Zumutung der Renten-, Reform“ (Winfried Wolf) in FaktenCheck Hellas Nr.4**

### Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse

17. Juni 2015

Im Juni 2015 steht Griechenland vor der Entscheidung, die gescheiterten von den Gläubigern auferlegten makroökonomischen Anpassungsprogramme fortzuführen oder Veränderungen zu bewirken und die Ketten der Verschuldung zu sprengen. Fünf Jahre nach Auflegung der Anpassungsprogramme steckt das Land nach wie vor tief in einer ökonomischen, demokratischen und ökologischen Krise. Die Blackbox der Verschuldung blieb verschlossen, und bis heute war weder eine griechische noch eine internationale Behörde geneigt, die Wahrheit darüber, wie und warum Griechenland dem Regime der Troika unterworfen wurde, ans Licht zu bringen. Die Verschuldung, in deren Namen der Bevölkerung nichts erspart wurde, bleibt die Richtschnur, nach der eine neoliberale Anpassung durchgesetzt wird, die die schwerste und längste Rezession, die Europa in Friedenszeiten je erlebte, ausgelöst hat.

Es ist dringend erforderlich und der gesellschaftlichen Verantwortung geschuldet, dass eine Reihe von legalen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen aufgeworfen wird, die eine angemessene Berücksichtigung verlangen. Deshalb setzte das griechische Parlament im April 2015 die *Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung* mit dem Auftrag ein, die Entstehung und den Anstieg der öffentlichen Schulden, die Art der Verschuldung und die Gründe dafür sowie die Auswirkungen der mit den Krediten verbundenen Bedingungen auf die Wirtschaft und die Bevölkerung zu untersuchen. Die *Wahrheitskommission* hat die Aufgabe, sowohl im Inland als auch im Ausland auf die mit der Verschuldung Griechenlands verbundenen Fragen aufmerksam zu machen sowie Argumente für eine Streichung der Schulden zu formulieren und Wege dafür zu finden.

Die in diesem vorläufigen Bericht enthaltenen Erkenntnisse der Kommission erhellen die Tatsache, dass das gesamte Anpassungsprogramm, dem Griechenland unterworfen wurde, eine politisch begründete Maßnahme war und ist. Der technokratische Umgang mit makroökonomischen Variablen und Verschuldungsprognosen – Zahlen, die das Leben und den Lebensunterhalt der Bevölkerung direkt betrafen –, ermöglichte es, dass die Diskussionen über die Verschuldung auf einer rein technischen Ebene geführt wurden und sich vor allem um die Behauptung drehten, dass die Griechenland auferlegten Maßnahmen seine Fähigkeit zur Schuldentilgung verbessern würden. Die in diesem Bericht aufgeführten Fakten lassen Zweifel an dieser Behauptung aufkommen.

Die hier vorgelegten Beweise zeigen, dass Griechenland nicht nur nicht in der Lage ist, die Schulden zu tilgen, sondern das auch nicht tun sollte, und zwar hauptsächlich weil die aus den Abkommen mit der Troika hervorgegangenen Schulden eine eindeutige Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger Griechenlands darstellen.

Deshalb kommt die Kommission zu dem Schluss, dass Griechenland diese Schulden nicht zurückzahlen sollte, weil sie illegal, illegitim und verabscheuungswürdig sind.

Darüber hinaus ist die Kommission zu der Erkenntnis gelangt, dass die Untragbarkeit der griechischen Staatsverschuldung den internationalen Gläubigern, den griechischen Behörden und den Massenmedien von Anfang an klar ersichtlich war. Dennoch hintertrieben die griechischen Behörden und die Regierungen einiger anderer EU-Länder 2010 die Umstrukturierung der Staatsschulden in der Absicht, Finanzinstitute zu schützen. Die Massenmedien verbargen die Wahrheit vor der Öffentlichkeit, indem sie ein Bild malten, das die Rettung als Vorteil für Griechenland darstellte, und eine Geschichte ersannen, die die Bevölkerung als eine Ansammlung von Übeltätern erscheinen lassen sollte, die ihre gerechte Strafe bekommen.

Die in den Programmen von 2010 und 2012 zur Verfügung gestellten Rettungspakete wurden extern nach einem komplizierten System verwaltet, was jede finanzielle Eigenständigkeit verhinderte. Da die Verwendung der Hilfsgelder von den Gläubigern vorgeschrieben wurde, ist es nicht verwunderlich, dass weniger als 10 Prozent davon für die laufenden Staatsausgaben bestimmt wurde.

Dieser vorläufige Bericht enthält eine erste Skizzierung der mit den Staatsschulden verbundenen Hauptprobleme und Kernfragen und vermerkt die gravierendsten mit der Entstehung der Schulden zusammenhängenden Rechtsverletzungen.

Er skizziert ebenfalls die Rechtsgrundlagen, auf denen eine einseitige Aussetzung der Schuldentilgung erfolgen könnte. Die Erkenntnisse werden in neun Kapiteln dargestellt.

**In Kapitel 1, Verschuldung vor dem Eingreifen der Troika**, wird der Anstieg der griechischen Schulden seit den 1980er Jahren analysiert. Es wird nachgewiesen, dass der Anstieg der Schulden nicht auf einen übermäßigen Anstieg der Staatsausgaben, die in Wahrheit niedriger waren als die Ausgaben anderer Länder der Eurozone, zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf extrem hohe Zinszahlungen an die Gläubiger, übermäßige und ungerechtfertigte Militärausgaben, sinkende Steuereinnahmen aufgrund illegaler Kapitalflucht, die Rekapitalisierung von Privatbanken durch den Staat und internationale Ungleichgewichte, die auf Mängel bei der Ausgestaltung der Währungsunion zurückzuführen sind.

Die Einführung des Euro verursachte in Griechenland einen dramatischen Anstieg privater Schulden, der Auswirkungen sowohl auf große europäische Banken als auch auf griechische Banken hatte. Eine sich ausweitende Bankenkrise be-

förderte die griechische Staatsschuldenkrise. Die Regierung Giorgos Papandreou trug ihren Teil dazu bei, die 2009 sich abzeichnende Bankenkrise als Staatsschuldenkrise erscheinen zu lassen, indem das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung beständig in den Vordergrund gerückt wurden.

In **Kapitel 2, Entwicklung der griechischen Staatsverschuldung von 2010 bis 2015**, wird nachgewiesen, dass der erste Kreditvertrag von 2010 vorrangig das Ziel verfolgte, griechische und andere europäische Privatbanken zu retten und den Banken zu ermöglichen, ihren Bestand an griechischen Staatsanleihen und das damit verbundene Risiko zu reduzieren.

**Kapitel 3, Gläubiger der griechischen Staatsschulden im Jahr 2015**, behandelt die umstrittene Beschaffenheit der aktuellen griechischen Schulden und skizziert die Hauptmerkmale, die in Kapitel 8 eingehender untersucht werden.

**Kapitel 4, Schuldenmechanismus in Griechenland**, enthüllt die Mechanismen, die mit den seit Mai 2010 getroffenen Abkommen entwickelt wurden. Sie verursachten eine erhebliche Neuverschuldung bei bilateralen Gläubigern und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) sowie ungerechtfertigte Kosten, wodurch die Krise verschärft wurde. Die Mechanismen offenbarten, wie der Großteil der geliehenen Gelder direkt zu Finanzinstituten geflossen ist. Statt Griechenland eine Hilfe zu sein, haben sie den Privatisierungsprozess durch den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten beschleunigt.

In **Kapitel 5, Konditionalitäten gegen Tragfähigkeit**, wird gezeigt, wie die Gläubiger die Aufnahme strenger Konditionalitäten in die Kreditverträge durchsetzten, was unmittelbar zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zur Untragbarkeit der Schulden führte. Diese Konditionalitäten, auf denen die Gläubiger nach wie vor bestehen, führten nicht nur zu einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt (BIP) und einer höheren staatlichen Kreditaufnahme – und somit zu einer höheren Staatsschuldenquote (Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP), was ihre Untragbarkeit noch unterstrich –, sondern auch zu dramatischen Veränderungen in der Gesellschaft und verursachten eine humanitäre Krise. Die griechische Staatsverschuldung kann im Augenblick als völlig untragbar angesehen werden.

In **Kapitel 6, Auswirkungen der „Rettungsprogramme“ auf die Menschenrechte**, wird aufgezeigt, dass die mit den „Rettungsprogrammen“ verknüpften Maßnahmen die Lebensbedingungen der Bevölkerung unmittelbar beeinträchtigt und Menschenrechte verletzt haben, die Griechenland und seine Partner nach nationalem, regionalem und internationalem Recht verpflichtet sind zu respektieren, zu schützen und zu fördern.

Die drastischen Anpassungen, die der griechischen Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes auferlegt wurden, haben eine rapide Verschlechterung des Lebensstandards bewirkt und sind nach wie vor unvereinbar mit sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Demokratie und Menschenrechten.

In **Kapitel 7, Rechtsfragen rund um die Memoranda of Understanding und die Kreditverträge**, wird nachgewiesen, dass Menschenrechte verletzt wurden, sowohl von Griechenland als auch von den Geldgebern, also den Mitgliedsstaaten der Eurozone, der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), die Griechenland diese Maßnahmen auferlegt haben. All diese Akteure zeigten sich außerstande, die Menschenrechtsverletzungen als eine Folge der Maßnahmen anzusehen, zu deren Durchführung sie Griechenland verpflichtet hatten, und verletzten darüber hinaus unmittelbar die griechische Verfassung, indem sie Griechenland eines Großteils seiner souveränen Rechte beraubten. Die Abkommen enthalten sittenwidrige Klauseln, die Griechenland zwingen, auf bedeutende Bereiche seiner Souveränität zu verzichten. Angelegt ist das bereits in der Wahl des englischen Rechts als Grundlage für die Abkommen, das die Umgehung der griechischen Verfassung und der internationalen Menschenrechte erleichterte. Die Unvereinbarkeit mit Menschenrechten und gewohnheitsrechtlichen Verpflichtungen, verschiedene Anzeichen für Täuschung aufseiten der Vertragspartner und der unzumutbare Inhalt machen die Abkommen ungültig.

**Kapitel 8, Bewertung der Schulden im Hinblick auf Illegitimität, Verabscheuungswürdigkeit, Illegalität und Untragbarkeit**, liefert eine Bewertung der griechischen Staatsverschuldung gemäß den von der Kommission verabschiedeten Definitionen von unrechtmäßigen, verabscheuungswürdigen, illegalen und untragbaren Schulden.

In Kapitel 8 wird nachgewiesen, dass die griechische Staatsverschuldung auf dem Stand vom Juni 2015 **untragbar** ist, weil Griechenland derzeit nicht in der Lage ist, seine Schulden zu bedienen, ohne seine Fähigkeit, die grundlegenden Menschenrechte einzuhalten, ernsthaft zu gefährden. Darüber hinaus liefert der Bericht Beweise dafür, dass in Bezug auf alle Gläubiger deutliche Anzeichen für illegale, illegitime und verabscheuungswürdige Schulden zu erkennen sind.

Die Schulden beim **IWF** sollten als illegal angesehen werden, weil die Gewährung der zugrunde liegenden Kredite gegen die Statuten des IWF verstößt und die damit verbundenen Bedingungen gegen die griechische Verfassung, internationales Gewohnheitsrecht und von Griechenland unterzeichnete Verträge verstoßen.

Sie sind auch illegitim, weil die Bedingungen eine Politik vorschrieben, durch die Menschenrechte verletzt wurden, und sie sind verabscheuungswürdig, weil der IWF wusste, dass die auferlegten Maßnahmen undemokratisch und unwirksam waren und zu schwerwiegenden Einschränkungen sozioökonomischer Rechte führen würden.

Die Schulden bei der **EZB** sollten als illegal angesehen werden, weil die EZB ihre Befugnisse überschritt, indem sie als Bestandteil der Troika die Auflegung makroökonomischer Anpassungsprogramme (zum Beispiel Deregulierung des Arbeitsmarkts) durchsetzte. Sie sind auch illegitim und verabscheuungswürdig, weil die *Raison d'Être* des Securities Market Programme (SMP) hauptsächlich darin bestand, die Interessen der Finanzinstitute zu bedienen und den europäischen und griechischen Privatbanken zu ermöglichen, ihre griechischen Anleihen loszuwerden.

Die EFSF vergab Kredite, die als illegal angesehen werden sollten, weil sie gegen Artikel 122 (2) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verstoßen und mehrere sozioökonomische Rechte und Bürgerrechte verletzen. Außerdem enthalten das Rahmenabkommen von 2010 und das Master Financial Assistance Agreement von 2012 der EFSF mehrere sittenwidrige Klauseln, was eindeutig auf ein Fehlverhalten der Geldgeberin hinweist. Das Gebaren der EFSF verstößt auch gegen demokratische Grundsätze, weswegen die Schulden bei der EFSF illegitim und verabscheuungswürdig sind.

**Die bilateralen Kredite** sollten als illegal angesehen werden, weil sie gegen Bestimmungen der griechischen Verfassung verstoßen. Die Kreditvergabe lässt auf ein eindeutiges Fehlverhalten der Geldgeber schließen und war an Bedingungen geknüpft, die Gesetze oder die öffentliche Ordnung verletzen. Sowohl EU-Recht als auch internationales Recht wurde verletzt mit dem Ziel, bei der Ausgestaltung der makroökonomischen Programme die Menschenrechte zu umgehen.

Die bilateralen Kredite sind außerdem illegitim, weil sie nicht zum Wohl der Bevölkerung verwendet wurden, sondern nur zur Rettung privater Gläubiger Griechenlands. Sie sind auch verabscheuungswürdig, weil die Geberländer und die Europäische Kommission von potenziellen Verstößen wussten, es aber 2010 und 2012 unterließen, die Auswirkungen der makroökonomischen Anpassung und der Haushaltskonsolidierung, die Bedingungen für die Kredite waren, auf die Menschenrechte abzuschätzen.

Die Schulden bei **privaten Gläubigern** sollten als illegal angesehen werden, weil Privatbanken sich schon vor der Bildung der Troika unverantwortlich verhielten und ihre Sorgfaltspflichten vernachlässigten und weil außerdem einige der privaten Gläubiger wie zum Beispiel Hedgefonds täuschten. Teile der Schulden bei Privatbanken und Hedgefonds sind aus den gleichen Gründen illegitim; außerdem wurden griechische Banken in gesetzwidriger Weise mithilfe von Steuermitteln rekapitalisiert.

Schulden bei Privatbanken und Hedgefonds sind verabscheuungswürdig, weil die größten privaten Gläubiger wussten, dass die Schulden nicht im Interesse der Allgemeinheit gemacht wurden, sondern vielmehr zum Vorteil der Gläubiger.

Der Bericht endet mit einigen praktischen Erwägungen.

**Kapitel 9, Rechtsgrundlagen für die Nichtanerkennung und Einstellung der Rückzahlung der griechischen Staatsschulden**, beschreibt mögliche Vorgehensweisen für eine Schuldenstreichung und besonders die Voraussetzungen, unter denen ein souveräner Staat unter Einhaltung internationalen Rechts das Recht auf einseitige Nichtanerkennung von Schulden oder Einstellung der Schuldentilgung ausüben kann.

Mehrere rechtliche Bestimmungen **erlauben einem Staat die einseitige Nichtanerkennung illegaler, verabscheuungswürdiger und illegitimer Schulden**. Im Fall Griechenlands kann ein solcher Akt sich auf folgende Punkte stützen:

Täuschung durch die Gläubiger, wodurch Griechenland gedrängt wurde, nationales Recht und internationale

Menschenrechtsverpflichtungen zu verletzen;  
Vorrang der Menschenrechte vor Abkommen wie den von früheren Regierungen mit Gläubigern oder der Troika getroffenen; Zwang;  
unlautere Bedingungen, die die griechische Souveränität und Verfassung offenkundig verletzen;  
das international anerkannte Recht eines Staats, gegen gesetzwidrige Handlungen seiner Gläubiger vorzugehen, die vorsätzlich seine Finanzhoheit beeinträchtigen, ihn zur Aufnahme verabscheuungswürdiger, illegaler und illegitimer Schulden nötigen, die wirtschaftliche Selbstbestimmung beeinträchtigen und fundamentale Menschenrechte verletzen.

**Im Fall untragbarer Schulden hat jeder Staat das Recht, in außergewöhnlichen Situationen eine Notlage festzustellen**, um seine von einer ernsten und unmittelbaren Gefahr bedrohten grundlegenden Interessen zu schützen. In einer solchen Situation kann ein Staat von der Erfüllung internationaler Verpflichtungen, durch die – wie im Fall ausstehender Forderungen – die Gefahr erhöht wird, befreit werden. Außerdem haben Staaten das Recht, sich einseitig für zahlungsunfähig zu erklären, wenn die Bedienung einer Schuld untragbar ist. In einem solchen Fall handeln sie nicht gesetzwidrig und sind deshalb auch nicht haftbar.

**Die Würde von Menschen ist mehr wert als illegale, illegitime, verabscheuungswürdige und untragbare Schulden**

Nach Abschluss der Voruntersuchung betrachtet die Kommission Griechenland als das Opfer eines Angriffs, der vom Internationalen Währungsfonds, von der Europäischen Zentralbank und von der Europäischen Kommission vorbereitet und durchgeführt wurde. Diese gewaltsame, illegale und unmoralische Tat zielte ausschließlich darauf ab, private Schulden auf den Staat zu übertragen.

Mit der Übergabe dieses vorläufigen Berichts an die Behörden und die Bevölkerung Griechenlands sieht die Kommission den ersten Teil ihrer Aufgabe, wie sie in der Entscheidung der Parlamentpräsidentin vom 4. April 2015 definiert wurde, als erfüllt an.

Die Kommission hofft, dass der Bericht ein brauchbares Werkzeug für alle darstellt, die der zerstörerischen Logik der Austerität entfliehen und sich für das einsetzen wollen, was heute in Gefahr ist: Menschenrechte, Demokratie, die Würde der Menschen und die Zukunft kommender Generationen.

Als Antwort an diejenigen, die ungerechtfertigte Maßnahmen durchsetzen wollen, mag die griechische Bevölkerung das anführen, was Thukydides über die Verfassung Athens schrieb: „*Die Verfassung, die wir haben, heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.*“ (Gefallenenrede des Perikles aus der Geschichte des Peloponnesischen Krieges von Thukydides)

**Original:** PM vom 17. Juni, <http://www.hellenicparliament.gr/en/http://www.hellenicparliament.gr/en/Enimerosi/Grafeo-Typou/Deltia-Typou/?press=cb2bae76-752a-473b-a943-a4ba00d8da6a>

**Bericht (62 Seiten)**

[http://www.hellenicparliament.gr/UserFiles/8158407a-fc31-4ff2-a8d3-433701dbe6d4/Report\\_EN\\_final.pdf](http://www.hellenicparliament.gr/UserFiles/8158407a-fc31-4ff2-a8d3-433701dbe6d4/Report_EN_final.pdf)

**Übersetzung:** Werner Horch, <http://www.coorditrad.attac.org>

# Aus dem Bericht der Wahrheitskommission

*Anm. der SiG-Redaktion: Einzelne Kapitel sind schon übersetzt und auf der Internet-Seite von SiG zu lesen.  
Die Übersetzung des gesamten Berichts erscheint im August.*

## Aus Kapitel 2:

### **Verfälschung des Haushaltsdefizits und des Schuldenstands**

Nach den Parlamentswahlen vom 4. Oktober 2009 überprüfte und **erhöhte** die neugewählte Regierung von Giorgos Papandreou auf illegale Weise **sowohl das Haushaltsdefizit als auch die Staatsschulden für die Zeit bis zum Memorandum von 2010.** (...)

Eines der schockierendsten Beispiele für Fälschungen des Haushaltsdefizits betrifft die Verbindlichkeiten der staatlichen Krankenhäuser. (...) „In der Mitteilung vom 21. Oktober 2009 ist dem für 2008 festgestellten Haushaltsdefizit von 2,3 Milliarden Euro ein Betrag von 2,5 Milliarden Euro hinzugefügt worden. Dies geschah griechischen Behörden zufolge auf direkte Anweisung des Finanzministeriums, obwohl die tatsächliche Höhe der Verbindlichkeiten der Krankenhäuser noch unbekannt ist, keine Begründung vorliegt, warum dieser Betrag nur dem Jahr 2008, nicht auch den Vorjahren zugeordnet wurde, und das ESYE gegenüber dem Obersten Rechnungshof und dem Finanzministerium seine Ablehnung dieses Vorgehens zum Ausdruck gebracht hatte. Das muss als eine methodologische Fehlentscheidung des Obersten Rechnungshofes betrachtet werden.“ Dennoch gab Eurostat im April 2010 (...) der griechischen Regierung nicht nur den Forderungen der neuen griechischen Regierung bezüglich der angefochtenen 2,5 Milliarden Euro nach, sondern fügte noch 1,8 Milliarden Euro hinzu. (...)

### **Die Swageschäfte von Goldman Sachs**

Eine weitere unbegründete Anhebung der Staatsschulden im Jahr 2009 steht in Zusammenhang mit der statistischen Aufbereitung der Swageschäfte von Goldman Sachs. Die Einpersoneneinführung von ELSTAT fügte der Staatsverschuldung 21 Milliarden Euro hinzu. Dieser Betrag wurde ad hoc auf die Jahre 2006 bis 2009 verteilt. Das stellt eine rückwirkende Erhöhung der Staatsverschuldung Griechenlands dar und steht im Widerspruch zu den EU-Regularien.

Insgesamt wird geschätzt, dass infolge dieser formal nicht begründeten Anpassungen **das Haushaltsdefizit für 2009 um 6 bis 8 Prozentpunkte des BIP erhöht wurde.** Desgleichen wurden die Staatsschulden um 28 Milliarden Euro erhöht. (...) Die Parlamente in Europa stimmten für eine „Rettung“ Griechenlands aufgrund gefälschter statistischer Daten. Die Bankenkrise wurde durch eine **Überbewertung** der Wirtschaftsprobleme im öffentlichen Sektor heruntergespielt.

### **Sommerakademie von attac Deutschland in Marburg:**

#### **„Wir schulden nichts – wir zahlen nichts“**

#### **Drei Workshops zu der Schuldenfrage**

- **Erste Ergebnisse der Wahrheitskommission über die öffentlichen Schulden Griechenlands,**  
mit Thanos Contargyris (attac Gr.), Mitglied der Kommission  
Donnerstag 06.08.2015, 15:00 – 16:30
- **Zum Vorschlag eines Insolvenzverfahrens für die Staaten:**  
Faires und Transparentes Schiedsverfahren (FTAP)  
Freitag 07.08.2015, 17:00 – 18:30
- **Umgang mit den Staatsschulden: Schuldenüberprüfung und -streichungen – hin zu einer europäischen Schuldenkonferenz**  
Samstag 08.08.2015, 15:00 – 16:30

Mehr dazu: Programm S.44-45

Die **Umstrukturierung der griechischen Schulden** wurde am 9. März 2012 durch den Umtausch der Anleihen in neue Anleihen mit Abschlag abgeschlossen. (...) Durch zwei Gesetze erlitten die Einlagen Hunderter öffentlicher Einrichtungen Verluste im Gesamtwert von 16,2 Milliarden Euro. Am stärksten betroffen waren **Rentenversicherungen mit einem Gesamtverlust von 14,5 Milliarden Euro** (bei einer Gesamtkapitalreserve von 21 Milliarden Euro).

Eine weitere Gruppe, die signifikante Verluste verzeichnete, waren **Kleinanleger**. Schätzungen zufolge haben mehr als 15.000 Familien den Großteil ihrer Ersparnisse verloren. Dies war eine Folge der Tatsache, dass viele Jahre lang Staatsanleihen gefördert und als risikolose Anlage verkauft worden waren.

## Aus Kapitel 6:

In **Krankenhäuser und Apotheken** kam es zu umfassenden Mängeln, als man versuchte, die Ausgaben für Medikamente von 4,37 Milliarden EUR 2010 auf 2 Milliarden EUR 2014 zu senken. (Anm. der SiG-Redaktion: das sind pro Kopf dreimal weniger als in Deutschland)

Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria und HIV nahmen zu; die Arbeitslosigkeit trieb arbeitslose junge GriechInnen zum Drogenkonsum, und psychische Probleme nahmen rapide zu – dazu gehören auch Suizide, die in hohem Maß auf die Belastungen durch die Krise zurückgeführt werden.

(**Zur Privatisierung**) **Achtundzwanzig im Staatsbesitz befindliche** Gebäude wurden durch TAIPED S.A. in Privatbesitz überführt, wobei der Staat sie als Pächter weiterhin nutzen kann (Lease-Back-Verfahren). Es handelt sich um folgende Gebäude: Ministerium für Justiz, Ministerium für Verwaltungsreform und e-Governance, Ministerium für Bildung, Ministerium für Kultur, Hauptquartier der Polizei Athen, Hauptquartier der Polizei Thessaloniki, Allgemeines staatliches Chemielabor, Griechisches Statistisches Amt, Finanzamt A' Athen, Finanzamt XVII Athen, Finanzamt XIX Athen, (...). Die Ausschreibung für Verkauf und Rückvermietung der obigen Gebäude endete im Oktober 2013 mit der **Zahlung von insgesamt 261,31 Millionen Euro.** Nach Abschluss der Transaktion wurde bekannt, dass **der griechische Staat die obigen Gebäude 20 Jahre lang pachten und dafür insgesamt fast 600 Millionen Euro zahlen wird** (25,6 Millionen Euro pro Jahr plus Wartungs- und Versicherungskosten). Wegen dieser Transaktion wurde bereits ein Prozess angestrengt.

### **Material für diese drei Workshops auf der SiG-Seite „Griechenlands Schulden“**

#### **Griechenland**

**Französisches Komitee zur Überprüfung der öffentlichen Schulden durch die Bürgerinnen und Bürger**

**Widerlegung von falschen Behauptungen  
in den Medien**

**April 2015**

SiG-Sondernummer

[http://www.attac.de/uploads/media/sig\\_sn\\_Juni\\_15\\_falsche\\_Behauptungen\\_ueber\\_Griechenlands\\_Schulden.pdf](http://www.attac.de/uploads/media/sig_sn_Juni_15_falsche_Behauptungen_ueber_Griechenlands_Schulden.pdf)

# This is a coup! - Der schwarze Montag

Wir – Redaktion von „Sand im Getriebe“ veröffentlichen gewöhnlich Texte, die sich kritisch mit der herrschenden Politik beschäftigen bzw. Alternativen beschreiben und vorschlagen. Jedoch meinen wir, unseren Leserinnen und Lesern eine Höllenfahrt zumuten zu dürfen – und veröffentlichen die Erklärung des Eurogipfels vom Montag, den 13. Juli. Möge dieses historische Dokument in einer nahen Zukunft ein vergilbtes Museumsstück werden, als Mahnung an uns alle.

## Erklärung des Euro-Gipfels

(Hervorhebungen von der SiG-Redaktion)

Brüssel, 12. Juli 2015

Der Eurogipfel betont, dass als **Voraussetzung** für eine mögliche künftige Vereinbarung über ein neues ESM-Programm das **Vertrauen** in die griechische Regierung unbedingt wiederhergestellt werden muss. In diesem Zusammenhang ist die **Eigenverantwortung der griechischen Regierung** von ausschlaggebender Bedeutung, und auf politische Verpflichtungen sollte eine erfolgreiche Umsetzung folgen.

Von einem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, der um eine Finanzhilfe durch den ESM ersucht, **wird erwartet**, dass er, wann immer dies möglich ist, ein ähnliches Ersuchen an den IWF richtet (ESM-Vertrag, Erwägungsgrund 8). Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die Euro-Gruppe einem neuen ESM-Programm zustimmt. **Griechenland wird daher fortgesetzte Unterstützung durch den IWF (Überwachung und Finanzierung) ab März 2016 beantragen**. Angesichts der Notwendigkeit, das Vertrauen in Griechenland wiederherzustellen, begrüßt der Euro-Gipfel die Zusage der griechischen Regierung, unverzüglich die Rechtsvorschriften für ein erstes Maßnahmenpaket zu erlassen. Diese **Maßnahmen, die mit den Institutionen im Vorhinein vollständig abzustimmen sind**, umfassen:

*bis zum 15. Juli 2015*

- die Straffung des **Mehrwertsteuersystems** und die Ausweitung der **Steuerbemessungsgrundlage**, um die Einnahmen zu erhöhen;
- sofortige Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit des Rentensystems als Teil eines umfassenden Programms zur **Rentenreform**;
- die Sicherstellung der vollen rechtlichen **Unabhängigkeit des griechischen statistischen Amtes ELSTAT**;
- die vollständige Umsetzung der maßgeblichen Bestimmungen des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, indem insbesondere dafür gesorgt wird, dass der **Fiskalrat** vor Fertigstellung der Vereinbarung seine Tätigkeit aufnehmen kann und indem bei Abweichungen von ehrgeizigen Primärüberschusszielen nach Konsultation des Fiskalrates und vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der Institutionen quasi-automatische Ausgabenkürzungen eingeführt werden;

*bis zum 22. Juli 2015*

- die Annahme der **Zivilprozessordnung**, wobei es sich um eine grundlegende Revi-

sion der Verfahren und Regelungen für das Zivilrechtssystem handelt, die eine Beschleunigung der Gerichtsverfahren und Kostensenkungen in erheblichem Maße ermöglicht;

- die Umsetzung der Richtlinie über die **Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten** mit Unterstützung der Europäischen Kommission.

**Erst im Anschluss** an die rechtliche Umsetzung der ersten vier der oben genannten Maßnahmen sowie an die Billigung aller in diesem Dokument enthaltenen Verpflichtungen durch das griechische Parlament, **überprüft durch die Institutionen und die Euro-Gruppe**, kann unverzüglich der Beschluss gefasst werden, die Institutionen mit der Aushandlung einer Vereinbarung zu beauftragen. Dieser Beschluss würde **unter dem Vorbehalt** gefasst, dass die nationalen Verfahren abgeschlossen sind und die Voraussetzungen nach **Artikel 13 des ESM-Vertrags** auf der Grundlage der in Artikel 13 Absatz 1 genannten Bewertung erfüllt sind.

Damit sie die Grundlage für einen erfolgreichen Abschluss der Vereinbarung bilden können, müssen die von Griechenland vorgeschlagenen **Reformmaßnahmen erheblich ausgeweitet werden**, um der deutlichen Verschlechterung der Wirtschafts- und Haushaltslage des Landes im vergangenen Jahr Rechnung zu tragen. **Die griechische Regierung muss sich förmlich dazu verpflichten**, ihre Vorschläge in einer Reihe von Bereichen, die von den Institutionen benannt wurden, **nachzubessern**, und diese mit einem ausreichend klaren Zeitplan für den Erlass von Rechtsvorschriften und deren Umsetzung einschließlich Strukturindikatoren, Etappenzielen und quantitativen Benchmarks unterlegen, so dass Klarheit über die mittelfristige Ausrichtung der Politik besteht. Insbesondere müssen im Einvernehmen mit den Institutionen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- **Durchführung ehrgeiziger Reformen des Rentensystems** und Festlegung politischer Maßnahmen, um die Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichts zu der Rentenreform von 2012 auf den Haushalt vollständig auszugleichen und die Klausel über ein Nulldefizit oder einvernehmlich vereinbarte alternative Maßnahmen bis Oktober 2015 umzusetzen;
- **Verabschiedung ehrgeizigerer Produktmarktreformen** zusammen mit einem klaren Zeitplan für die Durchführung sämtlicher

im Rahmen des OECD-Instrumentariums (Teil I) ausgesprochener Empfehlungen, unter anderem zu verkaufsoffenen Sonntagen, Schlussverkaufsperioden, Eigentum an Apotheken, Milch und Bäckereien, mit Ausnahme nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel, die in einem nächsten Schritt umgesetzt werden, sowie zur Öffnung von makroökonomisch relevanten geschlossenen Berufen (z.B. Fährbetrieb). Im Rahmen der Folgemaßnahmen zu dem OECD-Instrumentarium (Teil II) ist die Produktion in die vorbereitenden Maßnahmen aufzunehmen;

- in Bezug auf die Energiemärkte **Privatisierung des Stromübertragungsnetzbetreibers (ADMIE)**, es sei denn, im Benehmen mit den Institutionen können Ersatzmaßnahmen mit gleichwertiger Wirkung auf den Wettbewerb ermittelt werden;

- auf den Arbeitsmärkten eine **tiefgreifende Überprüfung und Modernisierung der Verfahren für Tarifverhandlungen, Arbeitskampfmaßnahmen** und, im Einklang mit den einschlägigen Richtlinien und bewährten Verfahren der EU, **Massenentlassungen** nach dem mit den Institutionen vereinbarten Zeitplan und Ansatz. Auf der Grundlage dieser Überprüfungen sollte die Arbeitsmarktpolitik an bewährte internationale und europäische Verfahren angepasst werden und nicht zu einer Rückkehr zur bisherigen Politikgestaltung führen, die mit den Zielen der Förderung eines nachhaltigen und integrativen Wachstums nicht vereinbar ist;

- Annahme der erforderlichen Maßnahmen zur **Stärkung des Finanzsektors** einschließlich entschlossener Maßnahmen in Bezug auf notleidende Kredite und Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerung des HFSF und der Banken, vor allem durch die Beseitigung sämtlicher Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme, insbesondere bei Ernennungsverfahren.

**Darüber hinaus ergreift die griechische Regierung die folgenden Maßnahmen:**

- Ausarbeitung eines deutlich **nachgebesserten Programms für die Privatisierung mit verbesserter Steuerung**; Transfer von hohen griechischen Vermögenswerten an einen unabhängigen Fonds, der die Vermögenswerte durch Privatisierungen und andere Wege monetarisiert. Die Monetarisierung der Vermögenswerte wird eine Quelle für die vereinbarte Rückzahlung des neuen ESM-Darlehens sein und soll während der Laufzeit des neuen Darlehens einen angestrebten **Gesamtwert in Höhe von 50 Mrd. EUR** erzie-

len, wovon 25 Mrd. EUR für die Rückzahlung der Rekapitalisierung von Banken und anderen Vermögenswerten verwendet werden und 50 % jedes verbleibenden Euro (d.h. 50 % von 25 Mrd. EUR) für die Verringerung der Schuldenquote und die übrigen 50 % für Investitionen genutzt werden.

Dieser **Fonds** würde in Griechenland eingerichtet und von den griechischen Behörden **unter Aufsicht der maßgeblichen europäischen Organe und Einrichtungen** verwaltet werden. In Abstimmung mit den Institutionen und aufbauend auf bewährten internationalen Verfahren sollte ein Rechtsrahmen angenommen werden, um gemäß den Grundsätzen und Standards der OECD in Bezug auf die Verwaltung staatseigener Unternehmen transparente Verfahren und eine angemessene Preisbildung für die Veräußerung von Vermögenswerten sicherzustellen;

- Modernisierung und deutliche Stärkung der **griechischen Verwaltung** im Einklang mit den Zielsetzungen der griechischen Regierung sowie – unter Federführung der Europäischen Kommission – die Einleitung eines Programms zum Aufbau von Kapazitäten und zur Entpolitisierung der griechischen Verwaltung. Ein erster Vorschlag sollte nach Beratungen mit den Institutionen bis zum 20. Juli 2015 vorgelegt werden. Die griechische Regierung verpflichtet sich, die **Kosten der griechischen Verwaltung** gemäß einem mit den Institutionen vereinbarten Zeitplan weiter zu **senken**;

- **vollständige Normalisierung der Verfahren zur Arbeit mit den Institutionen einschließlich der erforderlichen Arbeiten vor Ort in Athen sowie Verbesserung der Programmdurchführung und -überwachung.** Die Regierung muss **die Institutionen zu sämtlichen Gesetzesentwürfen** in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf **konsultieren und sich mit ihnen abstimmen**, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird. Der Euro-Gipfel betont erneut, dass die Umsetzung von zentraler Bedeutung ist, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Absicht der griechischen Regierung, bis zum 20. Juli 2015 ein Hilfeersuchen um technische Unterstützung an die Institutionen und die Mitgliedstaaten zu richten, und er ersucht die Europäische Kommission, diese Unterstützung durch Europa zu koordinieren;

- Die griechische Regierung wird **mit Ausnahme des Gesetzes über die humanitäre Krise** die Rechtsvorschriften überprüfen, um die **Rechtsvorschriften zu ändern, die im Widerspruch zu der Vereinbarung vom 20. Februar eingeführt wurden** und Rückschritte gegenüber früheren Programmauflagen darstellen, oder sie wird klare Äquivalente für die erworbenen Rechte ermitteln, die im Nachhinein geschaffen wurden.

**Die oben aufgeführten Verpflichtungen sind Mindestanforderungen für die Aufnahme der Verhandlungen mit der griechischen Regierung.** Der Euro-Gipfel hat

jedoch unmissverständlich klargestellt, dass die Aufnahme von Verhandlungen einer etwaigen endgültigen Vereinbarung über ein neues ESM-Programm, das in jedem Fall auf einen Beschluss über das Gesamtpaket (einschließlich des Finanzierungsbedarfs, der Schuldentragfähigkeit und einer etwaigen Überbrückungsfinanzierung) gestützt sein muss, keinesfalls vorgreift.

Der Euro-Gipfel nimmt zur Kenntnis, dass nach Einschätzung der Institutionen der mögliche **Programmfinanzierungsbedarf zwischen 82 und 86 Mrd. EUR** beträgt. Er ersucht die Institutionen, Möglichkeiten einer Verringerung des Finanzierungsrahmens – durch einen alternativen Konsolidierungspfad oder höhere Einnahmen aus Privatisierungen – zu prüfen. Die Wiederherstellung des Marktzugangs, die Ziel eines jeden Finanzhilfeprogramms ist, verringert die Notwendigkeit einer Inanspruchnahme des gesamten Finanzrahmens. Der Euro-Gipfel nimmt Kenntnis vom dringenden Finanzierungsbedarf Griechenlands, der verdeutlicht, dass äußerst zügig Fortschritte im Hinblick auf einen Beschluss über eine neue Vereinbarung erzielt werden müssen:

**Dieser Finanzierungsbedarf wird auf einen Betrag von 7 Mrd. EUR bis zum 20. Juli und auf einen weiteren Betrag von 5 Mrd. EUR bis Mitte August veranschlagt.**

Der Euro-Gipfel stellt fest, wie wichtig es ist, dass der griechische Staat seine Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF und der Bank von Griechenland ausgleichen und in den kommenden Wochen seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann, um die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Abschluss der Verhandlungen zu schaffen. **Das Risiko eines nicht zügigen Abschlusses der Verhandlungen liegt vollständig bei Griechenland.** Der Euro-Gipfel ersucht die Euro-Gruppe, diese Aspekte vorzudringlich zu erörtern.

In Anbetracht der akuten Herausforderungen, mit denen der griechische Finanzsektor konfrontiert ist, müsste der Gesamtrahmen eines etwaigen neuen ESM-Programms die **Schaffung eines Puffers von 10 bis 25 Mrd. EUR für den Bankensektor** umfassen, um einen potenziellen Bankenrekapitalisierungsbedarf und etwaige Bankenabwicklungskosten zu decken, wovon 10 Mrd. EUR unmittelbar über ein Sonderkonto beim ESM bereitgestellt würden.

Der Euro-Gipfel ist sich bewusst, dass eine rasche Entscheidung über ein neues Programm eine Voraussetzung dafür ist, dass die Banken wieder öffnen können und somit eine Erhöhung des Gesamtfinanzierungsrahmens vermieden wird. Die EZB/der SSM wird nach dem Sommer eine umfassende Bewertung vornehmen. Der Gesamtpuffer wird Vorkehrungen für eine mögliche Kapitalknappheit im Anschluss an die umfassende Bewertung nach der Anwendung des Rechtsrahmens einschließen.

Es bestehen ernste Bedenken hinsichtlich der **Tragfähigkeit der griechischen Schulden.**

Dies ist auf eine Lockerung der politischen Maßnahmen in den letzten zwölf Monaten zurückzuführen, die zu der jüngsten Verschlechterung des makroökonomischen und finanziellen Umfelds im Inland geführt hat. Der Euro-Gipfel weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung der Schuldentragfähigkeit Griechenlands getroffen haben, die den Schuldentilgungspfad Griechenlands erleichtert und die Kosten erheblich verringert haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Euro-Gruppe bereit, im Zusammenhang mit einem möglichen künftigen ESM-Programm und im Geiste der Erklärung der Euro-Gruppe vom November 2012 erforderlichenfalls mögliche zusätzliche Maßnahmen (**möglicher längerer Tilgungsaufschub und mögliche längere Zurückzahlungsfristen**) zu erwägen, um sicherzustellen, dass der Bruttofinanzierungsbedarf auf einem tragfähigen Niveau bleibt. Diese Maßnahmen **hängen davon ab**, dass die in einem etwaigen neuen Programm festzulegenden Maßnahmen vollständig umgesetzt werden, und sie werden nach einem ersten positiven Abschluss der Überprüfung in Betracht gezogen.

**Der Euro-Gipfel betont, dass ein nominaler Schuldenschnitt nicht durchgeführt werden kann.**

**Die griechische Regierung erneuert ihre unabänderliche Zusage, dass sie allen ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber allen ihren Gläubigern vollständig und rechtzeitig nachkommt.**

Sofern alle in diesem Dokument aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sind, können die Euro-Gruppe und der ESM-Gouverneursrat gemäß Artikel 13 Absatz 2 des ESM-Vertrags die Institutionen beauftragen, ein neues ESM-Programm auszuhandeln, falls die Voraussetzungen nach Artikel 13 des ESM-Vertrags auf der Grundlage der in Artikel 13 Absatz 1 genannten Bewertung erfüllt sind.

**Zur Unterstützung von Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Griechenland** (in den kommenden 3 bis 5 Jahren) wird die Kommission eng mit der griechischen Regierung zusammenarbeiten, um bis zu 35 Mrd. EUR (im Rahmen verschiedener Programme der EU) zur Finanzierung von **Investitionen** und der Wirtschaftstätigkeit, einschließlich von KMU, zu mobilisieren. Die Kommission wird als eine Ausnahmemaßnahme aufgrund der einzigartigen Lage Griechenlands den Gesetzgebungsorganen der EU vorschlagen, die Höhe der Vorfinanzierung um 1 Mrd. EUR aufzustocken, um einen sofortigen Anschlag für Investitionen zu geben. Auch der Investitionsplan für Europa wird Finanzierungsmöglichkeiten für Griechenland vorsehen.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/07/pdf/20150712-eurosummit-statement-greece/>

# Ergebnisse des Euro-Gipfels: Pest oder Cholera?

## Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras

13. Juli 2015

Seit nunmehr sechs Monaten kämpfen wir und haben bis zuletzt um das bestmögliche Ergebnis gerungen, um ein Abkommen, das es dem Land ermöglichen wird, auf eigenen Füßen zu stehen, und dem griechischen Volk, den Kampf fortzusetzen.

Wir waren mit schweren Entscheidungen und Dilemmas konfrontiert. **Wir haben Verantwortung für den nunmehrigen Beschluss übernommen, um die Implementierung der extremsten Ziele der konservativsten Kreise in der Europäischen Union zu verhindern.**

**Das getroffene Abkommen ist ein beinhardt.** Allerdings haben wir verhindert, dass öffentliches Eigentum ins Ausland transferiert wird. Wir haben den Plan der finanziellen Strangulierung und den Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert – einen Plan, der bis ins letzte Detail ausgearbeitet vorlag und bereits in Ansätzen umgesetzt wurde.

Schließlich ist es uns in diesem erbitterten Kampf gelungen, uns auf die Umstrukturierung der Schulden und einen mittelfristigen Finanzierungsprozess zu einigen.

Es war uns bewusst, dass wir mit keiner einfachen Aufgabe konfrontiert waren, aber wir haben ein sehr wichtiges Vermächtnis hinterlassen. Ein **Vermächtnis** und eine Veränderung, die Europa so sehr bedarf. Griechenland wird weiter kämpfen und wir werden weiter kämpfen, damit wir zu Wachstum und zur Wiederherstellung unserer verlorenen nationalen Souveränität zurückkehren können. Wir haben uns unsere

Volksouveränität verdient. Wir haben durch Europa und die ganze Welt eine Botschaft der Demokratie und der Würde geschickt. Dies ist das wichtigste Vermächtnis.

Zuletzt möchte ich all meinen Kolleginnen und Kollegen, Minister/-innen und Bündnispartner/-innen danken, die mit mir bis zum Schluss diesen erbitterten Kampf durchgestanden haben. Einen Kampf, der am Ende des Tages gerechtfertigt sein wird.

Die Entscheidung des heutigen Tages bewahrt Griechenland in einem Zustand der finanziellen Stabilität, sie enthält das Potential der wirtschaftlichen Genesung. Gleichzeitig wussten wir von vornherein, dass es ein Abkommen sein würde, dessen Umsetzung schwierig wird. Die vereinbarten Maßnahmen umfassen jene, die im Parlament bereits angenommen wurden. Es sind dies **Maßnahmen, die unweigerlich einen Trend zur Rezession mit sich bringen werden.**

Allerdings habe ich auch das Gefühl, den Glauben und die Hoffnung, dass das **Wachstumspaket in Höhe von 35 Milliarden Euro**, das wir ausgehandelt haben, die **Schuldenumstrukturierung** und die **gesicherte Finanzierung für die nächsten drei Jahre** das Vertrauen der Märkte und der Investoren wiederherstellen werden, **dass ein Grexit der Vergangenheit angehört.** Dieses Vertrauen kann eine Investitionselle auslösen, die den Trend zur Rezession auffängt.

Gleichzeitig glaube ich, dass eine große Mehrheit der griechischen Bevölkerung die

Bemühungen unterstützt, **zum Wachstum zurückzukehren**, da sie einerseits anerkennt, dass wir bis zum Schluss für eine gerechte Sache gekämpft und die ganze Nacht hindurch verhandelt haben, dass wir andererseits, unabhängig wie hoch die Belastungen sein werden, diese **mit sozialer Gerechtigkeit ausgleichen werden** – und unsere Präsenz ist eine Garantie dafür. Und es wird nicht der Fall sein, dass die Kosten für das Gesetz nur jene zu tragen haben werden, denen sie in den letzten Jahren aufgebürdet worden sind. Diesmal werden auch all jene, denen es in der vergangenen Periode gelungen ist, sich zu entziehen, weil sie von den früheren Regierungen darin unterstützt wurden, auch zahlen, sie werden die Belastungen mittragen.

Zuletzt möchte ich ein **Versprechen** abgeben: Wir müssen jetzt genauso erbittert kämpfen, wie wir dafür gekämpft haben, das bestmögliche Ergebnis in Europa zu erzielen, um **die angestammten Privilegien innerhalb des Landes** loszuwerden. Griechenland braucht radikale Reformen zugunsten der sozialen Kräfte und **gegen die Oligarchie**, die uns an diesen Punkt geführt hat. Und das ist das Versprechen bezüglich der neuen Bemühungen, die wir morgen in Angriff nehmen werden.“

Übersetzung: Hilde Grammel  
<http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2015/news/detail/Blog/alexis-tsipras-statement-following-the-conclusion-of-the-eurozone-summit.html>

**Fernsehansprache von Tsipras**  
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/977822.tsipras-europa-gehoert-nicht-herm-schaeuble.html>

Weitere Stellungnahmen von Alexis Tsipras: <http://www.primeminister.gov.gr/english/category/news/articlesandstatements/>

### Die inoffizielle Einschätzung des erzielten Ergebnisses durch die griechische Regierung:

[http://www.europa-neu-begrunden.de/wp-content/uploads/2015/07/2015\\_07\\_13\\_non\\_paper\\_zu\\_einzelheiten\\_des\\_verhandlungsergebnisses.pdf](http://www.europa-neu-begrunden.de/wp-content/uploads/2015/07/2015_07_13_non_paper_zu_einzelheiten_des_verhandlungsergebnisses.pdf)

(...) Wir werden, ganz unabhängig von der neuen Vereinbarung, ... die zentralen Strukturen in allen Bereichen der griechischen Gesellschaft verwirklichen müssen, die wir versprochen haben und die man von uns fordert. Die Veränderungen im Gesundheitswesen, im Bildungssektor, in der öffentlichen Verwaltung, in den Beziehungen zwischen öffentlichem und privaten Sektor, die Förderung von Forschung und Innovation, die Herausbildung eines neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmodells, die Erweiterung der genossenschaftlichen Ökonomie, all dies müssen

wir anpacken, ohne einen einzigen Tag zu verlieren. Langfristig wird man den Erfolg dieser Regierung daran messen, was sie von diesen genannten Zielen umgesetzt hat – und nicht daran, ob sie es ohne demokratischen Auftrag zugelassen hat, dass das Land im unregulierten Bankrott unter einer nationalen Währung versinkt.

(Zusammenfassung der Regierungsposition:  
<http://www.nachdenkseiten.de/?p=26763#more-26763> )

Persönliche Worte von **Nadia Valavani** an Alexis Tsipras anlässlich ihres Rücktritts als **Stellvertretende Finanzministerin** „...The majority wanted what we were saying, a solution within Europe. But this particular solution, which is imposed today in such a depressing way, is not a sustainable solution. It is not sustainable for them, for the people, for the country. It is not sustainable for Europe, who awaits for another future.“

<https://griechenlandsolidaritaetffm.wordpress.com/2015/07/16/persoeliche-worte-von-nadia-valavani-an-alexis-tsipras-anlaesslich-ihres-ruecktritts-als-stellvertretende-finanzministerin/>

## Yanis Varoufakis: Reformprogramm zum Scheitern verurteilt, 18. Juli 2015

Der ehemalige griechische Finanzminister Gianis Varoufakis zweifelte in einem Interview der britischen BBC den Erfolg der Reformen an, die Griechenland von den Gläubigern aufgenötigt wurden. »Dieses Programm ist zum Scheitern verurteilt, wer auch immer es umsetzt«, sagte Varoufakis. Zu der Einigung zwischen Griechenland und den Gläubigern sagte Varoufakis: »**Wir hatten die Wahl zwischen der Hinrichtung und der Kapitulation.**« Tsipras habe sich für die Kapitulation entschieden. »Ich mag darin nicht mit ihm übereinstimmen und das habe ich mit meinem Rücktritt klargemacht. Aber ich verstehe sehr genau, in was für einer schwierigen Lage er sich befindet.« <http://www.neues-deutschland.de/artikel/978363.schaeuble-kokettiert-mit-ruecktritt.html>

**Varoufakis zur Vereinbarung vom 13. Juli 2015:** »Ein Karthagischer Frieden«: Das Opfer wird gebeten, die Schuld des Täters auf sich zu nehmen: Die Erklärung des Eurogipfels von Montag im Wortlaut - kommentiert von Yanis Varoufakis, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/978365.ein-karthagischer-frieden.html>

Weitere Stellungnahmen: <http://yanisvaroufakis.eu/>

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/977827.sie-haben-uns-in-die-falle-gelockt.html?action=print>  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-07/yanis-varoufakis-wolfgang-schaeuble-gastbeitrag-zeit-griechenland-opfer>

**Stathis Kouvelakis**, Mitglied im Parteivorstand von Syriza und führendes Mitglied der Linken Plattform: „Tsipras und die restliche Führung haben tatsächlich von Anfang an recht konsequent dieselbe Linie verfolgt. Sie dachten, dass die Kombination aus einem „realistischen“ Ansatz in den Verhandlungen und einer gewissen rhetorischen Entschlossenheit zu Eingeständnissen seitens der Europäer führen würden. Mit dieser Linie gerieten sie jedoch in eine Falle, und als sie dies bemerkten, hatten sie keine alternative Strategie.“ <http://marx21.de/griechenland-der-kampf-geht-weiter>

## Erklärung von 109 (von 201) Mitgliedern des Zentralkomitees von Syriza, 15. Juli 2015

<http://griechenlandsoli.com/2015/07/15/mehrheit-des-zk-von-syriza-lehnt-vereinbarung-ab/#more-2323>

**Debatte über die Entscheidung der griechischen Regierung, die Vereinbarung mit der Euro-Gruppe zu unterzeichnen:** [http://www.sozialismus.de/kommentare\\_analysen/detail/artikel/heroisierung-und-verleumdung/](http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/heroisierung-und-verleumdung/)

**Die Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou** beschwert sich in einem Brief an den Ministerpräsidenten Tsipras und den Staatspräsidenten M. Prokypis Pavlopoulos über das Diktat und das höchst undemokratische Verfahren: Ein Gesetzentwurf von 977 Seiten zur „Justizreform“ und zur Umsetzung einer EU-Richtlinie zu den Banken wurde 2 Tage vor der Abstimmung im Parlament (22. Juli 2015) vorgelegt; Änderungsanträge durften nicht zugelassen werden. Unter der Androhung eines ungeordneten Bankrotts sollten Abgeordnete gegen ihr Gewissen dafür abzustimmen, denn die Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen ist nach den Gläubigern des griechischen Staates die Annahme dieser Gesetze. Ein ähnlicher Text, den der Justizminister der früheren Regierung gemäß der Forderung der Gläubiger im Dezember 2014 vorgelegt hatte, wurde in der Öffentlichkeit damals breit abgelehnt. Das neue Gesetz sieht u. a. vor, dass beim Konkurs von Betrieben die Banken als erste entschädigt werden, nicht mehr die Bezieher einer Betriebsrente und die Beschäftigten. <http://cadtm.org/Post-scriptum-Les-consequences-de>

Weitere Analysen und Stellungnahmen: „Griechenland nach dem Referendum“ in SiG <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

Dossiers über Griechenland: <http://griechenlandsoli.com/>, <http://www.neues-deutschland.de/dossiers/327.html>, <http://faktencheckhellas.org/> (auch Zeitungsausgaben), <http://www.europa-neu-begrunden.de/aktuelles/>, <http://www.nachdenkseiten.de>, <http://www.labournet.de/category/internationales/griechenland/>, <http://www.thepressproject.gr/en/>,

## Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM): Kein Mechanismus der Solidarität

### AG Europäische Union & AG Finanzmärkte von Attac Deutschland, 26. Juni 2012

Der ESM bedroht die Entwicklung einer solidarischen und demokratischen Europäischen Union:

1. Der ESM ist undemokratisch und intransparent;
2. Der hermetisch organisierte ESM widerspricht rechtsstaatlichen Prinzipien
3. Der ESM löst die Krise nicht, er verschärft sie
4. Der ESM ist unsozial und ungerecht!

In SiG 96, <http://sandimgetriebe.attac.at/10118.html>

Mehr zu ESM und Fiskalpakt:

<http://www.attac.de/kampagnen/eurokrise-blockupy/fiskal-wirtschaftsunion/fiskalpakt-stoppen/esm-vertrag/>

### Der ESM ist kein Mechanismus der europäischen Solidarität

(Kommentar von Gewerkschaftern, Wissenschaftler\_innen und Abgeordneten des Europäischen Parlaments)

Der ESM wird vielmehr eine Zwangsjacke sein. Ein Überwinden der Krise erfordert ein Umdenken.

Dabei gibt es eine Alternative, um der Dominanz der Märkte zu entrinnen: die EZB sollte die Defizite der Staaten, unter gesamt-europäischer demokratischer Kontrolle, finanzieren. Diese Möglichkeit besteht heute schon, denn gemäß Artikel 123 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von Lissabon) sind die EZB und die nationalen Zentralbanken ermächtigt, öffentlichen Kreditinstituten Geld zu leihen; diese könnten dann die öffentlichen Defizite finanzieren. Die öffentliche Verschuldung dem Einfluss der Märkte zu entziehen, das ist die erste Bedingung jeglicher progressiver Politik.

SiG 96, <http://sandimgetriebe.attac.at/10117.html>

### Stille Revolution. Oder: Von der Verrechtlichung neoliberaler Verhältnisse in der EU.

Ein Dossier von Barbara Eisenmann. Produktion des Deutschlandfunks 2015.

<http://www.deutschlandfunk.de/stille-revolution-oder-von-der-verrechtlichung-neoliberaler.media.68bf74f7d4409c563650589f65549f39.pdf>

# Thomas Sablowski

## Es soll ein Exempel statuiert werden

Der **Führung von Syriza** war einerseits klar, dass die anderen Staatsführungen in Europa kein Interesse daran haben konnten, dass eine linke Regierung in Griechenland einen Politikwechsel weg von der Austeritätspolitik, weg vom Neoliberalismus durchsetzt. Andererseits ging sie davon aus, dass es innerhalb der herrschenden Klassen **widersprüchliche Interessen** gibt, und dass die Ausnutzung dieser Widersprüche in den Verhandlungen dazu führen könnte, doch Zugeständnisse zu erreichen. So setzte Athen darauf, dass Washington, die anderen Regierungen der Euro-Gruppe und die »Troika« selbst daran interessiert sein würden, einen griechischen Staatsbankrott zu vermeiden, da dieser mit unkalkulierbaren (geo-)politischen Folgen verbunden wäre. **Ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion könnte eine Kettenreaktion auslösen**, zu deren Zerfall wie zu enormen ökonomischen und politischen Verwerfungen führen. Südosteuropa würde destabilisiert und der Schulterchluss der Staaten des »Westens« gegenüber Russland und China möglicherweise unterminiert.

Tatsächlich haben auch Vertreter der herrschenden Klassen immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen, wenn es nicht zu einer Einigung kommen sollte. Nicht zuletzt die **US-Regierung** hat aus diesen Gründen mehrfach auf eine Einigung gedrängt. **Dennoch hat sich das Kalkül der griechischen Regierung, substantielle Zugeständnisse erreichen zu können, als falsch erwiesen.**

Dies hat **mehrere Ursachen.**

### Geopolitische Fehleinschätzung

Zum einen ist die Neigung in **Russland und China**, sich auf die Seite Griechenlands und gegen den Rest der EU zu stellen, gering. Russland wäre zwar angesichts seiner Konflikte mit dem Westen bezüglich der Ukraine gegenwärtig durchaus daran interessiert, einen Keil in die EU zu treiben. Andererseits ist die EU als Handelspartner sowohl für Russland als auch für China weitaus wichtiger als das kleine Griechenland. Warum also wegen Griechenland eine Verschlechterung der Beziehungen zur EU riskieren? Die chinesische Regierung hat auch deutlich gemacht, dass sie den Konflikt als ein innereuropäisches Problem betrachtet, d.h. sich da nicht einmischen wird. Die geopolitische Karte hätte im übrigen nur stechen können, **wenn Athen einen »Grexit« als Plan B glaubhaft angedroht**, d.h. ernsthaft in Erwägung gezogen hätte. Zwar hatte Syriza den Wahlkampf auch unter dem Slogan »Keine Opfer für den Euro« geführt, also einen Verbleib in der Euro-Zone um jeden Preis abgelehnt. Und Varou-

fakis hatte, wie er in einem Interview für die britische Wochenzeitung *New Statesman* unmittelbar vor dem Abkommen vom 12. Juli (deutsch in der Zeitung *Neues Deutschland* vom 15. Juli) klarmachte, mit einigen Mitarbeitern im Finanzministerium einen Plan für den Grexit ausgearbeitet. Aber letztlich entschied sich der engste Kreis um Tsipras dagegen. Daher wurde die griechische Gesellschaft darauf auch nicht vorbereitet.

Die **Hoffnung, dass die griechische andere Regierungen auf ihre Seite ziehen könnte**, weil diese ebenfalls Probleme mit der Austeritätspolitik haben, hat sich **ebenfalls nicht erfüllt**. Vielmehr brachte Berlin alle anderen auf Linie. Zumindest vor dem Referendum vom 5. Juli traten die 18 anderen Regierungen in der Euro-Gruppe geschlossen gegen die griechische auf. Erst durch die Abstimmung, bei der sich mehr als 61 Prozent der griechischen Wähler gegen die Forderungen der Gläubiger nach weiteren Rentenkürzungen, Mehrwertsteuererhöhungen, Privatisierungen etc. aussprachen, traten die Unterschiede in der Euro-Gruppe stärker hervor. Dies ist ein Beispiel für den allgemeinen Zusammenhang, dass die Widersprüche innerhalb der herrschenden Machtblöcke und zwischen ihnen sich umso mehr verschärfen, je stärker die beherrschten Klassen in die Offensive kommen. **Nach dem Referendum** artikulierten die Regierungen der USA, Frankreichs, Italiens und einiger weiterer Länder deutlicher ihren Dissens mit der deutschen Regierung und dem von ihr geführten Block. Dennoch blieb der Widerspruch zu der deutschen Linie so verhalten, dass im Ergebnis die Forderungen an Griechenland im Hinblick auf weitere Privatisierungen, Souveränitätsverzicht und Vorleistungen wie Rentenkürzungen und Mehrwertsteuererhöhungen vor erneuten Verhandlungen noch erhöht wurden.

**Berlin hat sich entschieden, sich nicht durch einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone erpressen zu lassen, sondern seinerseits dem Land den Hinauswurf anzudrohen.** Dieser Kurs wurde maßgeblich von Wolfgang Schäuble und dem Bundesbankchef Jens Weidmann verfolgt, aber letztlich auch von Angela Merkel und Sigmar Gabriel unterstützt. Es ist wichtig zu verstehen, dass diese Entscheidung der deutschen Regierung nicht einsam und von heute auf morgen getroffen wurde, sondern eingebettet ist in einen Diskurs, der sich über einen langen Zeitraum entwickelt hat. Die Entscheidung ist auch nicht nur dem fanatischen Beharren deutscher Juristen auf den einmal getroffenen Regeln der Währungsunion (Regeln, die im übrigen von Deutschland selbst gebrochen

wurden und werden) und dem ebenso fanatischen Beharren deutscher Ökonomen auf einer extrem starren neoliberalen Wirtschaftspolitik zu verdanken, sondern hat eine **materielle Basis insofern, als die Euro-Zone für die deutsche Wirtschaft relativ an Bedeutung verloren hat**. Schon vor der Krise ist der Außenhandel Deutschlands mit Ländern außerhalb der Währungsunion und der EU schneller gewachsen als innerhalb. Diese Entwicklung hat sich durch die Krise noch beschleunigt. Das heißt nicht, dass der Euro und die EU für das deutsche Kapital nicht wichtig bleiben. Aber **das Gewicht des europäischen Binnenmarkts in der Weltwirtschaft nimmt ab**. Die EU ist für das deutsche Kapital vor allem wichtig als Sprungbrett für die globale Expansion. Sie fungiert als Verstärker zur Durchsetzung der politischen und ökonomischen Interessen des deutschen Kapitals, aber auch der anderen europäischen Kapitale in der Welt.

Deshalb geht es bei der Austeritätspolitik auch nicht nur, ja in der gegenwärtigen Situation nicht einmal vorrangig, um die Haushaltskonsolidierung, sondern vor allem um die sogenannten Strukturreformen zur Steigerung der »Wettbewerbsfähigkeit«. **Die Austeritätspolitik dient dazu**, in der gesamten EU die Löhne zu senken, die Profitabilität zu erhöhen und die **Position des deutschen und europäischen Kapitals in der Weltmarktkonkurrenz zu verbessern**. Es ist eine entscheidende **Schwäche der überwiegend keynesianisch argumentierenden deutschen Linken**, dass sie aus einer an der effektiven Nachfrage orientierten Perspektive die Austeritätspolitik immer nur als irrational darstellt und nicht ihre Bedeutung für den Klassenkampf herausarbeitet. Der griechische Binnenmarkt spielt eine ganz untergeordnete Rolle für die Interessen des deutschen und europäischen Kapitals. **Viel wichtiger ist es, an Griechenland ein Exempel zu statuieren**, dass eine Alternative zum Neoliberalismus in der EU mit allen Mitteln unterbunden wird.

### Finanzielle Strangulierung durch die EZB

**Umgesetzt wurde die Erpressung der griechischen Regierung mit den Mitteln der EZB.** Man kann davon ausgehen, dass diese trotz ihrer »Unabhängigkeit« ihre Entscheidungen immer in enger Abstimmung und mit Rücksicht auf die Interessen der maßgeblichen europäischen Regierungen getroffen hat. Das heißt nicht, dass sich die deutschen Hardliner im Rat der EZB in jedem Einzelfall durchsetzen konnten. Die Geldpolitik der EZB ist insgesamt nicht so restriktiv, wie die deutsche Bundesbank

sich das wünscht. Aber gegenüber Griechenland hat sich die deutsche Linie letztlich durchgesetzt.

Schon seit dem 11. Februar akzeptiert die EZB griechische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten bei der Refinanzierung der Banken. **Dadurch hat sie den griechischen Banken den Geldhahn halb zugekehrt.**

Seitdem sind sie auf die Emergency Liquidity Assistance (ELA) der griechischen Notenbank angewiesen, die ihre einzige verbliebene Refinanzierungsquelle ist und für die höhere Zinsen fällig sind als für die reguläre Refinanzierung durch die EZB. Die ELA ist von der Genehmigung der EZB abhängig. Die finanzielle Strangulierung der griechischen Banken trug maßgeblich dazu bei, dass Athen das Abkommen vom 20. Februar mit den Gläubigern unterzeichnete, in dem es sich unter anderem verpflichtete, keine finanzwirksamen Maßnahmen ohne Absprache mit den Gläubigern zu ergreifen. Dies stand im Widerspruch zu dem Wahlversprechen Syrizas, dass das Sofortprogramm zur Bekämpfung der humanitären Krise nicht verhandelbar sei.

Die EZB hat die Strangulierung der griechischen Banken weiter vorangetrieben, indem sie der griechischen Notenbank die ELA mehrfach nicht in der beantragten Höhe, sondern nur in einem geringeren Umfang bewilligt hat. Dadurch wurde der Druck auf die griechische Regierung so stark erhöht, dass diese am 22. Juni schließlich einwilligte, Mehrwertsteuererhöhungen, Rentenkürzungen und andere von den Gläubigern geforderte Maßnahmen durchzuführen, was zu einer Zerreißprobe für Syriza führte.

Als die Gläubiger die Zugeständnisse dennoch nicht akzeptierten, sondern ganz offenbar auf ihren Sturz setzten, ging die Regierung mit der **Ankündigung des Referendums noch mal in die Offensive.**

Die **EZB reagierte** darauf am 28. Juni mit der Entscheidung, die ELA nunmehr auf dem bisherigen Niveau zu deckeln. Die **Auszehung der griechischen Banken** hatte bereits den Punkt erreicht, an dem ihre zeitweilige Schließung, die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und die Deckelung der Barabhebungen an den Geldautomaten erzwungen wurden.

**Die Gegner von Syriza setzten darauf, dass die griechische Bevölkerung gegen die Regierung aufstehen würde, wenn es an den Bankautomaten kein Geld mehr gäbe** und die Leute nicht mehr einkaufen könnten. Die Angst vor dem totalen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Reproduktion wurde auch von den privaten Massenmedien in Griechenland kräftig geschürt, die Schlangen von Menschen vor den Geldautomaten zeigten. **Trotzdem hat sich eine große Mehrheit der Wähler nicht erpressen lassen und die Forderungen der Gläubiger zurückgewiesen.**

Unmittelbar nach dem Referendum konnte Tsipras mehrere Oppositionsparteien für

eine gemeinsame Stellungnahme zu den Verhandlungen mit den Gläubigern gewinnen. Durch diese Schachzüge haben sich Tsipras und die Führung von Syriza als **großartige Taktiker** erwiesen und die drohende Isolation und Spaltung der Partei sowie den unmittelbar bevorstehenden Sturz der Regierung noch einmal abgewendet. Aber dieses taktische Glanzstück konnte natürlich nicht über das strategische Problem hinwegtäuschen, dass sie **keinen Plan B für einen eventuellen Austritt aus der Euro-Zone** hatte, sich vielmehr festgelegt hatte, diesen unter allen Umständen zu vermeiden und insofern auch der Erpressung durch die finanzielle Strangulierung des Landes nichts entgegensetzen konnte. Unmittelbar nach dem Referendum erhöhte die EZB die Hürde für die ELA abermals, indem sie von den griechischen Geldhäusern noch höhere Sicherheiten forderte. Dadurch konnten die Banken weiterhin nicht geöffnet werden, und es entstanden enorme volkswirtschaftliche Schäden, die dazu führten, dass nun der Kreditbedarf des Landes umso größer ist.

**Die EZB hat** also ihre Funktion als Lender of last resort gegenüber den griechischen Banken nicht erfüllt, sondern vielmehr **ganz bewusst eine neue Banken- und Wirtschaftskrise herbeigeführt.**

**Schäuble** tat das Seine, indem er nochmals höhere Forderungen formulierte und offen **den Grexit forderte**, falls es keine Bereitschaft gebe, diese Forderungen zu akzeptieren. **Unter diesem Druck kapitulierte die Regierung schließlich und unterzeichnete die »Vereinbarung« vom 12. Juli, die sie selbst für schlecht hält.**

## Deutsches Europa

**Die deutsche und europäische Linke und die Gewerkschaften** haben nicht genug in die Waagschale geworfen, um Syriza zu unterstützen und eine solidarische europäische Lösung der Finanzkrise zu erzwingen. **Gerade das Kräfteverhältnis in Deutschland ist aber wichtig**, da Deutschland in der EU dominanter denn je ist. Die Entwicklungen zeigen, dass sich die deutsche Regierung weiterhin auf das erfolgreiche Exportmodell und die Einbindung relevanter Teile der Lohnabhängigen stützen kann. Dem hat die Linke bisher wenig entgegenzusetzen.

**Doch die Erpressung der griechischen Regierung könnte sich als Pyrrhussieg erweisen.** Die Widersprüche der europäischen Integration sind nun scharf hervorgetreten. Die griechische Krise wird auch mit einem dritten Memorandum nicht gelöst, wird sich vielmehr weiter verschärfen. Und die griechischen Probleme sind noch gering im Verhältnis zu anderen, vor denen die EU steht. Sowohl die rechte als auch die linke Opposition gegen die Politik der EU wird in vielen Ländern stärker. Die deutsche Bourgeoisie ist in der EU dominant, aber sie scheint **unfähig, eine hegemoniale Rolle**

**zu übernehmen**, wie sie die USA auf globaler Ebene lange hatten und in gewisser Weise immer noch haben. Das hängt wesentlich mit dem auf hohe Exportüberschüsse fixierten deutschen Wachstumsmodell zusammen, das die Weltwirtschaft und vor allem die EU zunehmend destabilisiert. Die deutsche Regierung will die gesamte EU zwingen, dieses Modell zu übernehmen, was aufgrund der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung, der unterschiedlichen Produktionsstrukturen und sonstigen gesellschaftlichen Voraussetzungen auf Dauer einfach nicht funktionieren kann. Selbst wenn zu diesem Zweck weitere Integrations Schritte durchgesetzt werden, wie sie jetzt mit dem Papier »Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden« von Jean-Claude Juncker, Mario Draghi, Jeroen Dijsselbloem, Donald Tusk und Martin Schulz vorgeschlagen worden sind, werden gleichzeitig die Desintegrationstendenzen stärker werden.

**Die deutsche und europäische Linke** wird nach den jüngsten Erfahrungen **ihre Verhältnis zur europäischen Integration überdenken müssen.** Von Schäuble und anderen Gegnern kann die Linke lernen, dass die Herrschenden bereit sind, die Form der europäischen Integration zu ändern und diese letztlich zur Disposition zu stellen, um den Klassencharakter ihrer Politik zu verteidigen. Es bleibt zwar richtig, gegen die autoritär-neoliberale Politik der EU die Neubegründung eines sozialen und demokratischen Europas von unten zu fordern, doch die Linke muss sich auch der Frage stellen, **wie** dies durchgesetzt werden soll. Die neoliberale Politik ist in der **Verfassung der EU** dermaßen verankert, dass sie auf europäischer Ebene nur im Zuge EUweiter Aufstände zu ändern sein dürfte. Die Entwicklung der politischen Krise in Europa zeigt aber, wie groß die Ungleichzeitigkeit zwischen den einzelnen Ländern dabei ist. Die Linke muss daher europapolitisch wesentlich flexibler werden, um zu verhindern, dass eine linke Regierung wie in Griechenland noch einmal in eine Falle läuft. Ein Zerfall der EU ist unter den gegebenen Bedingungen sicher nicht wünschenswert, weil sich dann reaktionäre Nationalismen noch stärker artikulieren können. Andererseits ist die Erhaltung dieser EU und der Währungsunion auch kein Wert an sich. Maßstab für sinnvolle Schritte der europäischen Integration oder der Rücknahme bestehender Integrationsformen sollten die Interessen der beherrschten Klassen und sozialen Gruppen sein. Die **EZB** ist eine furchtbare Waffe in den Händen der Herrschenden gegen eine linke Regierung, wie die gegenwärtige Auseinandersetzung zeigt. Weitere Souveränitätsübertragungen von den Nationalstaaten auf die EU sollten bekämpft werden, solange es nicht zu einer durchgreifenden Demokratisierung der EU kommt. (Junge Welt, 18.7.2015)

Am 13. Juli wurde der Öffentlichkeit ein "Kompromiss" für ein neues sogenanntes Rettungspaket für Griechenland vorgestellt. Neben verschiedenen Reformen und Sparmaßnahmen wurde die Idee der Einrichtung einer Art Treuhandfonds vorgestellt. In diesen Fonds sollen griechische Staatsbesitzer überführt und privatisiert werden.

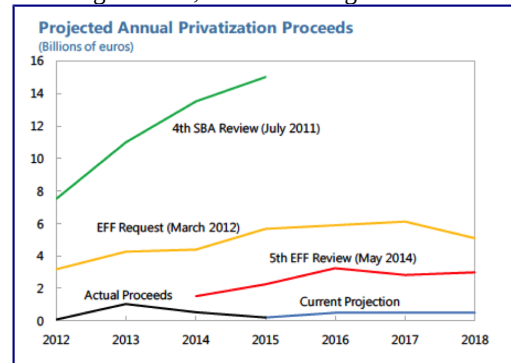
Nach bisherigen Angaben soll der Fonds über ein Gesamtvolumen von 50 Milliarden verfügen. 25 Milliarden Euro sollen dazu dienen, die Mittel zur Rekapitalisierung der Banken zurückzuzahlen. 12,5 Milliarden Euro sollen für Investitionen in die griechische Wirtschaft verwendet werden und die restlichen 12,5 Milliarden Euro für die Verringerung der Schuldenquote.

Das ist also die glorreiche Alternative zu einem tiefgreifenden Schuldenschnitt, den selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) erst kürzlich als einzigen Weg zurück zur Schuldentragfähigkeit benannt hat (und zur Bedingung seiner weiteren Beteiligung gemacht hat). <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15186.pdf> Interessant ist, dass der IWF in der aktuellsten Schuldentragfähigkeitsanalyse für Griechenland vom 26. Juni 2015 ziemlich deutlich zeigt <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15165.pdf>, dass es realitätsfern ist, zu glauben, man bekäme auch nur die 12,5 Milliarden für die Tilgung der ESM-Schulden im geplanten Zeitraum zusammen (geschweige denn 50 Milliarden Euro). Privatisierungen waren auch in den vorigen "Rettungsprogrammen" Teil des jeweili-

<http://www.erlassjahr-blog.de/blog/2015/07/16/der-griechenland-kompromiss-privatisierungsfonds-anstatt-schuldenschnitt/>

gen Maßnahmenpakets. Drei Mal mussten die Prognosen zu den Privatisierungserlösen nach unten korrigiert werden, im Juni nun ein viertes Mal. Die IWF-Mitarbeiter/innen halten mittlerweile einen Erlös von nicht mehr als jährlich 500 Millionen Euro für realistisch. Die völlig utopischen Annahmen der letzten Jahre hat der IWF in einer sehr eindrücklichen Grafik (siehe oben) dargestellt.

In jeder Zeitung können potentielle Käufer im Moment nachlesen, dass Griechenland dringend Geld braucht. Zu glauben, man bekäme in einer solchen Situation angemessene Erlöse für griechisches Staatseigentum, mit denen man sowohl die griechische Wirtschaft auf Vordermann bringen als auch die Schuldenquote verringern kann, ist schlichtweg dumm.



**Monitor: Griechische Regierung übt heftige Kritik am Privatisierungs-Deal mit Fraport**

WDR Presse und Information Köln (ots) - Die griechische Regierung übt heftige **Kritik an der geplanten Privatisierung von 14 Flughäfen**, für die die **Frankfurter Fraport AG** bereits unter der Vorgänger-Regierung den Zuschlag erhalten hat. Unter den Flughäfen befinden sich die beliebtesten Touristenziele des Landes. Gegenüber dem ARD-Magazin "Monitor" (23.7. im Ersten) äußerte sich der zuständige griechische Infrastrukturminister Christos Spirtzis: *"Bei dieser Privatisierung soll der griechische Staat 14 gewinnbringende Flughäfen verkaufen, und die anderen 30 Flughäfen, die keinen Gewinn machen und subventioniert werden müssen, bleiben beim griechischen Staat. Das ist ein Modell, das so noch nirgendwo in Europa angewandt wurde. Das passt eher zu einer Kolonie als zu einem EU-Mitgliedsland."* Die **Lufthansa Consulting**, die den griechischen Privatisierungsfonds HRADF im Bieterprozess beraten hat, bestätigte gegenüber Monitor, dass bei dem Geschäft

*"sicherlich von einer wirtschaftlichen Liquidität ausgegangen werden"* kann. Dafür sprechen auch die jüngsten Flug- und Passagierzahlen: So stieg die Zahl der Flüge an den 14 Flughäfen im letzten Jahr um knapp 14 Prozent, die der Passagiere um fast 20 Prozent, auf über 22 Millionen. Vor einer Privatisierung unter Zeitdruck warnt Alexander Kritik vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung gegenüber "Monitor": *"Wenn es tatsächlich dazu kommt, dass diese staatlichen Unternehmen schnell verhökert werden, dann wird man sich darüber tatsächlich ärgern, denn derzeit sind sie nicht zu ihrem wirklichen Wert verkaufbar, und wir werden in der Tat sehen, dass die nächste Regierung sich darüber ärgern wird, dass sie konzeptionslos in die Privatisierung reingegangen ist."* Die deutsche Fraport AG, mehrheitlich im Besitz der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen, hatte gemeinsam mit dem griechischen Partner Copelouzos Group im letzten Jahr den Bieterwettbewerb um die Konzession

für den Betrieb der 14 wichtigsten griechischen Regionalflughäfen mit einem Gebot von 1,23 Milliarden Euro gewonnen. Der Vertrag ist zunächst auf 40 Jahre angelegt. Der Erlös fließt in den griechischen Privatisierungsfonds, der insgesamt 50 Milliarden Euro erwirtschaften soll. Mit den Privatisierungserlösen soll der griechische Staat vor allem seine Schulden begleichen. <http://www.presseportal.de/pm/6694/3078276>

Video: (23. Juli 2015) <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/milliarden-deals-mit-griechenland-100.html>

*Eisernes Schweigen*  
Sollen die Schulden gar nicht zurückgezahlt werden? Wie Berlin einen Treuhandfonds durchsetzte, der Athen teuer zu stehen kommt. Über eine Alternative wollte niemand reden. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/978926.eisernes-schweigen.html>

**Griechenland-Krise: Wie Deutschland profitiert: Anstehende Privatisierungen**

In Griechenland steht auf Druck der Gläubiger ein **großer Ausverkauf an Staatseigentum** an. Käufer werden unter anderem für Inseln, Häfen, Flughäfen, Ländereien, Stadien und Hotels gesucht. *"Hier bietet sich für ausländische Investoren die Möglichkeit, relativ günstig Anlagen und öffentliche Unternehmen zu übernehmen"*, sagt der Wirtschaftsexperte Vöpel. Allerdings

bleibe die Unsicherheit, wie es mit Griechenland weitergeht. Die deutsche Fraport AG, die den Frankfurter Flughafen betreibt, hatte bereits im vergangenen Jahr den Bieterwettbewerb um 14 griechische Flughäfen gewonnen. Für 1,23 Milliarden Euro erstand sie eine Reihe gut laufender Airports in touristischen Regionen wie Kreta, Korfu und Rhodos.

Am jetzigen Ausverkauf sind laut Vöpel zwar auch Investoren wie Staatsfonds aus China und dem Nahen Osten interessiert. Doch die deutschen Unternehmen hätten gute Chancen, zum Zug zu kommen, weil Griechenland auch am Transfer von Management und Knowhow interessiert sei. <http://web.de/magazine/wirtschaft/griechenland-krise/griechenland-krise-deutschland-profitiert-30783570>

## Ver.di, Wirtschaftspolitik aktuell Zerstörerisches Troika-Diktat

„Völlig zu Recht werden die Griechen jetzt endlich zu Sparen und Reformen gezwungen. Schließlich wollen sie weitere Milliarden von unserem Geld.“ So denken viele. Aber es ist falsch. Warum?

1. Bisher hat „uns“ das nichts gekostet. Es sind Kredite, für die sogar Zinsen gezahlt werden. Es ist allerdings offen, wie viel je zurückgezahlt werden kann, weil die Schulden sehr hoch sind. Das neue Kreditpaket erhöht diese Schulden, statt sie durch einen Schnitt zu reduzieren.
2. Griechenland war 2010 zahlungsunfähig. Bei einem normalen Insolvenzverfahren wäre ein großer Teil der Schulden gestrichen worden. Das hätte vor allem deutsche und französische Banken getroffen. An diese, nicht an die Griechen floss „unser Geld“, indem EU und IWF mit Geld der Steuerzahler die Schulden übernahmen.
3. Die Griechen mussten seitdem härter kürzen als je ein Land in Friedenszeiten. Etwa drei mal so stark wie die anderen Krisenländer.
4. Dieser „Rettungsring aus Blei“ hat Wirtschaft und Einkommen der Griechen um ein Viertel schrumpfen lassen. Deshalb stieg die Schuldenlast trotz Kürzungen weiter.

Jetzt soll es zusätzliche Kürzungen und Schulden geben. Griechenland wird so weiter ruiniert, statt aufgebaut und wieder zahlungsfähig gemacht.



5. Die Griechen müssen ihr öffentliches Eigentum verscherbeln und bekommen genaue Vorschriften, was sie zu tun und zu lassen haben. Sie werden erpresst und gedemütigt. Morgen könnte es andere Länder treffen. So legen Merkel, Schäuble & Co. die Axt an die Demokratie und die europäische Idee.  
<https://wipo.verdi.de/publikationen/++co++b5ab00b0-2ece-11e5-bcbc-525400a933ef>

## DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik Eurozone Grexit verhindert, Kürzungskurs geht weiter

17. Juli 2015

Auch, wenn am Ende die Gläubiger und die griechische Regierung einen groben Plan für die nächsten drei Jahre unterschrieben haben: Langfristig ist kein Problem gelöst. Die harte und unnachgiebige Haltung der Gläubiger hat der europäischen Idee einen schweren Schlag verpasst.

Wie schon bei früheren Verhandlungen wurde allenfalls Zeit gewonnen und kurzfristig Schlimmeres verhindert. Griechenlands Banken werden jetzt wieder Liquidität bekommen, die griechische Regierung Überbrückungsgelder und später wohl erneute Hilfskredite, um einen Zahlungsausfall zu stoppen. Vor allem wurde ein unmittelbares Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone (Grexit) noch einmal abgewendet.

(...) Es ist gut, dass es nicht soweit kam.

Doch das Ergebnis kommt für die Griechen und für Europa zu einem hohen Preis – einem Preis, der sinnlos und vor allem einer

<http://www.europa-neu-begrunden.de/wp-content/uploads/2015/07/klartext-28-2015-Eurozone-Grexit-verhindert-Kuerzungskurs-geht-weiter.pdf>

falschen Ideologie geschuldet ist.

Denn die Kreditgeber setzen jetzt nicht nur die **griechische Demokratie außer Kraft** – die Athener Regierung muss sich künftig jede Maßnahme, die sie ergreifen will, von der **nicht demokratisch legitimierten Troika** aus Europäischer Zentralbank, IWF und EU-Kommission genehmigen lassen. Die Gläubiger haben zudem klargemacht, dass sie keine Alternative zum **katastrophalen Spar- und Kürzungskurs** in Europa akzeptieren. Die Folge: Athen muss weiter Renten kürzen, öffentliche Güter verscherbeln und Mehrwertsteuern erhöhen, was insbesondere die Armen trifft. Auch Massenentlassungen muss Griechenland noch weiter erleichtern, obwohl eine Lockerung des Kündigungsschutzes keine Arbeitsplätze schafft, wie empirische Studienbeweisen.

Insgesamt wird der verschärfte Kürzungskurs die griechische Wirtschaft weiter abwürgen. Berechnungen des Instituts für Ma-

croökonomie und Konjunkturforschung (IMK) haben gezeigt, dass die katastrophale wirtschaftliche Situation Griechenlands vor allem durch diese falschen Auflagen in den letzten Jahren zustande kam und es dem Land ohne Kürzungen deutlich besser ergangen wäre. Wenn die Wirtschaft weiterhin nicht auf die Beine kommt, ist aber nicht ausgeschlossen, dass Hellas schon bald wieder vor dem Grexit steht.

Deshalb muss jetzt gegengesteuert werden: Die am Montag unterschriebene Vereinbarung sieht vor, den Griechen 35 Milliarden Euro an Strukturfondsmitteln zugänglich zu machen, die sie bislang nicht abrufen konnten, weil die teure Kofinanzierung nicht zu leisten war.

Die **Kofinanzierung** muss jetzt vollständig ausgesetzt werden, die 35 Milliarden Euro müssen schnellstmöglich direkt in konjunkturstützende, sozial gerechte Maßnahmen und langfristig sinnvolle Investitionen fließen.

„Ein „Grexit“ wurde zwar abgewendet. **Griechenland soll aber einem harten Sparprogramm unterzogen werden.**

Campact Video vom 15. Juli 2015 mit Prof. Dr. Till van Treeck, Margarita Tsomou, Ulrike Hermann, Harald Schumann, Prof. Dr. Gesine Schwan, <https://www.youtube.com/watch?v=mi8RmbPAX6s>

**Monitor-Sendung, 23. 7. 2015 :**

**Doppelzüngig: Was Deutschlands Politiker von Griechenland fordern**  
<http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/was-deutschlands-politiker-von-griechenland-fordern-100.html> Ob höhere Steuern auf Agrardiesel oder verkaufsoffene Sonntage: Die Forderungen an die griechische Regierung gingen in den letzten Wochen sehr ins Detail. Erstaunlich nur: Was deutsche Politiker von Griechenland so vehement einfordern,

lehnen sie im eigenen Land entschieden ab. Mit den gleichen Argumenten wie die von ihnen kritisierte griechische Regierung.

**Die Wahrheit über Griechenland**, 24. Feb. 2015, Film von **Harald Schumann**, <https://www.youtube.com/watch?v=6obLsHbYs5Y>

**Wachsende Not in Griechenland:**

[http://www.labournet.de/internationales/griechenland/griechische\\_schuldenkrise-griechenland/krise-gr-all/wachsende-not-in-griechenland-ein-opfer-zugunsten-der-investoren/](http://www.labournet.de/internationales/griechenland/griechische_schuldenkrise-griechenland/krise-gr-all/wachsende-not-in-griechenland-ein-opfer-zugunsten-der-investoren/)

**Europa nach der Kolonialisierung Griechenlands:**

Mehrere Artikel, <http://www.labournet.de/politik/eu-politik/eu-krise/eu-krise-gr/europa-nach-der-kolonialisierung-griechenlands/>

# Paul Krugman

## Das Projekt Europa wird gerade vernichtet

Kommentar in der New York Times, erschienen in der Nacht zum 13. Juli 2015]

Angenommen, Sie halten Tsipras für einen inkompetenten Blödmann. Angenommen, Sie wünschen sich sehnlichst, dass Syriza seine Regierungsmehrheit verliert. Ja sogar angenommen, dass Sie es begrüßen würden, diese nervenden Griechen aus dem Euro zu drängen.

Selbst wenn all das zutrifft, ist die Liste der Forderungen der Eurogruppe kompletter Wahnsinn. Der **Hashtag #This is a Coup** (Dies ist ein Staatsstreich) bei Twitter liegt also genau richtig. Weit über Unnachgiebigkeit hinaus handelt es sich nur noch um reine Rachsucht, um die vollständige Zerstörung nationaler Souveränität und darum, kein Fünkchen Hoffnung auf Erleichterung aufkommen zu lassen. Es ist, vermutlich, gemeint als ein ‚Angebot‘, das Griechenland nicht annehmen kann. Aber selbst dann handelt es sich um einen grotesken Verrat an allem, wofür das Europäische Projekt einmal stand.

Kann irgendetwas Europa vom Abgrund zurückreißen? Es geht das Gerücht, dass Mario Draghi versucht, wenigstens etwas gesunden Menschenverstand wieder einzuführen; dass Hollande jetzt endlich etwas Widerstand aufbringt gegen die besondere deutsche Halt-Dich-An-die-Regeln Form der Volkswirtschaft, ein Widerstand, den Hollande so auffällig vermissen ließ in der Vergangenheit. Aber sehr viel Schaden ist schon passiert. **Wer wird jemals wieder Deutschlands (angeblich) guten Absichten trauen nach diesem Vorgehen??**

Auf gewisse Weise sind die wirtschaftlichen Notwendigkeiten schon jetzt zweitrangig. Dennoch sollten wir uns darüber bewusst sein: Was wir in den vergangenen paar Wochen lernen mussten ist, dass die Gläubiger die Wirtschaft eines Mitglieds der Eurozone vernichten können, wenn dieses Mitglied es wagt auszuscheren. Das hat mit den Auflagen der zugrunde liegenden Austeritäts-

politik nicht mehr das Geringste zu tun. Nach wie vor ist richtig, dass eine rigide Austeritätspolitik ohne Schuldenerleichterung eine zum Scheitern verurteilte Politik ist, ganz egal wie bereitwillig das Land sich mit dem Leidensweg abfindet. Und das bedeutet wiederum, dass selbst eine vollständige griechische Kapitulation in die Sackgasse führt.

Kann Griechenland einen Exit erfolgreich durchziehen? Wird Deutschland versuchen, eine Erholung zu blockieren? (Sorry, aber das sind die Art Fragen, die aktuell gestellt werden müssen.)

**Das Projekt Europa – ein Projekt, das ich immer gerühmt und unterstützt habe – hat gerade einen fürchterlichen, möglicherweise tödlichen Schlag erlitten.**

Und, was auch immer Sie von Syriza oder Griechenland halten mögen: Es waren nicht die Griechen, die das getan haben.

<http://cives.de/das-projekt-europa-wird-gerade-vernichtet-1355>

## Pro Asyl

### Gefangen in der Krise - Flüchtlinge in Griechenland

**Griechenland befindet sich in einer tiefen ökonomischen Krise. Gleichzeitig ist das Land konfrontiert mit der Ankunft von über 80.000 Bootsflüchtlingen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres.**

Die Route über die türkisch-griechische Ägäis ist mittlerweile der Haupteinreiseweg für Schutzsuchende nach Europa. Die Menschen aus Syrien, Afghanistan und Irak stranden in einem Land, wo es noch nie ein funktionierendes Schutzsystem gab. Legale Möglichkeiten zur Weiterreise in andere EU-Staaten sind versperrt. Angesichts der aktuellen Ankünfte – oft 1.000 Flüchtlinge pro Tag – ist Griechenland selbst bei bestem Willen nicht in der Lage, ein Aufnahme- und Asylsystem bereitzustellen. Es fehlt an allem: Unterkünften, Nahrungsmitteln, einer medizinischen Basisversorgung für die Ankommenden. Das allgemeine Gesundheitssystem steht kurz vor dem Kollaps.

Und vor allem: Es fehlt an einer zeitnahen Registrierung. Ohne sie können die Flüchtlinge nicht weiter – sie sind in der Krise gefangen. Erschütternde humanitäre Zustände sind die Folge.

Noch schlimmer als auf den Ägäischen Inseln ist die Situation im griechisch-mazedonischen Grenzgebiet. Völlig erschöpfte Männer, Frauen und Kinder – mehrheitlich aus Syrien und Afghanistan – schleppen sich durch das Land. Alte und kranke Menschen werden im Rollstuhl bei sengender Hitze die Straßen entlang geschoben. Ohne umfangreiche europäische Nothilfe droht eine Katastrophe.

**RSPA: Das PRO ASYL Projekt in Griechenland**

Seit 2007 ist PRO ASYL in Griechenland aktiv. Zusammen mit Menschen vor Ort wurde ein Netzwerk für den Flüchtlingschutz aufgebaut. Im Februar 2015 haben

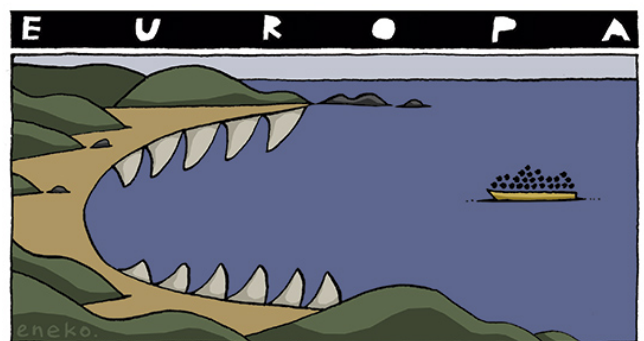
wir unsere Aktivitäten nochmals intensiviert. Anwältinnen, Dolmetscher, Sozialarbeiterinnen und Rechercheure – insgesamt zwölf Personen sind gegenwärtig in der Ägäis für unser „Refugee Support Program Aegean“ (RSPA) im Einsatz.

Vom 6. bis 13. Juli 2015 war ein PRO ASYL-Team vor Ort, um dort gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen zu besprechen, was aktuell zu tun ist. Europa muss endlich reagieren und legale Wege für die Flüchtlinge öffnen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, zu ihren Familienangehörigen und Communities in anderen EU-Ländern weiter zu reisen. Solange die EU sich verweigert, appellieren wir an die internationalen Hilfsorganisationen, sich unverzüglich für das Überleben der Flüchtlinge im griechischen Transit einzusetzen.

<http://www.proasyl.de/de/home/hilfe-fuer-fluechtlinge-in-griechenland/>

**Die Forderungen der Gläubiger hören nie auf...**

**Österreich will Kredite für Athen an Asylfrage knüpfen**  
21.7., Neues Deutschland *Das dritte Kreditprogramm für Griechenland sollte nach Ansicht der österreichischen Regierung nur dann fließen, wenn Athen in der Flüchtlingsfrage Bedingungen erfüllt und schärfere Maßnahmen gegenüber Asylsuchenden umsetzt. »Ein stabiles Asylsystem in Griechenland sollte eine Bedingung für ein Hilfspaket für Griechenland sein«, sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner der Wiener Zeitung »Kurier«. So müsse Athen die Flüchtlinge registrieren und ihnen Fingerabdrücke abnehmen. Außerdem solle die griechische Regierung mit der EU-Asylagentur EASA und mit der Grenzschutzagentur Frontex enger zusammenarbeiten, so die Politikerin von der konservativen ÖVP. Viele Bootsflüchtlinge etwa aus Syrien erreichen zuerst Italien oder Griechenland.*



# Judith Dellheim Und nun?

25. Juli 2015

Auch wenn es immer positive Ausnahmen gegeben hat und gibt, muss unterm Strich konstatiert werden:

– Die Linken in Deutschland und in der EU hatten zwar lange vor auf den Wahlsieg von Syriza auf diesen gesetzt, aber **keine Strategie entwickelt, um Syriza „danach“ zu unterstützen.**

– Die ersten Maßnahmen der linken Regierung wurden nicht mit einem politikwirksamen Ruf wie: auch wir wollen die demokratischen und sozialen Rechte stärken und Steuergerechtigkeit durchsetzen; auch wir sind gegen Privatisierung; auch wir wollen in unseren Ländern, was Syriza in Griechenland vorhat. Damit aber wäre in den EU-Mitgliedsländern den Herrschenden der Kampf angesagt worden.

– Als sich gleich im Februar zeigte, dass es schwierig wird, die Gläubiger zum fairen Umgang mit der neuen Regierung zu bewegen, gab es zwar viele kleine Aktionen, aber wiederum keine Anstrengungen, um zu einer links-europäischen Unterstützungsstrategie zu gelangen. Dabei war mit Blick auf den Juni die Zuspitzung des Gläubigerproblems offensichtlich.

– Nachdem dann endlich beim WSF in Tunis ein Aktionsplan verabredet wurde (1), kamen wiederum nur punktuell notwendiges Denken, Strategiearbeit und Aktionsorganisation auf.

– Auch der griechische Aufruf zur trans- und internationalen Aktionswoche im Juni (2) fand nicht die erhoffte Resonanz. Lediglich in der Woche „vor dem OXI“ wurde es im positiven Sinne in der EU lebhaft.

Die erpresste „Vereinbarung“ vom 13. Juli führte dann zwar unter den Linken in Deutschland und in der EU zu emotionalen Debatten, aber nur kaum zur Analyse der mit Brutalität zur Wirkung gekommenen **Kräfteverhältnisse**. Das ist tragisch, denn nunmehr müsste klar geworden sein, dass die Kräfteverhältnisse in einem EU-Mitgliedsland, noch dazu in einem kleinen verschuldeten mit zerrütteter Wirtschaft, durch die in der EU und global Herrschenden ignoriert und konterkariert werden können. Die hochrelevante Frage „*was in auswegloser Lage letztendlich verantwortungsvolles linkes Regierungshandeln ist*“, wurde im allgemeinen abgetan. Allerdings ist es entscheidend, ob man aus vorgeblicher Prinzipientreue den Zusammenbruch des gesellschaftlichen Lebens in Kauf nimmt oder nicht. Damit ist weiter nach dem Verständnis von „links“ gefragt.

Selbstverständlich hat nun der Ruf „OXI“ als Protest gegen diese „Vereinbarung“ und die dahinter stehenden Verhältnisse seine politische Berechtigung, aber damit allein

kommt man der notwendigen Analyse und einer gemeinsamen Strategie zur Veränderung der Kräftekonstellationen nicht viel näher. Die Arbeit daran muss von praktischem Tun ausgehen:

– **Verteidigung und Ausbau der Solidarstrukturen**, was nicht „einfach“ charitatives Handeln ist. (3)

– Forderungen nach **Schuldenstreichung und Zahlung der deutschen Reparationen**, was keinesfalls den Bericht der Wahrheitskommission zu den Schulden beiseite schieben soll, sondern ihn nutzt. (4)

– **gemeinsames Eintreten gegen das, was die Erpresser in Griechenland und in der EU wollen:**

\* Privatisierung, Deregulierung, Ausbau der Bedingungen für den totalen Freihandel;  
\* Absenkung der demokratischen und sozialen Standards, insbesondere bei der Rente und den Arbeitsverhältnissen;

\* weitere Verschärfung der Bedingungen für Flüchtlinge und unerwünschte MigrantInnen;

\* Überwachung und soziale Repression;

\* „Sicherheitspolitik“ im Sinne und Verständnis der Herrschenden, die „globale Handlungsfähigkeit“, insbesondere militärische, ausbauen wollen.

Dabei wird es wesentlich um die „Vereinbarung“ gehen, die nicht im von den Herrschenden geplanten Sinne umgesetzt werden darf. Es wären also zum einen endlich die **ständige Beobachtung der Gegner und die Analyse von Entwicklungen** zu leisten. Davon abgeleitet wären zum anderen **die politischen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren und zu nutzen**. Beides ergibt die „Heife“ für die Strategiearbeit.

<http://ifg.rosalux.de/2015/07/25/und-nun/>

Anm. der SiG-Redaktion

(1) „Bauen wir ein anderes Europa auf – Höchste Zeit zum Handeln, 28.3.2015

<http://sandimgetriebe.attac.at/11330.html>

(2) **Gemeinsam gegen Austerität und soziale Ungerechtigkeit**

(3) <http://www.solidarity4all.gr/el/about-solidarity-initiative>

(4) S. Artikel in diesem Heft, Seiten 7 ff.

## Judith Dellheim: Herausforderung Griechenland annehmen! (Juni 2015)

Der Wahlsieg von Syriza und die Positionen, Vorhaben und ersten Maßnahmen der neuen Regierung forderten die Linken in Deutschland, Frankreich und in der EU neu heraus. Die News aus Griechenland halfen dabei, gemeinsame Interessen zu identifizieren und zu kommunizieren, denn:

1. Auch «wir» wollen die Auseinandersetzung mit Korruption und Steuerhinterzie-

hung; auch «wir» wollen mehr Steuergerechtigkeit.

2. Auch «wir» wollen den Erhalt, die Demokratisierung und den Ausbau des Öffentlichen, insbesondere um gegen soziale Ausgrenzung vorzugehen.

3. Auch «wir» wollen, dass regionale Wirtschaft gestärkt und insbesondere an den Bedürfnissen der lokalen und regionalen Wirtschaft ausgerichtet wird.

4. Auch «wir» wollen, dass die Griechinnen und Griechen historische Gerechtigkeit erfahren – Deutschland soll Reparationen zahlen; ungerechtfertigte Schulden sollen gestrichen werden.

5. Auch «wir» wollen mehr demokratische Mitsprache und einen höheren Stellenwert partizipativer Prozesse. «Wir» wirken auf höhere soziale, ökologische und demokratische Standards hin

Eine wesentliche Herausforderung bestand bzw. besteht darin, diese Gemeinsamkeit von Interessen in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedsländern so in konkrete Politik zu übersetzen, dass dort die politische Agenda verändert und ein Politikwechsel befördert wird. Das gelang bisher nicht.

(...)

[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/dellheim-griechenland-lb.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/dellheim-griechenland-lb.pdf)

## Kleine Anfrage zu großen Problemen

Ende Februar erhielt die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag Antwort auf ihre Kleine Anfrage «Bilanz der Krisenpolitik in Griechenland» - Statistik über die von der Troika verordneten sozialen Grausamkeiten – Wer profitiert von Privatisierungen – Schuldenstand und Zinsen (über 60 Mrd von 2010 bis 2015) u. a. m.

[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/kleine\\_Anfrage\\_zu\\_grossen\\_problemen.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/kleine_Anfrage_zu_grossen_problemen.pdf)

## Judith Dellheim: Fünf Mythen

18. Juli 2015

(...) **1. Mythos:** Athen ist viel zu tolerant zu Reichen bzw. ist untätig in Sachen Steuergerechtigkeit. – Damit hat sich Wassilis Aswestopoulos (1) detailliert auseinandergesetzt und fundiert widerlegt.

**2. Mythos:** Athen hatte keinen „Plan B“. – In seinem langen Interview mit ERT 1 berichtet Alexis Tsipras (2) von seinen Reisen nach Moskau, New York und Peking, um die notwendigen Währungsreserven für einen Euro-Ausstieg zu diskutieren bzw. zu organisieren. Es war nicht möglich. Aber einen Grexit ohne Sicherung der Sparguthaben der kleinen Sparerinnen und Sparer?

**3. Mythos:** Man hätte den Grexit bewerkstelligen müssen. – Dazu sollte mensch „Grexit und was dann?“ (3) von Niels Karitzke lesen. Man sollte dabei bedenken,

dass eine Währung immer mit Territorium, Wirtschaftskreisläufen und souveränen staatlichen Akteuren mit Währungsreserven zu tun hat. Man muss die Finanzverfassung, das Wechselkursystem und die wirtschaftspolitische Geld- und Währungspolitik souverän betreiben können. Das hochverschuldete Euro-Mitglied Griechenland ist klein und seine schwachen bzw. zerstörten Wirtschaftsstrukturen sind extrem abhängig von

Importen aus der EU.  
(...) **5. Mythos:** Tsipras hat bedingungslos kapituliert. – Dazu ist neben dem Interview der Brief von Alexis Tsipras (4) an die Abgeordneten des Hellenischen Parlaments aufschlussreich. Wenn sich jedoch jetzt nicht die politischen und sozialen Akteure so aufstellen (5), dass das, was die Erpresser wollen, verhindert wird, drohen die Gefahren Realität zu werden.

- (1) <http://www.heise.de/tp/artikel/45/45413/1.html>
- (2) <http://webtv.ert.gr/katigories/enimerosi/14iol2015-interview-of-greek-prime-minister-on-ert/>
- (3) <http://monde-diplomatique.de/artikel/!5202308>
- (4) <http://ifg.rosalux.de/files/2015/07/BriefAlexis.pdf>
- (5) <http://ifg.rosalux.de/2015/07/14/tsipras-bashing-ist-unpolitisch/>

## **Oxi! Basta! Enough!** **Bauen wir ein anderes Europa auf!** **Oktober 2015: Europäische Märsche nach Brüssel und Aktionstage**

*Auf einer europäischen Vernetzungsversammlung am 14. Juli in Brüssel – in der Folge der Versammlung auf dem Weltsozialforum in Tunis am 28. März 2015 (s. dazu SiG 115) – wurde ein solcher Aufruf vereinbart, weitere Infos – und endgültiger Text bald auf der Seite von AlterSummit, <http://www.altersummit.eu/>*

*Aufruf an alle Organisationen und Bewegungen, die mit unseren Ansichten und Ziele übereinstimmen, sich am Aktionsprogramm zu beteiligen, das Programm zu ergänzen, an den Märschen und an den Aktionstagen in Brüssel am 15., 16. und 17. Oktober teilzunehmen*

**Oxi! Basta! Enough!**

**Bauen wir ein anderes Europa auf!**

**Nein zur Austerität, Armut, TTIP, Rassismus und**

**Korruption. Ja zur grenzenlosen Solidarität!**

**Ankunft der europäischen Märsche am 15. Oktober,**  
**Aktionstage am 15., 16., und 17. Oktober in Brüssel**

In Griechenland hat die Bevölkerung OXI! Nein! gesagt zu den inhumanen und unsinnigen Forderungen nach mehr Austerität und Verarmung. In ganz Europa haben hunderttausende Menschen zur Unterstützung der griechischen Bevölkerung demonstriert.

Die europäischen Eliten greifen im Namen von Profit und Wettbewerbsfähigkeit die soziale Gerechtigkeit, die Demokratie, das Klima an und machen aus Europa ein Feld für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Sie erpressen, sie demütigen alle Menschen, die Widerstand leisten;

zum Regieren benutzen sie Angst, Nationalismus und Rassismus und behaupten, dass es keine Alternative gäbe.

Und doch bauen wir durch unsere vielfältigen und zahlreichen Kämpfe Alternativen auf. Bauen wir eine grenzlose Solidarität auf! Unsere Kraft liegt in einem europaweiten OXI! Basta! Enough! Bauen wir jetzt ein anderes Europa auf!

- weil Austerität und Schulden uns verarmen und unsere sozialen, demokratischen und Arbeits-Rechte zerstören;
- weil wir Armut und Prekarität ablehnen;
- weil solche Abkommen wie TTIP, CETA, TiSA und EPAs die Macht der Multinationalen stärken und die Demokratie zerstören;
- weil wir uns gegen Rassismus und Sexismus auflehnen;
- weil wir Korruption und Steueroasen anprangern.

**Unsere OXI! Nein! Ist ein JA! zur Gleichheit, zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten, zu einer echten Demokratie, ein Ja! für Schuldenstreichungen, ein Ja! für Klimagerechtigkeit!**

Im Oktober werden wir aus allen Teilen Europas nach Brüssel marschieren, wir werden die Herrschenden und ihre geheimen Verhandlungen umzingeln, wir werden uns austauschen und demonstrieren. Macht mit!

### **Programm (noch provisorisch)**

#### **Zwischen dem 1. und dem 15. Oktober**

**Europäische Märsche aus allen Teilen Europas**  
Märsche, lokale Aktionen und Veranstaltungen

#### **15. Oktober Umzingelung des EU-Gipfels**

**Ankunft in Brüssel der europäischen Märsche 2015**  
**Gegen TTIP und Austerität: eine Vielfalt von gewaltfreien Aktionen**

#### **16. Oktober (Welternährungstag)**

**in Brüssel: Konferenzen**

- Bürgerkonferenz über die Schulden
- Auswirkungen des sozialen Dumpings auf die Gesellschaft
- Steuergerechtigkeit und Steueroasen in Europa

- TTIP und CETA
- Austerität und Migration
- Klimagerechtigkeit erfordert Systemwechsel ; u. a. m.

**in Namur: Aktions- und Debattentag**  
**um die Isolierung durch Armut zu brechen.**

**Am Abend: Große europäische Debatte in Brüssel:**  
**„Ein europäisches OXI! : unsere solidarischen Alternativen aufbauen!“ (Mit VertreterInnen von pol. und soz. Bewegungen)**

#### **17. Oktober (Weltaktionstag gegen Armut)**

**Europäische Demonstration in Brüssel**  
**Austerität = Armut!**

**Unsere Alternativen für ein anderes Europa**

**Europäische Web-Seiten: <http://www.change4all.eu> , [www.altersummit.eu](http://www.altersummit.eu),  
<http://www.transform-network.net/de/fokus/griechenland-entscheidet.html>**

# Petition an Wolfgang Schäuble

## Treten Sie zurück. Sie verspielen die Zukunft Europas.

*Volker Lösch, Regisseur, Berlin; Albrecht Müller, Nachdenkseiten; Bini Adamczak, Autorin, Berlin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Theologe, Heidelberg; Prof. Elmar Altvater, Berlin; Winfried Wolf, Journalist und Politikwissenschaftler; Prof. Klaus Dörre, Jena; Ulf Schmidt, Theaterautor und Theaterwissenschaftler, Berlin; Pfarrer Michael Philippi, Freiburg; Prof. Birgit Mahnkopf, Berlin; Prof. Ulf Kadritzke, Berlin; Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Berlin ; Bernd Köhler, Musiker und Grafiker, Mannheim ; Raul Zelik, Schriftsteller und Übersetzer; Prof. Uwe Hirschfeld, Dresden; Margarita Tsomou, Herausgeberin Missy Magazine, Berlin; Prof. Georg Fülberth, Marburg; Prof. Klaus Weber-Teuber, München; Prof. Morus Markard, Berlin; Jochen Dürr, Schwäbisch Hall; Prof. Christian Zeller, Salzburg, Österreich; Conrad Schuhler, Volkswirt, München; Dr. David Salomon, Siegen; Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar, Wien, Österreich; Stephan Krull, Hannover; Prof. Klaus Peter Kisker, Berlin; Inge Bianchi, Freiburg; Dorothee Vakalis, Thessaloniki; Prof. Christoph Butterwegge, Köln; Dr. Mechthild Klingenburg-Vogel, Kiel; Dr. Reinhard Bianchi, Freiburg; Tom Adler, Stadtrat, Stuttgart; Dr. Nadja Rakowitz, Frankfurt/M; Ralf Kliche, Frankfurt/M; Dr. Thomas Sablowski, Sozialwissenschaftler, Berlin; Prof. Markus Wissen, Berlin; Prof. Bodo Zeuner, Berlin...*

**Wir sind entsetzt und empört über das Vorgehen der deutschen Regierung gegenüber Griechenland und seiner Bevölkerung. Merkel und Schäuble** wollen ein Exempel statuieren, um jede Alternative zu ihrer Austeritätspolitik im Keim zu ersticken. Besonders das Vorgehen von Finanzminister Schäuble beschädigt die Demokratie in Europa. Es wird gelogen und verleumdet, europäisches und deutsches Recht gebrochen.

**Schäuble** hat sich mit der Forderung durchgesetzt, griechisches Staatseigentum als Gegenleistung für Kredite an einen Treuhandfonds zu überschreiben - 25 Jahre nach den Erfahrungen mit der Treuhand in Ostdeutschland lässt das erahnen, welche Folgen das für die griechische Wirtschaft und die griechische Bevölkerung haben wird. Um diesen **Ausverkauf seines Staatsvermögens** durchzusetzen, wurde Griechenland mit Staatsbankrott und Ausschluss aus dem Euro bedroht. Viele zukünftige Gesetzentwürfe der griechischen Regierung müssen zuerst von den nicht gewählten eu-

ropäischen Institutionen genehmigt werden, Renten müssen gekürzt und die Mehrwertsteuer erhöht werden, bevor überhaupt Verhandlungen beginnen. Dieses **Diktat der Troika** setzt den Weg fort, der die griechische Gesellschaft immer tiefer in die Krise und viele Menschen ins Elend geführt hat. **Solidarität sieht anders aus!**

**Ein vereinigt Europa** muss auf Demokratie und friedlichem Miteinander beruhen, nicht auf Erpressung und Enteignung. Dafür stehen wir ein, und wir fordern Alle in Deutschland und in den anderen EU-Ländern auf, sich dieser unsozialen Politik entgegen zu stellen. Unsere Solidarität gilt der griechischen Bevölkerung.

**Herr Schäuble, Ihre starrsinnige und zerstörerische Politik hat Europa in seine tiefste Krise seit Jahrzehnten gestürzt. Wir fordern Sie auf zurückzutreten.**

Unterschriften hier: <https://www.change.org/>

### **Attac Österreich: Die Lösung**

Welche Lösungen gibt es?

#### **Schluss mit der Verarmungspolitik!**

Die Kürzungen sind sozial ungerecht und haben die Krise nachweislich vertieft. Nur wenn sie beendet werden, kann Griechenland aus der Depression kommen.

#### **Streicht Griechenlands Schulden!**

Griechenland wurden hunderte Milliarden an Schulden aufgebürdet, die der breiten Bevölkerung nicht zugutekamen. Heute schnüren sie der griechischen Wirtschaft die Luft zum Atmen ab. Die Kosten für die Schuldenerleichterung sollen jene Banken und SpekulantInnen tragen, die tatsächlich von den Schulden der Rettungspakete profitiert haben.

#### **Beendet die Kürzungspolitik europaweit!**

Griechenland ist nur das extremste Beispiel für den verfehlten Kurs der letzten Jahre. In der gesamten Eurozone und EU wurde im Prinzip dieselbe Krisenpolitik verfolgt: Die Interessen von Reichen, Banken und GläubigerInnen wurden geschützt - auf Kosten der breiten Bevölkerung. Nützen wir den Schwung aus Griechenland, um in ganz Europa die dringend notwendige Trendwende einzuleiten!

<http://www.attac.at/kampagnen/solidaritaet-mit-griechenland.html>

### **Attac Deutschland: Deutsche Regierung als Totengräberin Europas**

13.07.2015

(...) An Griechenland wird offenkundig ein Exempel statuiert, um all jene Menschen zu entmutigen, die sich einen Politikwechsel auch in anderen europäischen Ländern wünschen. Es ist eine Schande, dass Sigmar Gabriel, Martin Schulz und die SPD-Fraktion im Bundestag diese Politik unterstützen, statt die Koalition zu verlassen.

Aufgabe der emanzipatorischen Kräfte in Europa ist es nun, **dieser Erpressung ein deutliches "Oxi" entgegenzusetzen**: Wir sagen Nein zur neudeutschen Kolonialisierung Europas und zum Versuch, eine missliebige demokratisch gewählte Regierung eines Landes zu zerstören. Und wir sagen Nein zur massiven Verletzung der Souveränität eines demokratischen Parlaments durch ein Protektorat der Gläubiger.

**Attac fordert eine europäische Schuldenkonferenz** sowie einen **Schuldenschnitt** für Griechenland. Notwendig ist zudem eine grundsätzliche Kurskorrektur der europäischen Wirtschaftspolitik. Nicht nur die europäische Kürzungs- und Verarmungspolitik, auch die Pläne für einen **"Wettbewerbspakt"**, die völlig unzureichende Bekämpfung der Konzernsteuertricks oder das **TTIP**-Abkommen zielen auf den Abbau jahrzehntelang erkämpfter sozialer Errungenschaften ab. **Um die Krise zu überwinden**, ist stattdessen eine koordinierte Lohnpolitik **gegen das Lohndumping** von Überschussländern wie Deutschland nötig, eine **koordinierte Besteuerung von Vermögen, Gewinnen und Kapitalerträgen**, eine **Ende von Steuertricks von Konzernen** sowie die **Schrumpfung und Regulierung des Finanzsektors**.

## Manolis Glezos auf der 1.Mai-Kundgebung des DGB in Hamburg Wir fordern nicht Eure Solidarität! Wir fordern, dass Ihr das gleiche tut!

Liebe Genossen, liebe Arbeiter aus Deutschland, aus Frankreich und aus Europa, die Ihr alle hier seid. Es ist meine Pflicht hier, meinen Respekt zu zollen allen Arbeitern aus Europa und auf der ganzen Welt, die dazu beigetragen haben, dass wir solche Versammlungen wie heute hier abhalten können. Am 1. Mai zeigen die Arbeiter der ganzen Welt ihre Kraft. Wir geben ihre Forderungen bekannt und zeigen den Weg in die Zukunft.

Als ein junger Mann wie ich, mit 93, bin ich **deswegen nicht zufrieden**, weil viele Arbeiter an dieser Kundgebung nicht teilnehmen. Und ich frage mich: Sind sie schuld oder sind wir schuld, dass sie nicht hier sind?

Das Kapital und die Arbeitgeber haben versucht, diesen Tag zu einem „Tag der Blumen“ zu machen. Wir haben uns dagegen gewehrt. Aber die Arbeiter, die heute nicht streiken, die Arbeiter, die heute nicht protestieren – was passiert mit denen? Wo sind sie?

(...) Die Arbeiterklasse in Griechenland hat es geschafft, bei den Kämpfen für die

Freiheit unseres Landes in erster Reihe zu stehen. Sie hat für die nationale Freiheit gekämpft. Sie hat gegen die Militärdiktatur gekämpft. Und sie hat gegen die soziale Ungerechtigkeit und gegen die soziale Ungleichheit gekämpft. Aber reicht das? Kann es sein, dass wir in Griechenland, hier in Deutschland oder auch in Frankreich das Thema der **sozialen Gerechtigkeit** nicht richtig vorangetrieben haben?

Ich wundere mich, warum man nicht darüber spricht, dass der **Mehrwert**, den die Arbeiter schaffen, nicht dem gesellschaftlichen Ganzen zugute kommt. Und dass wir Arbeiter die Eigentümer des Kapitals sein müssen. Auch wenn die Arbeiter kämpfen und einzelne Zugeständnisse erreichen, haben wir das Problem, dass die Macht des Geldes auf uns übergeht.

Lasst uns diesen Gedanken vertiefen. Überall wohin ich auf dieser Welt gereist bin, nach Belgien, Frankreich, Deutschland oder Luxemburg, frage ich die Leute immer:

Was wollt ihr? Was beschäftigt Euch? Alle sagen mir: Ich will nicht, das andere über mich entscheiden können ohne mich zu fra-

gen. Und meine Gegenfrage lautet: Ist das alles, was Du willst? Oder gibt es noch mehr? Ich sage immer: das, was Du gerade sagst, ist nur die halbe Wahrheit. Was ist die andere Hälfte? Nicht nur, dass andere nicht über mich entscheiden, sondern dass ich selbst an der Macht, dort, wo die Entscheidungen getroffen werden, beteiligt bin. Also, dass das Volk die Macht in die Hand nimmt. Wir in Griechenland haben damit angefangen.

**Wir fordern nicht, dass Ihr uns helft, wir fordern nicht Eure Solidarität. Wir fordern, dass Ihr das gleiche hier in Deutschland oder in Frankreich tut! (...)**

Die Geschichte klopft an unsere Tür. Können wir sie hören oder nicht? Werden wir die Tür öffnen oder nicht? Denn die Zukunft gehört den Arbeitern, sie gehört den Völkern und nicht den Kapitalisten! (...)

<https://www.gew-hamburg.de/sites/default/files/download/hlz/magazin-1.-mai.pdf>

Weitere Texte von Manolis Glezos in SiG 114

## Sophie Binet, Vorstandsmitglied der französischen Gewerkschaft CGT Wir müssen uns auch über unsere Stärke im Klaren sein

1.Mai 2015 in Hamburg  
Genossen und Genossinnen,  
im Namen der CGT möchte ich mich für die Einladung nach Hamburg bedanken und überbringe Euch die Grüße aller Mitglieder, die heute demonstrieren.

(...) Gerührt bin ich über die Tatsache, dass wir, Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterschaft aus Frankreich, Deutschland und Griechenland, hier in Anwesenheit von Manolis Glezos gemeinsam **70 Jahre Frieden** feiern. Nach 2 schrecklichen Weltkriegen wurde Europa mit dem Ziel aufgebaut, den Frieden dauerhaft zu garantieren. Aktuell sieht es leider so aus, dass das Versprechen der Gründerväter durch die Modalitäten der europäischen Konstruktion in Frage gestellt wird.

**Die Finanzwelt hat Europa in Geiselnhaft genommen.** Leider wissen wir heute, dass die extreme Sparpolitik in die ökonomische Sackgasse führt, soziale Katastrophen heraufbeschwört und den Frieden direkt gefährdet. Europa wird von Teilen der Bevölkerung abgelehnt und in vielen Ländern erleben wir die beunruhigende Zunahme des Nationalismus.

Die Troika verschreibt eine extreme Sparpolitik allen Ländern Europas, und zu aller- vorderst **Griechenland**. Hier ist die Position des DGB besonders wichtig, damit die Beschäftigten der Länder nicht gegeneinander aufgehetzt werden. Eure Stellungnahme hinsichtlich Griechenlands wurde sehr begrüßt. Hier müssen wir zusammenarbeiten,

auch mit dem europäischen Gewerkschaftsbund, um **die Initiativen zur Solidarität mit den Griechinnen und Griechen zu vielfältigen** und durchzusetzen, dass ihre Abstammung respektiert wird.

Im Gegensatz zur binären Debatte der Liberalen und der Extremen Rechten über die Frage Für oder Gegen Europa, muss die Fragestellung lauten, **WELCHES Europa es denn sein soll**. Nur durch die gemeinsame Aktion aller europäischen Gewerkschaftsorganisationen kann verhindert werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Sozialdumping gegeneinander aufgewiegelt werden.



Wir brauchen auf europäischer Ebene konkrete Forderungen wie das Beispiel des europäischen Investitionsplans zeigt. Unser Investitionsplan ist nicht nur ein starker Hebel für ein Europa der Vollbeschäftigung sondern auch eine Antwort auf die Dramen, die sich wiederholt im Mittelmeer abspielen, bei denen Tausende von Migranten ums

Leben kommen. Wir brauchen bei einem so großen Solidaritätsbedarf eine Kooperationspolitik von Europa mit Afrika und einen **Investitionsplan, der den Zugang zu Gemeinschaftsgütern wie Wasser, Gesundheit und Energie sichert**.

Unsere Regierungen machen sich die Forderungen der Unternehmen zu Eigen und drängen uns in die **Wettbewerbslogik** und machen aus der Senkung der Arbeitskosten eine Priorität. Dadurch treten wir alle in Konkurrenz und letztendlich führt das zum Verfall der Löhne und Gehälter in ganz Europa.

Die Gehälter und Renten sind um 20 % bis 30 % gesunken in Griechenland, Spanien, Portugal, Rumänien, Ungarn und in den Baltischen Ländern. Insgesamt verringert sich die Zahl der Tarifverträge als soziale Sicherheit in Europa.

Damit in **Frankreich** die ‚Kosten‘ für die Arbeit gesenkt werden, **macht die Regierung noch weitere Geschenke den Unternehmen**, indem sie von Steuern und Sozialabgaben freigestellt werden. Dadurch fehlt das Geld für Versorgungseinrichtungen, Infrastruktur und Zukunftsprojekte. Hinzu kommt die **Steuerflucht**, von der die multinationalen Firmen und die Superreichen profitieren. Diese Steuerparadiese befinden sich nicht in exotischen Regionen des Globus sondern mitten in Europa, auch in **Luxemburg**, wo der jetzige Präsident der EU-Kommission, Herr Junker vormals Regierungschef war. So wird der Reichtum, den

wir durch unsere Arbeit erwirtschaften, von der Finanzwelt abgeschöpft.(...)

**Wir kämpfen gegen das Low Cost Modell.** Die allgemeine Mobilisierung, die Ihr erreicht habt zusammen mit der Durchsetzung des Mindestlohns, sind für uns wichtige Grundlagen. Dadurch können wir beweisen, dass die Maßnahmen, die uns als Basis des Deutschen Modells gepriesen werden, nämlich die Hartz-Reformen den gegenteiligen Effekt hatten und dazu führten, dass Regelungen und soziale Vereinbarungen durchbrochen wurden, die in der Nachkriegszeit entstanden sind und das Deutsche

Modell somit der Welt der Finanz geöffnet hat.(...) Noch nie waren Reichtum und Macht derart konzentriert vorgekommen: **1 % der Weltbevölkerung besitzt 50 % des gesamten Reichtums.**

Die verstärkten Ungleichheiten können passieren weil die Gegenmacht geschwächt ist, damit sind vor allem die **Gewerkschaften** gemeint. (...) Wir sind der Hebel für den Widerstand gegen den Ausverkauf der Erde, wir sind somit der Kern des Kräftemessens – unsere Unabhängigkeit stört und wird frontal angegriffen. (...)

Sicherlich brauchen wir dabei einen klaren Blick auf die wirkenden Logiken, wir müs-

sen aber uns auch über unsere Stärke im Klaren sein: die Oligarchen dieser Welt konzentrieren immer mehr Macht in ihren Händen, sind aber stark in der Minderheit. **Wir sind die 99 % !!**

Wir müssen der Finanzwelt die Macht entreißen und endlich dafür sorgen, dass die Lehren aus der Krise gezogen werden.

**Es ist an uns, den Kurs zu wechseln und zum sozialen Fortschritt zurückzufinden!**

<http://hamburg.dgb.de/themen/++co++743f9ba2-f00f-11e4-b790-52540023ef1a>  
(Übersetzt von Barbara Schantz-Derboven; AlterSummit-Lektorat)

## Etienne Balibar, Sandro Mezzadra und Frieder Otto Wolf Ein "langer Marsch" für Europa: Wem unsere Solidarität gilt

Die **Einheit von Syriza** – als Regierungspartei und vor allem als Bewegung – scheint das uns das allerschwierigste und zugleich das am meisten entscheidende Element darzustellen. Sie ist das schwierigste Element, weil die Spaltungen ja durchaus real sind und weil die Einheit sich nicht gleichsam per Dekret schaffen lässt: Sie ist eben so sehr von den Bedingungen in der Gesellschaft abhängig wie von dem politischen Willen. Und am meisten entscheidende Element, weil es in diesem Moment ganz klar ist, dass die gesamte europäische "Mitte" ihren Vorstoß darauf ausrichtet, ein Auseinanderbrechen von Syriza zu erreichen. Die deutsche Presse (so etwa die Süddeutsche Zeitung) geißelt bis zum Überdruß die "Schizophrenie" von Syriza, die doch zugleich ihre Kritik an dem Inhalt der Vereinbarung aufrechterhalten und an der Macht bleiben wolle, um sie auf ihre Weise umzusetzen.

Sie fordert Tsipras dazu auf, seine Absichten "klarzustellen", indem er sich seiner Linksradiakalen "entledigt" und knüpft damit an den Diskurs des mangelnden "Vertrauens" an. Und gerade **diejenigen griechischen Parteien**, welche durch ihre Politik in der Vergangenheit völlig disqualifiziert sind und die ihn jetzt im Parlament "gestützt" haben, liegen nun **im Hinterhalt, um in die Regierung einzutreten oder sie zu ersetzen.** Die **"Rebellion" der Abgeordneten von Syriza**, die gegen die Vereinbarung gestimmt haben, erscheint uns demgemäß als **völlig legitim** und sie gehört eben zu einem selbst in der Krise fortgesetzten Experiment in Demokratie. Aber sie darf eben **nicht dazu führen**, was ein geradezu tödliches Risiko bedeuten würde, **dem Feind in die Hände zu spielen.**

**Diese interne Opposition** ist übrigens keineswegs ideologisch homogen, den nur ein

Teil dieser Oppositionellen wird von einem prinzipiell feindlich Verhältnis zum Aufbau Europas angetrieben, während andere wiederum (zu denen Figuren der allerersten Reihe wie Varoufakis und Zoe Konstantopoulou gehören) haben ihr Engagement für ein "anderes Europa", auf dem Weg über ein "anderes Griechenland", mit Worten und Taten bewiesen.

Wenn die Einheit von Syriza trotz dieser inneren Spannungen hält (in welchen sich Konflikte innerhalb des griechischen Volkes und in der griechischen öffentlichen Meinung Ausdruck verschaffen), dann kann sich auch die Regierung halten – und es wird möglich sein, dem Druck der Rechten und der extremen Rechten zu widerstehen und eine **Dialektik von Anwendung und Widerstand** zu entfalten.

Wenn sie sich nicht halten lässt und damit die Hoffnung endgültig begräbt, welche diese Bewegung in Griechenland ausgelöst hatte, dann betreten wir damit völlig unbekanntes Gelände. Der Leser wird schon verstehen, wo unsere Hoffnungen liegen – die allerdings von keinerlei Gewissheit begleitet sind.

### Ein "langer Marsch" für Europa: Wem unsere Solidarität gilt

In seiner Rede im griechischen Parlament (1) hat **Tsipras** es ganz klar festgehalten: Die Lösung, die wir haben wählen müssen, war nicht die Beste, sie war bloß die am wenigsten katastrophale. Und er hat gleich ergänzt: für Griechenland, aber auch für Europa. Dies war eine Konstante der Stellungnahmen, wie er sie seit seinem Machtantritt vertreten hat – und namentlich auch im Moment des Referendums: *"Unser Mandat besteht nicht in einem Verlassen Europas"*, was die große Mehrheit des griechischen Volkes nicht will. Und damit im-

plizit: Unser Mandat ist es ohne Unterlass für die **Herausbildung eines anderen Europas zu kämpfen**, eines Europas, in dem ein von seinen oligarchischen Privilegien und auch von der (von den Gläubigern geradezu noch ermutigten) Korruption befreites Griechenland seinen vollgültigen Platz finden und sogar ein Vorbild für andere werden kann. Dies war das Thema des am 31. Mai 2015 in Le Monde veröffentlichten Artikels über **"Europa steht am Scheidewege"** (2).

Dieses unablässige und konsequente Engagement leistet uns allen einen unermesslich wichtigen Dienst - und es begründet **für uns auch eine entsprechende Verantwortlichkeit, wenn nicht sogar eine Verpflichtung.**

Damit erweist sich nämlich, dass **die europäische Alternative zum neoliberalen Aufbau Europas, wie er zumindest seit Maastricht im Gange ist**, mit seinen destruktiven Auswirkungen und seinen unlösbaren Widersprüchen, uns vor eine sehr viel schwierigere Aufgabe stellt, die weit mehr Hindernisse wird überwinden müssen, als einige von uns dies geglaubt haben.

Europa hat sich auf einen langen Marsch aufgemacht, um – "von oben" oder aber "von unten" – einen **Ausweg aus seiner Verfassungskrise** zu finden, um die Bedingungen für seine Bürgerschaft zu erfinden und um die Kräfte für seine kulturelle Erneuerung zu sammeln.

**Griechenland steht jetzt im Zentrum der Konfrontationen**, aber auch im Kern dessen, worum es hier eigentlich geht. Indem wir ihm unsere lückenlose Solidarität entgegenbringen, welche den alltäglichen Erfordernissen angemessen ist und auf einer freien und kritischen Würdigung der Wechselfälle beruht, durch die es hindurch muss, helfen wir uns auch selber.

Wir müssen die geeigneten Formen für diese Solidarität finden und sie dann auch wirksam organisieren. Man muss dabei auch in Erinnerung behalten, **welche Faktoren es gewesen sind, die dazu geführt haben, dass Syriza sich heute in dieser Lage befindet, und was alles dazu beigetragen hat, dass das Kräfteverhältnis so ungleichgewichtig war, dass es das Diktat ermöglicht hat.** Das war nämlich auch in einem gewissen Maße der unzureichende Charakter und das geringe Ausmaß dieser Solidarität – oder, was auf dasselbe hinausläuft, ihr geringer Wirkungsgrad.

**Den Anstrengungen der Griechen entsprechend,** die ganz außerordentliche demokratische Kraft am Leben zu halten, wie sich auf den Volksversammlungen auf dem Syntagma-Platz oder auch bei der Kampagne zum Referendum manifestiert hat, und für die neue Punkte der Anwendung zu finden sind, **muss sich dann unsere eigene Fähigkeit entwickeln, Bewegungen und Kampagnen zu organisieren,** welche in der öffentlichen Meinung die Unterstützung für ihre Sache ausweiten oder längerfristig mit ihren Zielsetzungen zusammengehen. Es wird nötig sein, dass diese Bewegungen und Kampagnen **ohne Ausschließungen vorgehen und inneren Diskussionen oder sogar Widersprüchen reichlichen Raum geben** – und eben dadurch die Erneuerung der Politik verkörpern, ohne die es in Europa keinen “verfassungsgebenden Moment” geben kann.

Es wird nötig sein, dass diese Kampagnen und Bewegungen **grenzübergreifend angelegt** sind und sich vor allem davor hüten, in einen Nationalismus und in einen populistischen Wettbewerb mit den anti-europäischen nationalistischen Strömungen zu (wie dem in Frankreich) verfallen, wie sie sich gerade in Europa in voller Entwicklung be-

finden – selbst wenn es scheinen könnte, dass ihre Angriffe auf dieselben “Übel” (die Technokratie, die Korruption der Eliten, die Verachtung für das Volk, den wachsenden Steuerdruck) eine gemeinsame Grundlage für parallele rhetorische Bemühungen darstellen könnte.

Und was könnte denn besser sein, um diesen neuen **innereuropäischen Internationalismus** voran zu bringen, als wenn man sich in Athen treffen würde, an der Seite des griechischen Volkes. Aber fügen dem gerne noch hinzu: in Deutschland, im Herzen dessen, was heute als die “Festung” des Neo-Kapitalismus zu sein scheint, das aber in Wirklichkeit ebenso von Widersprüchen durchzogen und ebenso reich an alternativen Möglichkeiten ist; in Spanien, an der Seite von Podemos, das als nächste politische Kraft vor der Aufgabe stehen wird, das System auf neue Weise herauszufordern; in Frankreich, wo die Sozialdemokratie es gerade geschafft hat, sich zum “republikanischen” Patriotismus zu bekehren, sowie zum Konzept der “Wettbewerbsfähigkeit schaffenden Zerstörungen” und zur Kommerzialisierung der Kultur; in Italien, wo gerade eine Schlacht um die “Befestigung” und die “Militarisierung” der Grenzen Europas ausgetragen wird und wo die sozialen Kämpfe und Widerstände in und gegen die Krise weiterhin stark, wenn auch politisch zersplittert sind; in England, wo jetzt die Debatte für oder gegen den Isolationismus begonnen hat – vor den Hintergrund der Finanzialisierung aller Sozialdienste ...

Schließlich und vor allen werden **Zielsetzungen** nötig sein, um die herum die Solidarität der unterschiedlichen Regionen des Kontinents, die enge Verknüpfung der Ziele der demokratischen Erneuerung und des Widerstands gegen die Austeritätspolitik ganz deutlich hervortritt.

Das **Schuldenaudit**, wie es das griechische

Parlament eigenständig organisiert hat, und das der **Idee eines anderen Wirtschaftens und einer anderen Währungs- und Geldpolitik** einen greifbaren Inhalt verleiht, so wie dies Bewegungen wie ATTAC vorgeschlagen haben, bietet dafür ein gutes Beispiel.

**Die Erfindung neuer Formen der Arbeitsorganisation und von Arbeitskämpfen,** welche dazu in der Lage sind, den Kampf mit der neuen Bestimmtheit des finanzierten Kapitalismus aufzunehmen, sowie der Kampf für neue soziale Grundrechte und soziale Sicherungssysteme gehören ebenfalls hierher.

Der **Widerstand gegen die sogenannte Sicherheitspolitik** und die **Verteidigung der Informations- und der Bewegungsfreiheit** bilden einen weiteren Bereich. Und diese Liste ist keineswegs erschöpfend.

Wie Alexis Tsipras 2015 geschrieben hat: **Es gibt zwei Wege.** Wie schwierig es auch sein mag, sich den herrschenden Politiken entgegenzustellen, so denken wir doch, dass die Wahl immer auf diese Seite fallen muss. Und dass dies ist heute noch weit unumgänglicher ist, als es dies jemals gewesen ist. Man muss die Möglichkeit dafür erst aufbauen. **Das wird so viel Zeit dafür brauchen, wie dafür nötig ist. Aber man kann damit nicht warten.**

#### Aus: *Das Diktat von Brüssel: was folgt daraus?*

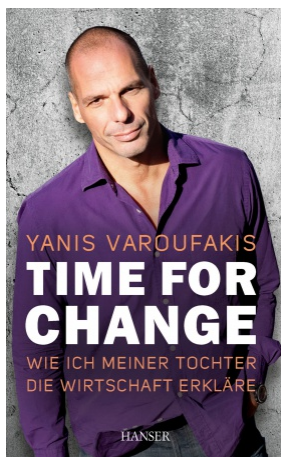
<https://opendemocracy.net/can-europe-make-it/etienne-balibar-sandro-mezzadra-frieder-otto-wolf/das-diktat-von-br%C3%BCssel-was-folg>

Anm. der SiG-Redaktion:

(1) In dieser Nummer, Seite 14

(2) <http://www.sozone.de/2015/06/alexis-tsipras-europa-am-scheideweg/>

*Etienne Balibar, Sandro Mezzadra und Frieder Otto Wolf sind Philosophen in Paris, Bologna und Berlin.*



### Yanis Varoufakis: Time for Change

*Aus dem Vorwort zu deutschen Ausgabe:*

Das Buch möchte Lesern, die gewöhnlich nichts mit ökonomischen Themen zu tun haben, die Macht wirtschaftlicher Ideen und ökonomischer Prozesse über unsere Vorstellungskraft, unsere Überzeugungen und Leidenschaften deutlich machen und so ein Interesse für diese Themen wecken.

Dazu stellt es Fragen: Wie konnte sich die Wirtschaft **von der Kontrolle durch Politik so befreien, dass sie in unserer Gesellschaft immer mehr die Herrschaft übernahm?** Wie hat sich die moderne Welt herausgebildet? Und warum sind die Theorien der Ökonomen eher Teil der Probleme, die diese Welt ständig produziert, als Teil der Lösungen?



#### Werkstatt von „Sand im Getriebe“ über Griechenland:

- Werkstatt für SiG 116: Artikel seit Mai 2015 (ältere in den Werkstätten für SiG 114 und 115)

- Griechenland nach dem Referendum

- Schulden: Wahrheitskommission über die Staatsschulden Griechenlands und mehr

# Eric Toussaint

## Griechenland: Ein alternativer Vorschlag

(...) Am **5. Juli 2015** hat die griechische Bevölkerung in dem von der Regierung Tsipras und dem griechischen Parlament initiierten **Referendum** die Fortsetzung der Austeritätspolitik massiv zurückgewiesen, die die Institutionen, vormals Troika genannt, ihr aufzwingen wollten. Das war ein wunderbarer Sieg der Demokratie. Das **Abkommen**, das am Morgen des Montags, **13. Juli**, geschlossen und in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli vom griechischen Parlament gebilligt wurde, setzt die Austerität im Rahmen eines neuen, mehrjährigen Abkommens fort. Es **steht in krassem Widerspruch zum Ergebnis des Referendums**. Das Parlament hat dieses Abkommen unter dem Druck der Drohungen der Gläubiger angenommen, dass andernfalls die Banken pleite gehen und ein Grexit unvermeidlich ist; sie haben der griechischen Regierung gewissermaßen **die Pistole an die Schläfe** gehalten.

Das Abkommen sieht vor, dass Syriza eine Reihe sehr bedeutender **Verpflichtungen**, die die Partei im Wahlkampf eingegangen war und die ihr am 25. Januar einen historischen Wahlsieg eingebracht haben, **aufkündigt**. Syriza hatte Verantwortung vor der griechischen Bevölkerung übernommen, und es ist tragisch, dass die Mehrheit ihrer Abgeordneten und Minister dieser Verantwortung nicht gerecht geworden ist, zumal angesichts des sehr eindeutigen Wählervotums vom 25. Januar und vom 5. Juli. **Die Konzessionen an die Gläubiger** betreffen die **Renten**, die weiter gekürzt werden (während Syriza sich verpflichtet hatte, die 13. Monatsrente für Renten unterhalb von 700 Euro im Monat wieder einzuführen), zugleich wird das Renteneintrittsalter angehoben; die **Löhne** werden nicht angehoben; die **Arbeitsverhältnisse** werden noch prekärer; die **indirekten Steuern** werden auch für die untersten Einkommen weiter erhöht; die **Privatisierungen** werden beschleunigt fortgesetzt; **neue, illegitime Schulden** aufgehäuft (mindestens 80 Mrd. zusätzlich), um die bisherigen bedienen zu können und die Banken zu rekapitalisieren, während sie gleichzeitig in privater Hand gelassen werden, die für die Krise verantwortlich ist; wertvolle griechische Aktiva werden in einen unabhängigen Fonds transferiert; wichtige Bestandteile des Selbstbestimmungsrechts aufgegeben; die **Macht des Parlaments gegenüber den Gläubigern geschwächt**...

Im Gegensatz zu denen, die behaupten, im Gegenzug zu diesen unheilvollen Zugeständnissen würde Griechenland drei Jahre Atempause bekommen und die griechische Wirtschaft wieder auf Vordermann bringen

können, wird die Wirklichkeit zeigen, dass der fortgesetzte Druck auf die private Nachfrage und die öffentlichen Ausgaben es unmöglich machen, den Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften, den der Plan vorsieht. In wenigen Monaten, spätestens Anfang nächsten Jahres werden die Gläubiger die griechische Regierung angreifen, weil sie den Haushaltsüberschuss nicht erreicht hat und neue Forderungen stellen. Es wird **keine Verschnaufpause für die Bevölkerung** und für die Regierung geben. Die Gläubiger werden damit drohen, die vereinbarten Raten nicht freizugeben, wenn nicht weitere Kürzungsmaßnahmen ergriffen werden. Die griechische Regierung ist in der **Schuldenfalle gefangen**. (2)

Die **Kommission für die Wahrheit über die öffentlichen Schulden**, die von der Parlamentspräsidentin eingerichtet wurde, ist in ihrem ersten vorläufigen **Bericht**, der am 17. und 18. Juni 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, zu dem Schluss gekommen, dass die Schulden, deren Bedienung die Gläubiger einfordern, als illegitim, illegal und verabscheuungswürdig betrachtet werden müssen. Die Kommission hat auch gezeigt, dass sie nicht tragfähig sind. Auf der Grundlage von Argumenten, die sich auf das **Völkerrecht** und auf das griechische Recht stützen, **hätte die griechische Regierung einseitig die Bedienung der Schulden unterbrechen müssen**, bis der Schuldenaudit vollständig durchgeführt ist. Eine solche Unterbrechung der Zahlungen ist absolut möglich. Seit Februar 2015 hat Griechenland 7 Mrd. Euro an die Gläubiger zurückgezahlt, ohne dass diese die 7,2 Mrd. gezahlt hätten, die im Rahmen des Programms, das am 30. Juni ausgelaufen war, vorgesehen waren. Auch weitere Gelder hätten an Griechenland überwiesen werden müssen und wurden es nicht: die Zinsen aus den griechischen Staatsanleihen der EZB; die Mittel für die Rekapitalisierung der Banken, usw. Hätte Griechenland den Schuldendienst gegenüber den internationalen Gläubigern unterbrochen, hätte es fast 12 Mrd. Euro gespart, die es bis Jahresende 2015 zahlen soll (3). **Es hätte damit die Gläubiger unter Druck setzen können**, Zugeständnisse zu machen. Die Höhe der Gesamtschulden hätte drastisch reduziert werden können, sei es auf dem Weg von Verhandlungen, sei es durch einseitige Zahlungseinstellung im Fall ihres Scheiterns. Indem sie das Abkommen vom 13. Juli umsetzt, macht sich die Regierung unmittelbar mitschuldig an der Verletzung von Menschenrechten, nur um illegitime, illegale, moralisch verwerfliche und untragbare Schulden zurückzuzahlen.

Jede und Jeder konnte sich davon überzeugen, dass es **unmöglich ist, durch Diskussion allein** die Europäische Kommission, den IWF, die EZB und die neoliberalen Regierungen in den anderen EU-Ländern davon zu überzeugen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Griechenland aber auch weltweit achten. Das Referendum vom 5. Juli, das sie bekämpft hatten, hat sie nicht beeindruckt. Im Gegenteil, sie haben unter Mißachtung elementarer demokratischer Rechte ihre Forderungen noch radikalisiert. Ohne **starke, einseitige Maßnahmen der Selbstverteidigung** können die griechische Regierung und die Bevölkerung die von den Gläubigern geforderte, anhaltende Verletzung der Menschenrechte nicht stoppen. **Es müssten auf europäischer Ebene eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen werden**, um soziale Gerechtigkeit und eine authentische Demokratie wiederherzustellen.

**Technisch gesehen** ist es nicht schwer, solche Maßnahmen zu ergreifen, aber man muss feststellen, das unter den gegebenen politischen Umständen und beim in der EU vorherrschenden Kräfteverhältnis Länder mit fortschrittlichen Regierungen nicht darauf hoffen können, dass sie von der EU-Kommission, der EZB oder dem ESM gehört oder gar unterstützt werden. Im Gegenteil, sowohl diese Institutionen wie der IWF und die bestehenden neoliberalen Regierungen der anderen Länder haben die Erfahrungen, die in Griechenland gemacht wurden, aktiv bekämpft, um allen Völkern Europas zu **beweisen, dass es zum neoliberalen Modell keine Alternative gibt**. Im Gegenzug hätte die griechische Regierung den Institutionen **durch entschiedene Maßnahmen reale Zugeständnisse entziehen** oder sie auch einfach zwingen können, ihre Entscheidungen zu respektieren. Zu Unrecht hat die Regierung Tsipras den Weg der permanenten Verhandlungen eingeschlagen mit dem alleinigen Ziel, ein neues Abkommen mit den Gläubigern zu erreichen, während man es hätte beenden müssen.

**Von grundlegender Bedeutung wäre auch gewesen, eine alternative Strategie auf Massenmobilisierungen in Griechenland und in anderen Ländern Europas aufzubauen**. Die griechischen Behörden hätten sich darauf stützen können, um den zahlreichen Isolierungsbemühungen aller Kräfte entgegenzuarbeiten, die sich gegen eine Wende hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit gestemmt haben. Damit hätte die griechische Regierung die Mobilisierungen und das Selbstvertrauen der Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Das Referendum vom 5.

Juli hätte ein Schlüsselmoment für diese Mobilisierung sein können. **Doch der Sieg des NEIN, dem riesige Massendemonstrationen vorausging, wurde nicht re-spektiert:** Schon am Morgen danach setzte sich die Regierung mit den rechten Parteien zusammen, um einen Vorschlag an die Institutionen auszuarbeiten, der unannehmbare Zugeständnisse an die Gläubiger enthielt.

**Nebst der Aussetzung der Bedienung der illegitimen, illegalen, verabscheuungswürdigen und untragbaren Schulden gibt es noch weitere Maßnahmen,** die hiermit der demokratischen Debatte unterbreitet werden sollen, denn sie können Griechenland helfen, sich wieder aufzurichten. Natürlich wird es nicht die gegenwärtige Regierung sein, die sie umsetzen wollen wird.

**1.** Die öffentliche Hand in Griechenland ist bei weitem der größte Aktionär der vier großen griechischen Banken (sie halten über 80% des gesamten griechischen Bankensektors). Sie müsste also in der Lage sein, **die Banken vollständig zu kontrollieren**, um die Ersparnisse der Bürger zu schützen und die interne Kreditvergabe anzukurbeln, damit der Konsum gestärkt wird. Auf der anderen Seite müsste die Tatsache, dass der Staat Mehrheitseigner der Banken ist, dazu genutzt werden, ihnen den Status öffentlich-rechtlicher Einrichtungen zu geben. Der Staat müsste eine geordnete Insolvenz dieser Banken einleiten, um die Kleinaktionäre und die Sparer zu schützen (vollständiger Einlagenschutz bis zu 100.000 Euro). **Die Kosten für die Rekapitalisierung der Banken müssen aus dem Vermögen der privaten Großaktionäre geschöpft werden**, denn sie sind es, die die Krise verursacht und anschließend die staatliche Unterstützung missbraucht haben. Eine Bad Bank wäre zu schaffen, um die toxischen Papiere zu isolieren und sie anschließend abzustoßen.

Man muss die Verantwortlichen für die Bankenkrise ein für allemal zur Kasse bitten, **den Finanzsektor grundlegend sanieren und ihn in den Dienst der Bevölkerung und der Realwirtschaft stellen.**

**2.** Die griechischen Behörden müssen die **Zentralbank unter ihre Kontrolle** stellen. An ihrer Spitze steht heute Yannis Stour-naras, der in diesen Posten von der Vorgängerregierung Antonis Samaras gehievt wurde. Er verwendet seine ganze Energie darauf, den Wandel, den die Bevölkerung will, zu torpedieren. Er ist ein wahres trojanisches Pferd, der die Interessen der großen Privatbanken und der neoliberalen europäischen Regierungen bedient. Die griechische Zentralbank muss in den Dienst der Interessen der griechischen Bevölkerung gestellt werden.

**3.** Die griechische Regierung hat auch die Möglichkeit, für den landesinternen Gebrauch eine **elektronische Währung** zu schaffen (in Euro). Der Staat könnte die Renten und die Löhne im Öffentlichen Dienst erhöhen und die humanitären Leistungen an die Betroffenen auszahlen, indem er ihnen einen Kredit in elektronischer Währung eröffnet, den sie für verschiedene Zahlungen nutzen können: Strom- und Wasserrechnung, öffentliche Verkehrsmittel, Steuern, Einkauf von Grundlebensmitteln im Einzelhandel, usw. Im Gegensatz zu einem unbegründeten Vorurteil hätten selbst die privaten Geschäftsleute jedes Interesse daran, dieses elektronische Zahlungsmittel zu akzeptieren, denn das erlaubt ihnen, ihre Waren loszuwerden und zugleich ihre Rechnungen bei der öffentlichen Hand zu begleichen (Steuern und diverse von ihnen genutzte Dienstleistungen). Die Schaffung einer solchen zusätzlichen elektronischen Währung würde den Bedarf nach Euros verringern. Transaktionen in dieser Währung könnten per Handy geleistet werden, wie dies heute schon in Ecuador der Fall ist.

**4.** Die **Kapitalverkehrskontrollen** müssen bleiben und es muss eine **Kontrolle über die Konsumgüterpreise** verhängt werden.

**5.** Die **Privatisierungsbehörde muss aufgelöst** und durch eine öffentliche Agentur zur Verwaltung der öffentlichen Güter ersetzt werden. Sie hat die Aufgabe, das öffentliche Vermögen zu schützen und Einkommen daraus zu erzielen. **Die Privatisierungen müssen sofort gestoppt werden.**

**6.** Neue Maßnahmen der **Steuergerechtigkeit** sind erforderlich, um die schon getroffenen deutlich zu stärken. Insbesondere müssen die 10% Reichsten (vor allem das 1% der Superreichen) stark besteuert werden, sowohl ihre Einkommen wie auch ihr Vermögen. Es empfiehlt sich auch, die Kapitalertragssteuer für große private Unternehmen stark anzuheben und die Steuerfreiheit für die Reedereien aufzuheben. Auch die orthodoxe Kirche muss stärker besteuert werden; sie hat 2014 nur ein paar Millionen Euro Steuern gezahlt.

**7.** Die **Steuern** auf die unteren Einkommen und kleinen Vermögen müssen radikal reduziert werden, das käme der Mehrheit der Bevölkerung zugute. Die Steuern auf Grundlebensmittel und Leistungen der Daseinsvorsorge müssen ebenfalls stark gesenkt werden.

**Eine Reihe von Leistungen der Daseinsvorsorge müssen kostenlos** zur Verfügung gestellt werden (etwa Strom und Wasser bis zu einem gewissen Verbrauch; der öffentliche Verkehr, usw.). Dies sind Maßnahmen der sozialen Gerechtigkeit, die den Konsum wiederankurbeln werden.

**8.** Der **Kampf gegen die Steuerhinterziehung** muss intensiviert, für große Steuer-sünder müssen sehr abschreckende Maßnahmen eingeführt werden. Damit können erhebliche Einnahmen erzielt werden.

**9.** Es braucht einen umfassenden Plan zur **Schaffung von Arbeitsplätzen** mit dem Ziel, den **öffentlichen Sektor wiederaufzubauen**, der durch die jahrelange Kürzungspolitik am Boden liegt (etwa im Gesundheits- und im Bildungswesen); damit können auch die ersten Schritte in Richtung eines ökologischen Umbaus unternommen werden.

**10.** Der Wiederaufbau des öffentlichen Sektors muss Hand in Hand gehen mit einer aktiven **Unterstützung der kleinen Privatinitiativen**, die heute in Griechenland in Form von Mikrounternehmen eine zentrale Rolle spielen.

**11.** Es braucht eine Politik der internen staatlichen Kreditaufnahme durch Ausgabe von **Staatsanleihen** (öffentlichen Schuldtiteln) **für das Landesinnere**. Der Staat muss Geld aufnehmen können, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, etwa durch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Einige dieser Maßnahmen können durch bewusste politische Entscheidung aus dem laufenden Haushalt finanziert werden, öffentliche Anleihen können darüber hinaus aber für die Finanzierung von Großprojekten herangezogen werden – etwa um den Weg aus der Autogesellschaft durch massiven Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel zu schaffen, oder um die Entwicklung umweltfreundlicher erneuerbarer Energien voranzutreiben, ein dichtes Netz von Regional-Eisenbahnen im ganzen Land zu schaffen, angefangen bei den Ballungsräumen, oder auch um ein Programm der Gebäudesanierung und des Baus von öffentlichen Gebäuden und Sozialwohnungen guter Qualität und nach neuen energetischen Standards in Angriff zu nehmen. Auch der oben genannte Plan zur umfassenden Schaffung von Arbeitsplätzen muss finanziert werden.

Ganz dringend bedarf es einer transparenten **Politik der öffentlichen Anleihen**.

Wir machen folgenden Vorschlag:

1. öffentliche Anleihen müssen der Verbesserung der Lebensbedingungen dienen und dürfen die Umwelt nicht schädigen;
2. öffentliche Anleihen müssen einen Umverteilungseffekt haben, damit die soziale Ungleichheit verringert wird. Dazu schlagen wir vor, dass die Finanzinstitute, die großen Privatunternehmen und die reichen Haushalte gesetzlich gezwungen werden, Staatsanleihen zu 0% Zinsen und ohne Inflationsausgleich in einer Höhe zu erwerben, die im Verhältnis zu ihrem Vermögen und ihrem Einkommen steht. Der Rest der Bevölkerung kann öffentliche Anleihen

freiwillig erwerben, zu einem positiven Realzins (oberhalb der Inflationsrate). (Wenn z.B. die jährliche Inflation 2% beträgt, kann der Nominalzins der Anleihen auf 5% festgelegt werden). Eine solche Maßnahme der positiven Diskriminierung (vergleichbar den Maßnahmen in den USA gegen die Rassendiskriminierung oder in Indien gegen das Kastensystem oder gegen die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen) kann dazu beitragen, mehr Steuergerechtigkeit und eine gerechtere Verteilung der Vermögen zu schaffen. Schließlich müssen die griechischen Behörden darauf achten, dass **die Kommission für den Schuldenaudit und die Kommissionen, die sich mit den Memoranda und den Kriegslasten beschäftigen, weiter arbeiten.**

**Weitere zusätzliche Maßnahmen** sind denkbar und müssen schnell diskutiert und demokratisch entschieden werden. Die genannten Sofortmaßnahmen sind die dringlichsten und können in **fünf Paketen** zusammengefasst werden:

- \* **der Staat muss die Kontrolle über die Banken und teilweise über die Geldschöpfung bekommen;**
- \* **Steuerbetrug muss bekämpft und eine gerechte Steuerreform in Angriff genommen werden, die dem Staat die notwendigen Mittel verschafft, seine Politik umzusetzen;**
- \* **das öffentliche Vermögen muss geschützt und in den Dienst des Gemeinwessens gestellt werden;**
- \* **die öffentlichen Dienste müssen wiederhergestellt und ausgebaut werden;**
- \* **nachbarschaftliche Privatinitiative muss unterstützt werden.**

Es ist gleichermaßen nötig, in Griechenland einen **Verfassungsprozess** mit aktiver Bürgerbeteiligung in Gang zu setzen, um strukturelle demokratische Änderungen auf den Weg zu bringen. Dazu wird es der **Wahl einer konstituierenden Versammlung** (durch allgemeine Wahl) benötigen, die einen neuen Verfassungsentwurf ausarbeitet. Die Verfassungsgebende Versammlung muss die Beschwerden der Bevölkerung und ihre Vorschläge zu deren Behebung

entgegennehmen und berücksichtigen; auf dieser Grundlage soll sie den Verfassungsentwurf ausarbeiten; darüber muss es dann eine Volksabstimmung geben.

**Ausstieg aus dem Euro.**  
**Nach der Annahme des Abkommens vom 13. Juli durch das griechische Parlament ist der freiwillige Ausstieg aus dem Euro eine klar zu verfolgende Option.** Immer mehr Griechen und BürgerInnen anderer Länder Europas begreifen, dass es innerhalb der Eurozone keine für die Völker günstigen Lösungen geben wird. Die oben genannten Maßnahmen sind auch für den Fall eines Ausstiegs aus dem Euro geeignet, das gilt insbesondere für die Vergesellschaftung der Banken nach dem Vorbild der Verstaatlichung des französischen Bankensystems nach der Befreiung 1945. Die genannten Maßnahmen müssen dann mit einer **umfassenden Währungsreform mit Umverteilungsfaktor** kombiniert werden, etwa nach dem Modell der Währungsreform in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine solche Reform würde die Einkommen derer belasten, die sich auf Kosten anderer bereichern haben. Das Prinzip ist einfach: Beim Währungsumtausch gibt es nicht automatisch eine Parität zwischen der alten und der neuen Währung (etwa ein Euro gegen eine Drachme), eine solche Parität würde nur bis zu einem gewissen Level gelten. Oberhalb dessen müssen überschüssige Geldguthaben auf ein Sperrkonto überwiesen und der Ursprung des Geldes offengelegt werden. Was oberhalb des Limits liegt, wird zu einem ungünstigeren Kurs getauscht (etwa zwei Euro gegen eine Drachme). Im Fall erwiesener unrechtmäßiger Herkunft des Geldes kann die Summe eingezogen werden. Eine solche Währungsreform erlaubt eine sozial gerechtere Umverteilung des Reichtums. Ein weiteres Ziel der Reform ist, die zirkulierende Geldmenge zu verringern und damit inflationistische Tendenzen zu bekämpfen. Damit die Reform Wirkung zeigt, braucht es strikte Kapitalverkehrs- und Devisenkontrollen. Anbei ein **Beispiel** – natürlich lassen sich die Größenordnungen verändern, nachdem eine Untersuchung der

Sparguthaben der privaten Haushalte stattgefunden hat und klare Maßstäbe entwickelt wurden:  
1€ gegen 1 neue Drachme (nD) für Geldguthaben bis zu 200.000 Euro;  
1€ gegen 0,7 nD für Guthaben zwischen 200.000 und 500.000 Euro;  
1€ gegen 0,4 nD für Guthaben zwischen 500.000 Euro und einer Million;  
1€ gegen 0,2 nD oberhalb von 1 Mio. Euro.  
Verfügt ein Haushalt über 200.000 Euro, bekommt er 200.000 nD.  
Verfügt er über 400.000 Euro, bekommt er 200.000+140.000 = 340.000 nD.  
Verfügt er über 800.000 Euro, bekommt er 200.000 + 210.000 + 120.000 = 530.000 ND.  
Verfügt er über 2 Millionen Euro, bekommt er 200.000+210.000+200.000 +200.000 = 810.000 ND.

Damit kann eine wahrhaft alternative Logik in Gang gesetzt werden. Und Griechenland kann sich endlich aus der Knute der Gläubiger befreien. Die Völker Europas könnten wieder Hoffnung auf eine Wende zu mehr Gerechtigkeit schöpfen. **Dazu muss die Massenmobilisierung in Griechenland und in ganz Europa verstärkt werden.**

- (1) *Eric Toussaint ist Doktor der Politischen Wissenschaften an der Universität Lüttich und Paris VIII. Er ist Sprecher des internationalen Komitees für die Streichung der Schulden, CADTM, und koordiniert in dieser Eigenschaft die Wahrheitskommission über die Staatsschulden, die von der griechischen Parlamentspräsidentin im April 2015 ins Leben gerufen wurde.*
- (2) *Der Autor dankt Stavros Tombazos, Daniel Munevar, Patrick Saurin, Michel Husson und Damien Millet für ihre Hilfe bei der Abfassung dieses Dokuments. Die Verantwortung für den Inhalt des Textes liegt gänzlich beim Autor.*
- (3) *6,64 Mrd. Euro und 5,25 Mrd. Euro müssen bis Dezember 2015 jeweils an die EZB und an den IWF gezahlt werden. Quelle: Wall Street Journal, <http://graphics.wsj.com/greece-debt-timeline/>, Stand: 12. Juli 2015.*

Aus dem Französischen übersetzt, <http://cadtm.org/Grece-des-propositions>

## Weitere Beiträge zum Euro und zur EU:

**Peter Wahl: Greek crisis out of control,** <http://www.world-economy-and-development.org/wearchiv/042ae6a4c80f2bb01.php>

**Rudolf Hickel: der Grexit wäre die Mega-Katastrophe.** <https://www.neues-deutschland.de/artikel/978787.der-grexit-waere-die-megakatastrophe.html>

**Alban Werner: Deutschlands hegemoniale Ignoranz als Schlüssel zum Verständnis der Eurokrise:** <http://www.neues-deutschland.de/artikel/979089.unwissen-ist-macht.html>

**Etwas ist faul im Euro-Reich:** Yanis Varoufakis beschreibt, wie das von ihm vorgeschlagene parallele Zahlungssystem funktionieren sollte. <http://www.griechenland-blog.gr/2015/07/etwas-ist-faul-im-euro-reich/2135635/>

## **In Sand im Getriebe: Übersicht der Artikel in SiG 100:**

**Zum Euro :** <http://sandimgetriebe.attac.at/10367.html>

**Zur EU-Verfassung:** <http://sandimgetriebe.attac.at/10368.html>

**Weitere Artikel in SiG 103, 108, 109, 113, 114, 115. ...**



# Hannes Hofbauer

## Freihandel als Waffe: Die USA an vorderster Front

Nur spärlich tröpfeln in diesen Tagen Informationen zum Stand der Verhandlungen des „Transatlantikabkommens“ (TTIP) an die Öffentlichkeit. Die Befürworter preisen die Chancen eines die Kontinente umspannenden vereinheitlichten Marktes, die Gegner warnen vor multiplen sozialen Verwerfungen und politischen Deregulierungen. Die Debatte über die Hintergründe der Herstellung des welthistorisch betrachtet bislang größten Wirtschaftsraumes droht dabei zu kurz zu kommen.

Die **Triebfeder aller Freihandelsabkommen**, wie immer sie heißen oder sich abkürzen mögen, ist überschüssig vorhandenes Kapital auf der Suche nach Verwertung. Ob in Form von Waren, Dienstleistungen oder „Finanzprodukten“ drängt es auf neue Märkte, die es politisch, rechtlich und militärisch abgesichert wissen will. Freihandelsabkommen decken die rechtliche Flanke ab; die jeweilige Unterzeichnung und Ratifizierung stärkt das wirtschaftliche gegenüber dem politischen Primat oder versucht Letzteres mit Hilfe von extraterritorialen Schiedsgerichten ganz auszuschalten. Als ideologische Begleitmusik haben es Liberale seit David Ricardo mit seinem 1817 niedergeschriebenen (neo)klassischen Modell der „komparativen Kostenvorteile“ (1) verstanden, Freihandel als Win-Win-Geschichte für alle Beteiligten darzustellen. Dem ist mitnichten so. Denn zum einen hört jede Zone, in der wirtschaftliche Spielregeln harmonisiert werden, an irgendeiner Außengrenze auf. Je größer der entsprechende Raum ist, desto tiefer ist meist die soziale Kluft entlang dieser Grenze, was an der südlichen EU-Außengrenze schauerlich zu beobachten ist. Und zum anderen verträgt sich im Kapitalismus ökonomische Konvergenz vorzüglich mit sozialer Divergenz, das heißt, ein einheitlicher Wirtschaftsraum führt nicht zu sozialer Angleichung, im Gegenteil. Wachsende Klassenunterschiede in den Großräumen USA und EU sprechen dem liberalen Gerede vom „Wohlfahrtsgewinn“, den Freihandel angeblich bringen würde, Hohn.

### Vom Marshall-Plan zur Welthandelsorganisation

Es waren die USA, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zum Instrument von Freihandelsabkommen griffen, um den stärksten heimischen Investoren weltweit Märkte zu öffnen. Die Voraussetzung dafür bildete ein vom Kriegsgeschehen zerstörtes Europa und ein nicht zuletzt durch die US-Militärindustrie boomendes Nordamerika. Der Ökonom Angus Maddison hat das Ausmaß der ökonomischen Schäden in Europa

fernan von der gesellschaftlichen Katastrophe zu fassen versucht und errechnet, dass im Jahr 1945 25 Prozent des sowjetischen Kapitalstocks, 13 Prozent des deutschen und 8 Prozent des französischen vernichtet waren. (2) Auf der anderen Seite wussten US-Unternehmen, die mit staatlicher Unterstützung große Investitionen getätigt hatten, nicht wohin mit ihren Produkten. Dies war historisch gesehen der Ausgangspunkt, der Washington drängte, die Welt mit Freihandelsabkommen zu überziehen.



Bereits am 11. September 1946 lag ein **Entwurf für eine Welthandelscharta** vor, die dann im März 1948 als International Trade Organisation (ITO) die Vorarbeit für das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) lieferte. US-Außenminister James Byrnes gab die Linie vor. (3) Washington forderte eine Beschneidung der staatlichen Maßnahmen zur Beschränkung des Außenhandels, die Abschaffung von Kontingentierungen bei Importen und Exporten, die Beseitigung von Schutzzöllen und bilateralen Vorzugszöllen und eine „internationale“ (sprich: US-) Kontrolle über Steuern und Tarife, die einzelne Staaten für die Einfuhr von Waren erhoben. Die Sowjetunion lehnte eine Unterzeichnung ab. Für die übergroße Mehrzahl der anderen Staaten wurde die ITO zur Blaupause aller zukünftigen Handelsliberalisierungen.

Das vielleicht größte Freihandelsabkommen, das bald nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen wurde, kommt unter diesem Etikett gar nicht vor. Es ist der European Recovery Plan, vulgo **Marshall-Plan**, der im April 1948 inkraft trat. Bis heute gilt der Marshall-Plan – fälschlicherweise – als ein nordamerikanisches Hilfsprogramm für Westeuropa. De facto war er die bis dahin aufwendigste und teuerste Exportförderung

für US-Firmen auf ihrem Weg nach Europa. In erster Linie galt es, Hindernisse wie die Nichtkonvertibilität von Währungen zu überwinden – die 16 europäischen Marshall-Plan-Teilnehmer (inklusive der Türkei) waren sich eben noch als Kriegsfeinde gegenübergestanden. Ein eigenes System von „Sonderziehungsrechten“ (Drawing rights) rechnete Defizite und Überschüsse gegeneinander auf. (4) Auf diese Weise wurden Währungen gegenseitig konvertibel und das Risiko für transnationale Investitionen US-amerikanischer Unternehmen berechenbar; sicherheitshalber saßen US-Beamte in den Wirtschaftsministerien aller Teilnehmerländer, um den Lauf jeder einzelnen Investition zu kontrollieren. So durften zum Beispiel in Österreich Marshall-Plan-Gelder nicht in staatliche oder kommunale Projekte wie Wohnungsbau oder Gesundheitseinrichtungen fließen. Nur private Partner waren erlaubt.

Mit dem über vier Jahre laufenden Marshall-Plan war die Grundlage für Investitionsschutz gelegt. Auf multilateraler Basis übernahm zur selben Zeit das **GATT** die Funktion, Zölle und Handelsschranken zu beseitigen und den auf dem Weltmarkt dominierenden US-Unternehmen möglichst ungehinderten Handel zu garantieren. **1995** löste die World Trade Organisation (**WTO**) das GATT ab.

Der **WTO** gehören heute 160 Staaten als Mitglieder an. (5) Seit der sogenannten Doha-Runde, die 2001 erstmals tagte, ist der Freihandelskoloss etwas ins Stocken geraten. Zuletzt gab es Ende Juli 2014 Krach über das im Rahmen der WTO verhandelte Trade Facilitation Agreement (TFA), das weltweit administrative Handelserleichterungen durchsetzen und die Rolle des Staates zurückdrängen soll. Das TFA schreibt beispielsweise Obergrenzen für staatliche Programme vor, wogegen sich besonders Indien wandte, das seine Ernährungssicherheitsprogramme gefährdet sah. Der neue indische Premier, Narendra Modi, der das TFA kurz nach seinem Amtsantritt blockiert hatte, wurde daraufhin am 30. September 2014 zum Rapport nach Washington bestellt, wohin er sich trotz indischer Fastenzeit begab. Kurz darauf besuchte US-Präsident Barack Obama Ende Januar 2015 Indien und klopfte den kurzfristig aufmüpfigen Premier Modi weich. An Indien sollte das TFA nicht mehr scheitern.

Der Kampf um das TFA führte den großen Investoren wieder einmal die Schwerfälligkeit der WTO vor Augen, was einer der wesentlichen Gründe für den Vormarsch bilateraler Freihandels- und Investitionsschutzabkommen ist.

## Investitionsschutzabkommen

Investitionsschutzabkommen (6) gehen auf eine Initiative der **Weltbank** zurück. Sie wurden bereits **1965** lanciert und traten 1966 für die ersten Unterzeichnerstaaten in Kraft. Der damalige Vorstoß der Bretton-Woods-Organisation war eine Reaktion auf die Dekolonisierungswelle der südlichen Halbkugel, ein erster Schritt in Richtung Kodifizierung restaurativer Kapitalinteressen. Institutionell fungierte das **International Center for Settlement of Investment Disputes (ICSID)** als Rahmen für die multilaterale Konvention zum Schutz von (privaten) Investitionen vor staatlichen Zugriffen. Im Jahr 2014 hatten knapp 150 Staaten die Konvention ratifiziert und damit das direkt bei der Weltbank in Washington angesiedelte ICSID anerkannt. Mit Bolivien, Ecuador und Venezuela sind in den vergangenen Jahren erstmals von linken Regierungen geführte Länder ausgetreten.

Anders als Verträge, die Investoren mit dem jeweiligen Gastland auf Basis von Fremdenrechten abschließen, bieten Investitionsschutzabkommen Unternehmen alle erdenklichen Möglichkeiten, ihre von ihnen selbst als unumstößlich betrachteten Rechte durchzusetzen. Fremdenrechtliche oder Investor-Staat-Verträge, wie sie noch in den 1960er- und 1970er-Jahren mehrheitlich üblich waren, unterlagen meist den Gesetzen des Gastlandes und konnten im Fall von Streitigkeiten nur über diplomatische Kanäle zwischen dem Heimatstaat des investierenden Unternehmens und dem Gastland durchgesetzt werden. Der Investor hatte kaum direkte rechtliche Handhaben.

Mit den International Investment Treaties, den Investitionsschutzabkommen, hat sich das radikal gewandelt. Nun existiert ein extraterritoriales Schiedsgericht, dessen Befugnis allumfassend ist und von den Vertragsparteien im Vorfeld anerkannt wird. Investitionen und damit wirtschaftliche Tätigkeiten sind der nationalen Rechtsprechung entzogen. Als völkerrechtlich bindender Vertrag steht der Schutz des Eigentums über allem anderen. Weltweit existieren über 3000 solcher **bilateralen Investitionsschutzabkommen**, die meisten davon wurden im vergangenen Jahrzehnt abgeschlossen. **Sie kompensieren das im Dezember 1998 gescheiterte Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI)**. Proteste von Aktivistengruppen quer über den Globus und wohl auch Bedenken von Staaten wie Frankreich, das nicht nur seine ökonomische Struktur, sondern auch seine kulturelle Eigenart von US-amerikanischen Marktführern bedroht sah, hatten das MAI zu Fall gebracht.

### NAFTA, TiSA, TRIPS, CETA, TPP, TTIP

Freihandel und Investitionsschutz versteckt sich hinter eine Vielzahl von Kürzeln. Kaum einer dieser Verträge, der nicht von

Washington initiiert worden ist und wird. Gemeinsam ist ihnen allen die Durchsetzung von Vorrangregeln für wirtschaftliche Akteure zuungunsten politischer Interventionen. Dass sie freilich dennoch allesamt politisch absegnet sind (wenn auch meist im Geheimen von einer kleinen Elite ausverhandelt), gehört zu den Ironien unseres postdemokratischen Zeitalters, in dem sich Politik gegenüber Kapital zunehmend selbst entmachtet.

Das **Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)** ist ein klassischer Vertrag zwischen den drei Staaten USA, Kanada und Mexiko. Mit seiner Installierung im Jahre 1994 erweiterte sich de facto ein bereits vorher bestehendes US-amerikanisch-kanadisches Abkommen. Die Zielvorgaben sind die mittlerweile allgegenwärtigen: Abbau von Zoll- und nichttarifären Handelshemmnissen sowie die Einrichtung von Schiedsgerichten im Falle von durch die Politik beeinträchtigten Profitmargen. Ein Blick auf einen makroökonomischen Indikator zeigt die unterschiedliche Stärke der drei Mitgliedsstaaten. Während in den USA und Kanada das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gerechnet bei 53000 bzw. 52000 US-Dollar liegt, sind es in Mexiko nur 10000 US-Dollar. Dementsprechend leicht setzen sich die Interessen der reichen „Partner“ durch.

Bislang wenig in der öffentlichen Debatte ist das **Trade in Service Agreement (TiSA)**. TiSA geht von Washington aus und will weltweit Dienstleistungen, insbesondere auch jene der Daseinsvorsorge, die in vielen Ländern unter gesellschaftlicher Kontrolle stehen, frei handelbar machen. Private Investitionen in den öffentlichen Verkehr, die Bildung und das Gesundheitswesen, in Postdienstleistungen, Energieversorgungseinrichtungen und andere Dienstleistungssektoren sollen mittels TiSA künftig Schutz vor politischen Eingriffen genießen. Gegen etwaige Gesetzesbeschlüsse über bessere ökologische, arbeitsrechtliche oder gesellschaftspolitische Standards könnten Investoren, die dadurch ihre Gewinne geschmälert sehen, vor extraterritorialen Schiedsgerichten klagen. Das bedeutet in weiterer Folge, dass sich jede gesetzgebende Körperschaft, ob nationales Parlament oder regionaler Entscheidungsträger zukünftig überlegen müssen, mit welchen Kosten im Falle einer Beschlussfassung in Hinblick auf absehbare Investorenklagen zu rechnen sein wird. Demokratie fände nur mehr unter dem Damoklesschwert drohender juristischer Verfahren statt. Die ehemalige EU-Kommissarin Viviane Reding, als christlich-soziale Politikerin nicht gerade in Opposition zum von ihr mitverwalteten Gesellschaftssystem stehend, hat vor TiSA gewarnt: „Hier tickt eine Zeitbombe“, meinte sie in einem Interview mit dem Schweizer *Radio SRF* am 17. April 2015, „nur hat sie noch niemand entdeckt“. (7)

Das Trade in Service Agreement wird seit 2012 innerhalb der WTO betrieben, betrifft aber nur jene Staaten, die die USA zu ihren „best friends“ zählen. Bislang sind es neben den USA und der EU weitere 22 Länder, die zur Verschwiegenheit verpflichtete Manager an die Verhandlungstische entsandten. Die Ergebnisse dürfen erst fünf Jahre nach Abschluss der Gespräche veröffentlicht werden, wie der Schweizer Nationalrat Roland Büchel der Wochenzeitung *Zeitfragen* (8) mitteilte, und dies unabhängig davon, ob es zu einer Einigung kommt oder nicht. Mit der strikten Geheimhaltung, wie sie auch im TTIP vorgesehen war, ziehen die Befürworter von Freihandelsabkommen und Investorenschutz eine Lehre aus dem gescheiterten Multinationalen Abkommen über Investitionen (MAI). Unmittelbar danach, im September 1998, hatten 450 Vertreter von großen Konzernen eine Erklärung im Rahmen des „Geneva Business Dialogue“ abgegeben, in der es hieß: „Die Entstehung von Aktivistengruppen droht die öffentliche Ordnung, die rechtmäßigen Institutionen und den demokratischen Prozeß zu untergraben“, weshalb, so die Schlussfolgerung, zukünftig hinter verschlossenen Türen verhandelt werden müsse. Zudem wissen wir seither, wie sich die Aufsichtsratsvorsitzenden der größten Unternehmen öffentliche Ordnung, rechtmäßige Institutionen und Demokratie vorstellen.

**CETA** kürzt das zwischen Kanada und der EU am 26. September 2014 ausgehandelte **Comprehensive Economic and Trade Agreement** ab, dessen 519-seitiges Schlussdokument durch eine undichte Stelle an die Öffentlichkeit gelangt ist. Es beinhaltet Zollabbau, Homogenisierung von Marktregeln und Investorenschutz und gilt als Vorlage für das TTIP. Seine Ratifizierung steht noch aus, wobei die vorzeitige Veröffentlichung dazu beigetragen hat, dass kritische Stimmen zunehmen. Auch bürgerliche Kreise beginnen sich über Marktverzerrungen und Monopolisierungstendenzen Sorgen zu machen. So hat zum Beispiel eine Studie der kanadischen Osgoode Hall Law School in Ontario Schiedsgerichtsverfahren untersucht, bei denen Staaten zur Zahlung mehrstelliger Millionensummen verurteilt wurden. Daraus geht hervor, dass nur die finanzstärksten Großkonzerne von den extraterritorialen Schiedsgerichten profitieren konnten. Lediglich sieben Prozent der Entscheidungssumme ging an Unternehmungen, deren Jahresumsatz unter einer Mrd. US-Dollar liegt. (9) Damit ist erstmals quantifiziert, in welchem Ausmaß „Global Player“ – und nur diese – Vorteile aus Investitionsschutzmaßnahmen ziehen können.

Abschließend sei noch auf eine besondere Form der Freihandelsexzesse hingewiesen. Man könnte sie überspitzt den „negativen Freihandel“ nennen. Die Rede ist von **Embargomaßnahmen und Sanktionsregimen**. Auch diese gehen seit Ende des Zwei-

ten Weltkrieges von Washington aus und überziehen jene Staaten, die nicht willig sind, sich den wirtschaftlichen Vorgaben der USA zu beugen, mit Embargos und Sanktionen. Sie sind die Kehrseite des propagierten Freihandels und gehören zu ihm direkt dazu. So etablierten die USA parallel zum Marshall-Plan im Jahr 1948 das sogenannte Coordinating Committee (COCOM), auf dessen schwarzen Listen Tausende von technologisch hochwertigen Produkten standen, die nicht in die Staaten des RGW eingeführt werden durften. Jeder Empfänger von Marshall-Plan-Geldern hatte sich daran zu halten. Erst 45 Jahre später, 1993, strich Washington Ungarn als erstes Land von der Embargoliste. Zugleich feierten US-betriebene, oft auch über den Umweg der UNO durchgesetzte Wirtschaftssanktionen fröhliche Urständ. Anfang der 1990er Jahre wurden Irak (1990), Libyen und Jugoslawien (1992) unter unterschiedlichen Vorwänden mit Wirtschaftssembargo belegt, später kamen Länder wie

Iran dazu, seit Kurzem steht auch Russland (wieder) auf der Embargoliste. Dies dient einerseits dazu, die einzelnen Nationalökonomien den Regeln des Weltmarktes und den geopolitischen Interessen der USA gefügig zu machen und unterbindet auf der anderen Seite mögliche ökonomische Integrationsversuche außerhalb US-amerikanischer Kontrolle. Das Erstarken Chinas sowie vermehrte Süd-Süd-Kooperationen stellen die seit 70 Jahren von Washington betriebene Politik allerdings zunehmend infrage.

- (1) David Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation. London 1817 (deutsch: Leipzig 1877)
- (2) Angus Maddison, Economic Policy and Performance in Europe 1913-1970. London 1973, Kap. 10
- (3) Europa-Archiv. Oberursel 1948, S. 1329
- (4) Hannes Hofbauer, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien 1992, S. 112
- (5) <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Handelspolitik/wto.html> (9.5.2015). In Euro-

- pa sind außer den Zwergstaaten Vatikan und Andorra nur Belarus, Serbien und Bosnien-Herzegowina keine Vollmitglieder.  
 (6) Hannes Hofbauer, Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter. Wien 2014, S. 47f.  
 (7) Radio SRF am 17. April 2015  
 (8) Zeitfragen vom 17. März 2015  
 (9) Die Presse vom 10. April 2015

<http://www.hintergrund.de/hintergrund-heft-03-2015-freihandel-als-waffe.html>

## Das Alternative Handelsmandat

SiG-Sondernummer, Mai 2014:

*Die Allianz für ein Alternatives Handelsmandat entwickelt eine alternative Vision für eine europäische Handelspolitik, die sich nicht an den Interessen von Konzernen ausrichtet, sondern den Menschen dient und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt."*

**Artikel zu TTIP, TiSA, CETA, EPAs usw. in SiG 106 bis 115**

## TTIP-Resolution im EP durchgewunken

Am 8. Juli hat das Europäische Parlament die vom Handelsausschuss eingebrachte Resolution mit einer 61%tigen Mehrheit verabschiedet. „Mit ihrer Resolution haben die Parlamentarier die Gelegenheit verpasst, der Aushöhlung unserer Demokratie durch Freihandelsabkommen und Konzernklagerechte einen Riegel vorzuschieben. Stattdessen hat es die Mehrheit der Abgeordneten vorgezogen, der Handelskommissarin Cecilia Malmström mit ihrer konzernfreundlichen Reformagenda zu Investor-Staat-Klagerechten den Rücken zu stärken“, sagt Peter Fuchs vom Bündnis TTIPunfairHandelbar. Bemerkenswert sei allerdings, dass einige sozialde-

mokratische Abgeordnete aus Großbritannien, Frankreich, Österreich, Belgien, den Niederlanden, Polen, Bulgarien, Deutschland und Italien sich dem Druck durch Martin Schulz und Bernd Lange nicht gebeugt und den ISDS-Kompromiss abgelehnt haben.  
<http://www.ttip-unfairhandelbar.de>

## Ein offener Brief aus Kanada: Um TTIP zu stoppen, müssen Sie zuerst CETA stoppen.

<http://www.bilaterals.org/?ein-offener-brief-aus-kanada-27793>,  
 Réseau québécois sur l'intégration continentale  
<http://rqic.alternatives.ca/?lang=fr>

## Demonstration in Berlin am 10. Oktober: Für einen gerechten Welthandel! TTIP & CETA stoppen!

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln.

Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren und stärken sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben.

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staats-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsgerechtigkeit beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln;

- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben, statt sie auszuhebeln;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen, statt sie zu vergrößern;
- global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und
- transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

## Hierfür gehen wir am 10. Oktober in Berlin auf die Straße.

**Demonstrieren Sie mit!**

<http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/demo/>  
<http://ttip-demo.de>

# Das Polizeiliche Staatsschutzgesetz in Österreich: „Hier schafft sich jeder Landeshauptmann seinen eigenen Geheimdienst.“ Interview mit Thomas Lohninger (AKVorrat)

Das Polizeiliche Staatsschutzgesetz (PStSG), soll der effektiveren Terrorbekämpfung dienen und dehnt die Befugnisse der Polizei äußerst umfangreich aus. Die Regierung nützt die immer stärker werdende Unsicherheit der Bevölkerung in Anbetracht der jüngsten terroristischen Anschläge, um die Überwachung, aber vor allem die präventive Gefahrenabwehr voranzutreiben. Dazu werden nicht nur dem Bund sondern auch den neun Landesämtern sowie der Polizei umfangreiche Kontrollmöglichkeiten eingeräumt. Sie können so, als quasi nachrichtendienstliche Ämter, rigoros in die Privatsphäre der Bürger eingreifen. Nicht nur, dass das Gesetz sehr vage Formulierungen enthält („...der vorbeugende Schutz von wahrscheinlichen verfassungsgefährdenden Angriffen“), auch die Vorratsdatenspeicherung dürfte in diesem Gesetz in anderer (umfangreicherer) Form wieder Einzug finden.

In zahlreichen Stellungnahmen äußerten sich ungewöhnlich viele Organisationen (siehe Link unten) ablehnend zu dem neuen Gesetz. Vor allem die umfangreichen Befugnisse zur verdachtsunabhängigen Überwachung ohne richterliche Kontrolle stoßen in den verschiedensten Berufsgruppen auf Gegenwehr. Davon unbeeindruckt und medial kaum beachtet arbeitet die Innenministerin Johanna Mikl - Leitner (ÖVP) weiter an den rechtsstaatlich höchst bedenklichen Eingriffen in die Privatsphäre der Bürger.

Eigentlich hätte das Polizeiliche Staatsschutzgesetz vor dem Sommer noch beschlossen werden sollen, doch die breite Kritik dürfte zu einem Umdenken der Regierung geführt haben.

Mitverantwortlich für dieses Umdenken ist auch Thomas Lohninger von der NGO AKVorrat, die bereits mit der Klage gegen die Vorratsdatenspeicherung in Österreich erfolgreich war. Er rief mit seinem Team die Initiative staatschutz.at ins Leben, deren Petition bereits von beinahe 10000 Menschen unterzeichnet wurde. Er beantwortet uns im Interview die wichtigsten Fragen zu den möglichen Konsequenzen des Polizeilichen Staatsschutzgesetzes:

**Warum diese ungewöhnlich breite Ablehnung gegen das PStSG?**

Das Gesetz ist nicht nur demokratiepolitisch bedenklich, sondern es macht die Kompetenzverteilung noch komplizierter und die Arbeit ineffizient. Die Kompetenzen etwa zwischen dem Staatsschutz und der „sonstigen“ Polizei sind gänzlich ungeklärt. Denn dieselbe Straftat, um die sich normalerweise die Polizei kümmert, kann auf einmal Aufgabe des Staatsschutzes sein, wenn sie aus religiösen oder

weltanschaulichen Motiven begangen wird. Wann ist eine Straftat religiös oder weltanschaulich motiviert. Wie mach ich das fest? Gibt es Demonstrationen, die nicht weltanschaulich motiviert sind?

**Wo fügt sich das PStSG in die bisher bestehenden Strukturen des Verfassungsschutzes in Österreich ein?**

Es gibt in Österreich als Auslandsgeheimdienst das Heeresnachrichtenamt. Davor gab es das BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) und die neun Landesämter, die dem BVT unterstanden.

Die Landesämter haben nun dieselben Befugnisse wie das BVT, unterstehen aber der Landespolizeidirektion und nicht mehr dem BVT selbst. Sie treffen auch spezielle Berichts- und Informationspflichten gegenüber der Landesregierung. In ihrem Aufgabenbereich findet sich zum Beispiel auch so etwas wie das Ansehen des Landeshauptmanns. Das steht so im Gesetz. Hier schafft sich somit jeder LH seinen eignen Geheimdienst, der potentiell die Bevölkerung bespitzelt.

**Die EMRK legt fest „Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz.“ Wie lässt sich das Polizeiliche Staatsschutzgesetz hiermit vereinbaren?**

Unserer Meinung nach gar nicht, weil der Staat, um die Privats- und Intimsphäre des Menschen zu achten, sich zurücknehmen muss. Der Staat darf also nur nützliche, notwendige und verhältnismäßige Eingriffe machen. Diese drei Gründe wurden angeführt, als uns bei der Klage gegen die VDS (Vorratsdatenspeicherung) recht gegeben wurde. Das Gesetz ist politisches Kleingeld, das die Regierung aus den Terroranschlägen von Paris und Kopenhagen zu wechseln versucht. Hier wird nicht die Bevölkerung sicherer gemacht. Hier wird einfach eine komplett unkontrollierbare Polizeibehörde geschaffen. Damit, und das ist die historische Farce, wiederholt Österreich mit Anlauf die Fehler, die wir seit 2 Jahren mit Edward Snowden diskutieren. Diese Unkontrollierbarkeit der Geheimdienste, die zu tiefst undemokratisch ist und gefährlich für unser Allgemeinwesen, die holen wir uns jetzt nach Österreich. Das ist beschämend für diese Politik, denn man hat überhaupt keine Lernbereitschaft gezeigt, obwohl von der Bischofskonferenz bis zur Richtervereinigung, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer von Volksanwaltschaft bis Amnesty, alle waren sich darüber einig, dass diese Gesetz zu weit geht.

**Und die Konsequenzen?**

Wir sehen eine klare Vermischung des Le-

galitätsprinzips und des Opportunitätsprinzips. Das heißt es wird nicht mehr bloß auf Verdacht ermittelt und durch Anordnung von Richter bzw. Staatsanwalt legitimiert, vielmehr können die Behörden Personen bereits aufgrund von abstrakten Risikoszenarien, also Beschreibungen, wer wo und wann gefährlich sein könnte, überwachen. Das heißt wir kommen weg von einer verdachtsabhängigen Ermittlung, hin zu dem, wie Nachrichtendienste arbeiten.

Es wird dazu kommen, dass man in Österreich vielmehr Repressionen gegen ethnische Minderheiten, zivilgesellschaftlich Engagierten, Journalisten oder Whistleblowern haben wird. Gleichzeitig wird aber auch eine Polizeibehörde geschaffen, die so viel Kompetenzen, Macht und so einen breiten Aufgabenbereich aber gleichzeitig so wenig Kontrolle unterworfen wird wie nie zuvor. Eigentlich eine, auch von der Politik, unkontrollierbare Behörde.

**Es gibt also überhaupt keine Kontrollinstanz?**

Der einzige angedachte Kontrollmechanismus ist der Rechtsschutzbeauftragte im Innenministerium, der sich, mit seinen zwei Mitarbeitern, um alle neun Landesämter, alle Polizeibehörden und den BVT kümmern muss.

**Kommt die Vorratsdatenspeicherung jetzt durch die Hintertür? Dürfen Daten wieder gespeichert werden?**

Es dürfen alle Daten gespeichert werden, von öffentlichen Behörden und privaten Firmen. Alles, wo die neuen Geheimdienste die Finger drauf bekommen können, dürfen sie für fünf Jahre speichern. Wenn nach vier Jahren ein „Komma“ geändert wird, fangen die fünf Jahre wieder von vorne zu laufen an.

Im Grunde eine unbegrenzte Speicherung, die schon in ihrer Mindestausführung von fünf Jahren, zehnmal länger ist als die VDS in Österreich.

**Sie geht also sogar noch weiter?**

Sie geht jedenfalls noch weiter. Praktisch ist jeder Journalist, Demonstrant, politisch Engagierte in einem Bereich, der im Auge des Staatsschutzes vielleicht kritisch betrachtet werden kann, unmittelbar betroffen.

Wir werden mindestens fünf Jahre bespitzelt, wer auf diese Daten zugreift wird jedoch nur drei Jahre gespeichert. Wenn ein Beamter hergeht und jetzt seine Ex-Frau bespitzelt, dann werden diese Daten nur drei Jahre lang gespeichert. Der potentielle Missbrauch, und das wissen wir durch Edward Snowden, den gibt es, und zwar massiv.

Wie sieht eure weitere Vorgehensweise aus?  
Wie kann man euch unterstützen?

Wir haben die Kampagne staatschutz.at, die von AKVorrat initiiert wurde und das ist auch der einfachste Weg für jedermann und jederfrau etwas gegen dieses Gesetz zu tun. Diese Petition zu unterzeichnen benötigt nur zwei Minuten und schon ist man Teil der Bewegung, die dagegen mobilisiert, dass dieses Gesetz beschlossen wird. Das

würde ich allen gerne ans Herz legen. Wir werden, sollte das Gesetz beschlossen werden, weiter Kampagnen vorbereiten. Wir haben auch bei der VDS nicht aufgegeben und es hat sich ausgezahlt. Wir bitten deshalb um breite Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, befreundeten NGOs und von allen die meinen, dass dieses Gesetz in Österreich keinen Platz hat.

Demonstrationen gegen das Staatsschutzgesetz am 4. Juli 2015 u.a. **Wien**  
**Innsbruck und Linz**  
Links und Materialien:  
Petition von AKVorrat <https://staatsschutz.at/>  
AKVorrat - <http://akvorrat.at/>  
Gesetzesentwurf und Stellungnahmen [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME\\_00110/](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME_00110/)

## Appell gegen das unsolidarische, ungerechte und unmenschliche Dublin-System

*Flüchtlinge befinden sich in Europa in einem brutalen Überlebenskampf. In Ländern wie Italien oder Griechenland leben Flüchtlinge als Obdachlose auf der Straße, in Parks oder Abbruchhäusern. Sie müssen betteln, um ihr Überleben zu sichern und sind schutzlos gegen Gewalt und rassistische Übergriffe. Einige EU-Staaten – wie Malta, Bulgarien oder Ungarn – inhaftieren neu einreisende Flüchtlinge systematisch. Wer es schafft, den Haftlagern und Elendsquartieren zu entkommen und nach Deutschland weiter zu fliehen, muss mit seiner umgehenden Rückschiebung in diese Länder rechnen.*

**Grundlage ist die Dublin-III-Verordnung, die die Zuständigkeit für Asylverfahren in der EU regelt.**

Eine Initiative von Pro Asyl, Weitere Infos : <https://www.wir-treten-ein.de/hintergrund/>

**Das Dublin-System** ist unsolidarisch, ungerecht und unmenschlich. Die desolate Situation der Flüchtlinge in vielen EU-Ländern ist das Ergebnis einer unsolidarischen Asylpolitik. Denn die EU hat den Reiseweg eines Flüchtlings zum maßgeblichen Zuständigkeitskriterium erhoben: Der Staat ist zuständig, in dem erstmals EU-Territorium betreten wurde. Nach den Interessen der Flüchtlinge, ihren Existenzmöglichkeiten oder Integrationschancen wird dabei nicht gefragt. Ziel dieser Politik ist es, den Druck auf die EU-Staaten an den Außengrenzen hoch zu halten. Es gilt: Wer die Grenzen nicht abriegelt und Flüchtlinge durchlässt, muss am Ende die Verantwortung für die Flüchtlinge übernehmen. Die Folge ist, dass die EU-Staaten an den Außengrenzen die Grenzen abriegeln und Flüchtlinge brutal abwehren – oftmals unter Einsatz von illegalen Zurückweisungen (Push-Backs).

**Wir treten ein für Menschen, die jahrelange Fluchtodysseen hinter sich haben,** die nie ankommen durften und immer wieder wie Stückgut zwischen den EU-Staaten hin- und hergeschoben werden. Wir fordern ein Ende der Abschiebungen in Elend und

Hoffnungslosigkeit und den Selbsteintritt der Bundesrepublik. Wir wenden uns gegen die europäische Verantwortungslosigkeit der Dublin-III-Verordnung und rufen dazu auf, Flüchtlinge aktiv zu schützen. Für diejenigen, die bereits einen Schutzstatus in einem EU-Land erhalten haben, muss die Freizügigkeit in der gesamten EU gewährleistet werden. Wenn ein Überleben trotz Schutzstatus in einem EU-Staat nicht möglich ist, muss ein Umzug in einen anderen EU-Staat ohne Verlust des Schutzstatus möglich sein.

Wir treten ein:

**Für faire Asylverfahren – gegen Dublin-Abschiebungen!**

Deutschland kann das Asylverfahren auch dann durchführen, wenn eigentlich ein anderer EU-Staat zuständig wäre. Dies ermöglicht das Selbsteintrittsrecht nach der Dublin-III-Verordnung. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Verantwortung für Schutzsuchende zu übernehmen, die aus einem anderen EU-Staat nach Deutschland weiter fliehen, weil sie dort nicht leben können. Die Dublin-Abschiebungen sind umgehend auszusetzen!

**Für das Recht auf freie Wahl des Asylortes!**

Die bislang lediglich technokratischen Zuständigkeitsregelungen des Dublin-Systems müssen grundlegend verändert werden. Derjenige Staat sollte für ein Asylverfahren zuständig sein, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen möchte. Dieses Prinzip der freien Wahl des Asylortes ist auf EU-Ebene rechtlich zu verankern. Etwaige Ungleichgewichte können durch Finanzmittel ausgeglichen werden.

**Für Freizügigkeit für international Schutzberechtigte!**

Flüchtlinge mit einem Flüchtlings- oder subsidiären Schutzstatus müssen nach Abschluss des Asylverfahrens wie Unionsbürger mit dem Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ausgestattet werden, damit sie sich überall in der Europäischen Union niederlassen können. Die Bundesregierung muss eine entsprechende politische Initiative auf EU-Ebene einbringen!

<https://www.wir-treten-ein.de/mitmachen/>



<http://www.keeptalkinggreece.com/wp-content/uploads/2015/04/EU-leaders-migration.jpg>

### Zu Gast bei Freunden

... Die Menschen stammen aus Syrien und dem Irak, aus Afghanistan, Somalia, Eritrea und Libyen. Das sind alles Länder, die durch die **Kriegspolitik der NATO** und durch das gezielte Aushungern

mittels **Embargos** zerstört und ins Elend getrieben wurden. Diesen Zusammenhang müssen wir in der Öffentlichkeit deutlich machen. Die Grünen und Amnesty werden das nicht tun. Der aktuelle Anstieg der Flüchtlingszahlen hängt aber auch mit der Krise und **Verarmung in Südeuropa durch die EU-Politik** zusammen. Menschen, die sich bisher in Italien oder Griechenland durchgeschlagen haben, wandern heute notgedrungen weiter nach Mitteleuropa, um überleben zu können. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59170>

**2. Oktober 2015**

### Refugees Welcome: Tag des Flüchtlings 2015

Hoffnung macht: In Deutschland ist die Solidaritätsbewegung für Flüchtlinge so groß wie noch nie. Ehrenamtliche unterrichten Deutsch, sammeln Kleidung und organisieren Fahrdienste, Schülerinnen und Schüler verhindern Abschiebungen und Vereine organisieren Sport- und Freizeitaktivitäten. Sie wollen sich engagieren? <http://www.proasyl.de/index.php?id=1967>

# Ernesto Samper

## Ideologische Differenzen werden die regionale Integration Lateinamerikas nicht behindern

*Anlässlich des fünften Jahrestags von dessen Wahl zum Generalsekretär der UNASUR erläutert Samper die Ziele seiner Amtsführung und erklärt, dass eines seiner Hauptanliegen die Einführung einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft für die über 400 Millionen Südamerikanerinnen und Südamerikaner sei. Außerdem bekräftigt er, dass die Schaffung von Wertschöpfungsketten, die wirtschaftliche Komplementarität und die Ausweitung des intraregionalen Handels der Schlüssel zur regionalen Wirtschaftsentwicklung seien. (Übersetzung: Werner Horch)*

*Der Begriff Integration wird auf vielerlei Weise gebraucht. Welche Bedeutung hat der Begriff für Sie als Generalsekretär der UNASUR?*

Ich unterscheide zwischen Integration und Regionalisierung. Die UNASUR repräsentiert eine Region in dem Sinne, dass sie ein Konzept der regionalen Integration auf der Grundlage von Werten wie Frieden, Demokratie und Menschenrechten verfißt. Ein Beispiel zur Veranschaulichung dieses Gedankens ist die Europäische Union, weil sie einen Integrationsprozess durchläuft, mit dem das Ziel verfolgt wird, sie in eine Region zu verwandeln. Im Gegensatz dazu sind wir eine Region, die die Integration anstrebt. Unsere Aufgabe ist viel leichter, weil wir unsere Integration auf der Verschiedenartigkeit der einzelnen nationalen Identitäten aufbauen wollen. Damit wird unsere Region zu einem Schauplatz, auf dem sich eine Art Integration vollzieht, die drei Hauptfaktoren aufweist: Mobilität von Personen, Mobilität von Gütern und Dienstleistungen und Mobilität von Kapital.

*In welchem Maß haben sich diese Faktoren bisher konkretisiert?*

Im Hinblick auf die Mobilität von Kapital erarbeiten wir eine gemeinsame Finanzstrategie, die einheitliche Mechanismen zur Stabilisierung des Zahlungsverkehrs, eine antizyklische Wirtschaftspolitik und vor allem die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten für die erleichterte Durchführung von Projekten in der Region beinhaltet. Was Güter und Dienstleistungen betrifft, halte ich das Niveau der Integration für recht niedrig. Das intraregionale Handelsvolumen beträgt 18 Prozent, während zum Beispiel das Handelsvolumen der europäischen Länder 67 Prozent erreicht. Das bedeutet, dass wir viel stärker an der Konsolidierung des Binnenmarkts arbeiten müssen. Außerdem muss mehr Gewicht auf die Mobilität von Personen gelegt werden, zumal sie eines unserer Hauptanliegen ist und das Konzept der südamerikanischen Staatsbürgerschaft einschließt.

*Südamerikanische Staatsbürgerschaft?*

Es handelt sich um ein äußerst wichtiges Vorhaben, das von der UNASUR gerade in die Tat umgesetzt wird. Ziel ist es, dass innerhalb kurzer Zeit die 420 Millionen Südamerikanerinnen und Südamerikaner, die

sich auf einem Gebiet von 17,5 Millionen Quadratkilometern verteilen, das Recht bekommen, in jedem Land Südamerikas zu arbeiten, zu studieren, ihre Abschlüsse und Titel anerkannt zu bekommen, Sozialleistungen und Rechtsschutz zu erhalten, Asyl zu suchen, als Flüchtlinge zu gelten, entsprechend den Migrationsrichtlinien behandelt zu werden und so weiter. Diese Rechte bilden die Grundlage der von uns angestrebten südamerikanischen Staatsbürgerschaft.

*Sie sprechen von der Notwendigkeit, die regionalen Beziehungen zu entideologisieren und gleichzeitig die UNASUR zu repolitisieren. Was bedeutet das?*

Das bedeutet, nicht in die Falle zu tappen, die bestimmte Kreise auszulegen versuchen, indem sie behaupten, dass es in Südamerika unüberwindbare ideologische Differenzen gebe, die die Länder zwischen Atlantik und Pazifik zwangsläufig entzweiten. Ich denke, dass hier eine neue Art der Entwicklung entsteht, zu der jede Nation gemäß ihrer eigenen Weltanschauung einen Beitrag leisten kann. Allerdings nähern sich die verschiedenen Anschauungen in gewissen Punkten einander an, zum Beispiel hinsichtlich der Bedeutung, die sie der sozialen Inklusion beimessen. Seit dem neoliberalen Albtraum der Neunziger ist die soziale Inklusion Teil der Wiederbelebung der Demokratie.

*Die Idee scheint aber nicht mit dem Entwicklungsmodell übereinzustimmen, das einige Länder der Alianza del Pacifico bevorzugen, zu denen auch Mexiko gehört. Stimmt, aber es muss betont werden, dass die offene wirtschaftliche Integration nur dann sinnvoll ist, wenn sie die regionale politische Integration nicht beeinträchtigt. Es erscheint mir logisch, dass die Länder Verbindungen außerhalb der Region eingehen, dass sie rein wirtschaftliche Allianzen eingehen, wie sie von einigen Ländern der Alianza del Pacifico eingegangen wurden oder von der ALBA mit arabischen Ländern in Bezug auf Erdöl oder von Brasilien als Mitglied der BRICS-Staaten durch Abkommen mit Indien und Russland. Das knüpft an die Idee an, die Beziehungen in dem Sinne zu repolitisieren, dass die Region ihre politische Identität behält, was mit den Allianzen, die zur Einbindung in eine Wirt-*

schaftsordnung führen, unvereinbar ist. Die Gipfeltreffen der UNASUR müssen sich mit politischen Fragen befassen, Dingen wie Demokratie, Frieden, gemeinsamer Verteidigung und regionaler Sicherheit. Das wird uns davor bewahren, auf die Idee zu verfallen, dass diese Aufgabe sich wegen unüberwindbarer ideologischer Differenzen als undurchführbar erweisen könnte. In Wahrheit sind sie nämlich nicht unüberwindbar.

*Wie steht es mit der Stabilität der politischen Integration?*

Ich denke, dass wir politisch gefestigt sind. Das belegt die Stärke wichtiger Organe der UNASUR wie des Consejo de Defensa Suramericano mit der kürzlich gegründeten Escuela Suramericana de Defensa, die in gewisser Weise die Escuela de las Américas ersetzt und die zweifellos ein Ausdruck der Souveränität ist. Mit dem Wahlrat der UNASUR wurde ein Instrument zur einheitlichen Unterstützung der in der Region stattfindenden Wahlversammlungen geschaffen. Außerdem haben wir gerade eine wichtige Schlacht gegen unilateralistische und interventionistische Bestrebungen in Venezuela gewonnen.

*Was verfolgen Ihrer Meinung nach die USA mit der Erklärung, dass Venezuela ein Sicherheitsrisiko darstelle?*

Die meisten Experten würden sagen, dass die tiefere Absicht darin bestanden haben könnte, vor dem Hintergrund der Verhandlungen mit dem Iran der Führung der Republikaner im Kongress eine Botschaft zu senden. Die Konservativen mögen Venezuela nicht, und deshalb könnte die Erklärung als Gegenleistung für die Unterstützung bei den Verhandlungen mit dem Iran gedient haben, die sie ebenfalls ablehnen. Ist das eine mögliche Lesart?

*Sie sagen, das denken die meisten Experten. Was denken Sie?*

Ich bin Experte ... (lacht). Ich glaube, dass die USA die Überreaktion in der Region vorhergesehen haben, und die erfolgte nicht wegen des Entzugs der Visa von sieben Venezolanern – das ist schon vielen von uns passiert, und wir haben ohne Probleme weitergelebt –, sondern weil die Diffamierung eines Landes durch die Behauptung, es stelle eine Bedrohung dar, absolut unangemes-

sen ist. Noch dazu wurde dieser Coup gelandet, als wir die Rückkehr Kubas in den Schoß der interamerikanischen Familie feierten. Die Erklärung ist ein markantes Beispiel aus einer Reihe von Diffamierungen, die Bestandteil eines Drehbuchs sind, das abgeschafft gehört und das weitere US-amerikanische Verlautbarungen sowie Sanktionen und andere Maßnahmen enthält. Das alles ist bezeichnend für den Unilateralismus der USA als Richtschnur für die Gestaltung ihrer Beziehungen mit der Region.

*Sie betonen die Repolitisierung. Gehört dazu nicht eine Verbesserung der Kommunikationsstrategie der UNASUR? Sie scheint im Moment einer der Schwachpunkte zu sein.*

Das erinnert an Platons Höhlengleichnis. Verändert man die Bilder, um die Realität zu verändern, oder umgekehrt? Wir wollen die Realität verändern, damit sich die Bilder verändern. Und in dem Maß, in dem wir im Sinne der Integration Politik machen, Debatten anstoßen und Vorhaben realisieren, hoffen wir auf bessere Ergebnisse und eine wirksamere Kommunikation der Aktivitäten der UNASUR. Aber Ihre Beobachtung trifft zu, und tatsächlich sind wir gerade dabei, eine neue Kommunikationsstrategie zu entwickeln.

*Die meisten Länder der Region stehen vor der Herausforderung, ihre Produktionsbereiche zu verändern beziehungsweise zu diversifizieren. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?*

Die Veränderung der Produktionsbereiche hat entscheidend mit der Wertschöpfung zu tun. Wir stoßen erneut an eine bekannte Grenze bei der Beschäftigung mit strukturellen Ungleichheiten. Wir dürfen nicht in die Zeit zurückfallen, als die CEPAL einen kompromisslosen Protektionismus vertrat, weil wir bereits an offenen Ökonomien arbeiten. Aber die derzeitigen Spielregeln verhindern nicht die Entwicklung einer Politik, die unsere Fähigkeit, Werte zu schaffen, viel besser nutzen will. Eine in diese Richtung zielende Initiative betrifft die Wertschöpfungsketten im Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel, die von Argentinien gefördert werden. Durch die Schaffung eigener Produktionszweige könnte eine Regierung, die hochwertige Produkte für seine Ernährungs- oder Sozialprogramme einkauft, die gleichen Produkte vor Ort erwerben, statt sie zu importieren. Weiterhin können Projekte zur regionalen Integration, wie die im Bereich der Infrastruktur, zu diesem Prozess dadurch beitragen, dass Materialien nachgefragt werden, die Bestandteile aus lokaler Produktion enthalten. Gemeinsam gefördert werden können unter anderem die Bereiche Petrochemie, Wasserkraft und Raffinerien. Große Veränderungen in der Produktion gehen aber nicht nur von der Nachfrageseite aus, sondern auch von der Gestaltung und Pla-

nung der Entwicklung der Produktion.

*Welche Bedeutung hat dabei die Industrialisierung?*

Der Region hat die Industrie aufgegeben. Sie ist in den vergangenen zehn Jahren beständig geschrumpft. Wir müssen sie als ein Element der Wertschöpfung wieder ankurzeln. Wir können nicht weiterhin auf den Verkauf von Öl, Bodenschätzen und Getreide als Basis unserer Entwicklung setzen und darauf hoffen, dass die Warenpreise steigen oder fallen. Wir müssen diese Produkte, die derzeit 80 Prozent des Welthandels ausmachen, selbst verarbeiten und Wertschöpfungsketten schaffen. Das heißt, es wird nicht mehr auf traditionelle Weise gekauft und verkauft, sondern es werden miteinander verknüpfte Produktionseinheiten geschaffen, die jeweils für sich Wert schöpfen. Die großen Automobilkonzerne produzieren nicht an einem einzigen Ort, sondern weltweit.

*Wie könnte in einem für die Regionalwirtschaft weniger günstigen internationalen Umfeld die regionale Integration zur Produktionstätigkeit beitragen?*

In Zeiten, in denen unter anderem Auslandsinvestitionen effektiv zurückgehen, die Wirtschaft in Europa und den USA stagniert, die Nachfrage Chinas nach Rohstoffen sinkt und der Ölpreis fällt, ist mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der Region, allerdings nicht mit einer Rezession zu rechnen. Unter diesen Umständen sollten wir nicht auswärts nach Lösungen suchen, sondern die Krise intern überwinden. Wir haben die Möglichkeit, den Handel zwischen den Ländern der Region auszuweiten, weshalb über die Schaffung von Mehrwert hinaus eine Komplementarität der einzelnen Wirtschaften anzustreben ist. Derzeit entfallen 70 Prozent des intraregionalen Handelsvolumens auf Halbfabrikate, das heißt, wir müssen die Wiederbelebung der Industrie vom Binnenhandel aus in Angriff nehmen. Das wäre eine kreative Antwort auf die mit der wirtschaftlichen Abschwächung verbundenen Herausforderungen. Eine andere Zahl, die diese Idee stützt, betrifft die Investitionen der einzelnen Länder der Region innerhalb der Region. Sie stiegen in den letzten Jahren um 13 Prozent, während die Auslandsinvestitionen um 6 bis 7 Prozent stiegen.

*Die Bank des Südens scheint notwendiger denn je zu sein. Wie schreitet ihre Gründung voran?*

Sie wird ihre Tätigkeit in Kürze aufnehmen. Mit dem gerade ernannten Vertreter Argentiniens ist nun das Direktorium vollständig, das den Generaldirektor der Bank wählt. Es sei daran erinnert, dass die Aufnahme ihrer Tätigkeit nicht von der Beteiligung aller zwölf Länder abhängt, sie können sich nach und nach anschließen.

*Kommen wir zum Thema Verteidigung und Schließung kolonialer Enklaven.*

Die Escuela Suramericana de Defensa wurde soeben in Quito gegründet. Sie ist eine Antwort auf die unselige Escuela de las Américas, in der die Oberkommandierenden der Region viele Jahre lang auf der Grundlage zweier fragwürdiger Thesen geschult wurden: dass die Kommunisten uns unterwerfen wollten und deshalb unsere Feinde seien und dass die Gründe für Konflikte bei uns selbst zu suchen seien. Peru gegen Ecuador, Argentinien gegen Chile ... Wir sind unsere eigenen Feinde! Wir sitzen der Doktrin der nationalen Sicherheit auf, die schweren Schaden verursacht hat. Bei der letzten Sitzung wurde der Vorschlag gemacht, eine Doktrin der regionalen Sicherheit zu erarbeiten. Die Bedrohungen betreffen alle und sind nicht ideologisch, sie sind global und umfassen Dinge wie den Klimawandel oder die Möglichkeit einer rechtswidrigen Einmischung, wie sie in Venezuela zu beobachten war. Wenn wir mit einer neuen Politik Ernst machen wollen, müssen Militärstützpunkte wie die auf den Malvinas oder in der Bucht von Guantánamo geschlossen werden.

*Sind Sie optimistisch, was den Frieden in Kolumbien angeht?*

Ich bin optimistisch und denke, dass die aktuellen Verhandlungen zu einem endgültigen Ende des Konflikts führen werden. Aber wie es heißt, ist die dunkelste Stunde die vor Tagesanbruch. In dieser letzten Stunde der Gespräche über eine politische Lösung des Konflikts stehen wir vor der Aufgabe, die schwierigste Etappe des Prozesses zurückzulegen, zu der unter anderem die militärische Deeskalation sowie die Demobilisierung, die Entwaffnung und die Gewährleistung der Sicherheit der Aufständischen gehören.

In dieser Situation wird gewissen Kreisen in Kolumbien allmählich klar, dass der Prozess sich seinem Ende nähert, und deshalb benutzen sie jedes beliebige Argument, um zu versuchen, die Gespräche in die Länge zu ziehen. Leider handelt es sich um eine sehr aggressive Rechte, die den Prozess anhalten will, und sie nutzt diese heikle Phase dazu, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

Ich erinnere daran, dass gewisse Kreise in Kolumbien, die die Friedensbemühungen ablehnen, traurige und schmerzliche Ereignisse wie die Ermordung der Soldaten in Cauca zum Anlass nehmen, auf einen Abbruch der Gespräche zu drängen. Wenn der Frieden einmal geschlossen ist, werden sie solche Ereignisse nicht mehr anführen können. Hier geht es um die Fähigkeit, Konflikte demokratisch zu lösen. Obwohl ich die Gewalt in Kolumbien in den letzten fünfzig Jahren des bewaffneten Kampfs aus der Nähe erlebt habe, bin ich der Ansicht, dass die Gespräche ein erfolgreiches Ende nehmen werden.

# Papst Franziskus Enzyklika *Laudato si*

## Über die Sorge für das gemeinsame Haus

### Ausschnitte zu Klimaschuld und Umweltgerechtigkeit, Auslandsverschuldung als Kontrollinstrument

51. Die **soziale Ungerechtigkeit** geht nicht nur Einzelne an, sondern ganze Länder, und zwingt dazu, an eine Ethik der internationalen Beziehungen zu denken. Denn es gibt eine **wirkliche »ökologische Schuld«** – besonders zwischen dem Norden und dem Süden – im Zusammenhang mit Ungleichgewichten im Handel und deren Konsequenzen im ökologischen Bereich wie auch mit dem im Laufe der Geschichte von einigen Ländern praktizierten unproportionierten Verbrauch der natürlichen Ressourcen. Der Export einiger Rohstoffe, um die Märkte im industrialisierten Norden zu befriedigen, hat örtliche Schäden verursacht wie die Quecksilbervergiftung in den Goldminen oder die Vergiftung mit Schwefeldioxid im Bergbau zur Kupfergewinnung. Besonders muss man der Tatsache Rechnung tragen, dass der Umweltbereich des gesamten Planeten zur »Entsorgung« gasförmiger Abfälle gebraucht wird, die sich im Laufe von zwei Jahrhunderten angesammelt und eine Situation geschaffen haben, die nunmehr alle Länder der Welt in Mitleidenschaft zieht. Die **Erwärmung**, die durch den enormen Konsum einiger reicher Länder verursacht wird, hat Auswirkungen in den ärmsten Zonen der Erde, besonders in Afrika, wo der Temperaturanstieg vereint mit der Dürre verheerende Folgen für den Ertrag des Ackerbaus hat. Dazu kommen die Schäden, die durch die Exportierung fester und flüssiger toxischer Abfälle in die Entwicklungsländer und durch die umweltschädigende Aktivität von Unternehmen verursacht werden, die in den weniger entwickelten Ländern tun, was sie in den Ländern, die ihnen das Kapital bringen, nicht tun können: »Wir stellen fest, dass es häufig multinationale Unternehmen sind, die so handeln und hier tun, was ihnen in den entwickelten Ländern bzw. in der sogenannten Ersten Welt nicht erlaubt ist. Im Allgemeinen bleiben bei der Einstellung ihrer Aktivitäten und ihrem Rückzug große Schulden gegenüber Mensch und Umwelt zurück wie Arbeitslosigkeit, Dörfer ohne Leben, Erschöpfung einiger natürlicher Reserven, Entwaldung, Verarmung der örtlichen Landwirtschaft und Viehzucht, Krater, eingeebnete Hügel, verseuchte Flüsse und einige wenige soziale Werke, die nicht mehr unterhalten werden können.« (Bischöfe der Region Patagonia-Comahue (Argentinien), Weihnachtsbotschaft, Dezember 2009)

52. Die **Auslandsverschuldung** der armen Länder ist zu einem Kontrollinstrument geworden, das Gleiche gilt aber nicht für die

ökologische Schuld. Auf verschiedene Weise versorgen die weniger entwickelten Völker, wo sich die bedeutendsten Reserven der Biosphäre befinden, weiter die Entwicklung der reichsten Länder, auf Kosten ihrer eigenen Gegenwart und Zukunft.

Der Erdboden der Armen im Süden ist fruchtbar und wenig umweltgeschädigt, doch in den Besitz dieser Güter und Ressourcen zu gelangen, um ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen, ist ihnen verwehrt durch ein strukturell perverses System von kommerziellen Beziehungen und Eigentumsverhältnissen.



Evo Morales überreicht dem Papst eine etwas verformte Version von *HAMMER UND Sichel*

Es ist notwendig, dass die entwickelten Länder zur Lösung dieser Schuld beitragen, indem sie den Konsum nicht erneuerbarer Energie in bedeutendem Maß einschränken und Hilfsmittel in die am meisten bedürftigen Länder bringen, um politische Konzepte und Programme für eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Die ärmsten Regionen und Länder besitzen weniger Möglichkeiten, neue Modelle zur Reduzierung der Umweltbelastung anzuwenden, denn sie haben nicht die Qualifikation, um die notwendigen Verfahren zu entwickeln, und können die Kosten nicht abdecken. Darum muss man deutlich im Bewusstsein behalten, dass es im Klimawandel diversifizierte Verantwortlichkeiten gibt, und sich – wie die Bischöfe der Vereinigten Staaten sagten – entsprechend »besonders auf die Bedürfnisse der Armen, der Schwachen und der Verletzlichen konzentrieren, in einer Debatte, die oftmals von den mächtigeren Interessen beherrscht ist«. Wir müssen uns stärker bewusst machen, dass wir eine einzige Menschheitsfamilie sind. Es gibt keine politischen oder sozialen Grenzen und Barrieren, die uns erlauben, uns zu isolieren, und aus eben diesem Grund auch keinen Raum für die Globalisierung der Gleichgültigkeit.

189. Die Politik darf sich **nicht der Wirtschaft unterwerfen**, und diese darf sich nicht dem Diktat und dem Effizienzorien-

tierten Paradigma der Technokratie unterwerfen. Im Hinblick auf das **Gemeinwohl** besteht für uns heute die dringende Notwendigkeit, dass Politik und Wirtschaft sich im Dialog entschieden in den Dienst des Lebens stellen, besonders in den des menschlichen Lebens.

Die **Rettung der Banken um jeden Preis**, indem man die Kosten dafür der Bevölkerung aufbürdet, ohne den festen Entschluss, das gesamte System zu überprüfen und zu reformieren, unterstützt eine absolute Herrschaft der Finanzen, die keine Zukunft besitzt und nach einer langwierigen, kostspieligen und scheinbaren Heilung nur neue Krisen hervorrufen kann. Die **Finanzkrise von 2007-2008** war eine Gelegenheit für die Entwicklung einer neuen, gegenüber den ethischen Grundsätzen aufmerksameren Wirtschaft und für eine Regelung der spekulativen Finanzaktivität und des fiktiven Reichtums. Doch es gab keine Reaktion, die dazu führte, die veralteten Kriterien zu überdenken, die weiterhin die Welt regieren.

Die Produktion ist nicht immer rational und pflegt an wirtschaftliche Variablen gebunden zu sein, die den Produkten einen Wert zuschreiben, der nicht ihrem wirklichen Wert entspricht. Das führt oft zu einer **Überproduktion** einiger Waren, mit einer unnötigen Umweltbelastung, die zugleich viele regionale Wirtschaftszweige beeinträchtigt.<sup>133</sup> Die Finanzblase pflegt auch eine Produktionsblase zu sein. Letztlich ist das, was nicht energisch in Angriff genommen wird, das Problem der **Realökonomie**, die es möglich macht, dass die Produktion vielseitig gestaltet und verbessert wird, dass die Unternehmen angemessen funktionieren, dass die kleinen und mittleren Betriebe sich entwickeln und Arbeitsplätze schaffen.

[http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2015/2015-06-18-Enzyklika-Laudato-si-DE.pdf](http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2015/2015-06-18-Enzyklika-Laudato-si-DE.pdf)

#### **Kommentar vom Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber:**

„Das ist für den Papst eine Art Regierungserklärung“, sagt Schellnhuber. „Die Enzyklika wird enorme politische Wirkungen haben. Dieses Jahr wird die Weltbühne bereitet für die Lösung des Klimaproblems. Wir wissen noch nicht, ob es in Paris für ein ehrgeiziges Abkommen reichen wird (...). Wir haben jetzt jedenfalls mächtig Rückenwind.“ Für ihn ist die Veröffentlichung der Papst-Schrift ein historisches Ereignis: „G-

7-Gipfel gibt es jedes Jahr, eine Umweltenzyklika hat nun nach fast zweitausend Jahren römischer Kirche Premiere. Diese Schrift kann gar nicht unpolitisch sein.“

Im April dieses Jahres hatte Schellnhuber das jüngste und, wie er meint, wichtigste Treffen mit den Pontifikalgelehrten. „Es war ein hartes Stück Arbeit, die Erkenntnisse der Wissenschaft so aufzubereiten, dass im Vatikan das Klimaproblem jetzt so sehr viel besser verstanden wird.“

Wichtig sei, dass die Enzyklika jetzt, im Entscheidungsjahr der von den Vereinten Nationen angetriebenen Weltklima- und

Nachhaltigkeitspolitik, erschienen sei. Das Entscheidende für ihn: „Er sagt, hier ist die Gefahr, das sagt uns die Wissenschaft, und hier ist das Unrecht, und dann geht er direkt zum Handeln und zur moralischen Verantwortung über.“ Einige Kräfte im Vatikan hätten dennoch versucht, die alte klimaskeptische Haltung zu bewahren und in die Enzyklika einzubauen. „Die Sorge von uns Wissenschaftlern war natürlich, dass der Text einer falschen Balance aufsitzt – dass er also nicht klar den Forschungsstand zum Klima wiedergibt, sondern laviert und nur erklärt, dass die einen so und die anderen

so sagen. Und dass man dann am Ende einen windelweichen Kompromiss ausgibt, nach dem Motto: Nichts Genaues weiß man zwar nicht, aber das Vorsorgeprinzip erfordert nun mal, dass man handelt.“ Schellnhubers einzige Kritik: „Die Folgen des Klimawandels sind in der Enzyklika etwas unterbelichtet. Stürme, Dürren und so weiter werden eher cursorisch behandelt, als sei das alles jedem längst bekannt.“

<http://www.faz.net/aktuell/wissen/klimaforscher-schellnhuber-im-interview-diese-papst-schrift-ist-eine-regierungserklaerung-13653951.html>

## Helmut Selinger „Durchbruch für den Klimaschutz“ beim G7-Gipfel in Elmau kaum mehr als Schall und Rauch

11. Juni 2015

Die Süddeutsche Zeitung bringt am Tag nach dem G7-Gipfel den Aufmacher „Abschied von Kohle, Öl und Gas. Der G7-Gipfel kündigt eine neue Ära an: Um die Erderwärmung zu stoppen, versprechen die Staaten für die nächsten Jahrzehnte einen Radikalumbau der Energiegewinnung.“ An anderer Stelle heißt es, Merkel habe sich zum Thema Klimaschutz zurückgemeldet und Obama brauche vorzeigbare Erfolge für sein politisches Ende und Präsident Hollande weiß, ohne verbindliche Ziele wäre sein Gipfel in Paris schon jetzt zum Scheitern verurteilt. Es sei ein Durchbruch erzielt worden, indem die G7-Länder das 2°C-Ziel bestätigt hätten. Dabei ist dieses im Laufe der letzten 20 Jahre schon x-mal bekräftigt worden...., leider immer ohne reale Maßnahmen und Fortschritte...

Die G7-Staaten wollen laut SZ das Zeitalter der fossilen Energie beenden, es wird von der „Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts“ gesprochen. Eine Dekarbonisierung, d.h. ein radikaler Abschied von Kohle, Öl und Gas, wäre in der Tat genau das Richtige für den Klimaschutz, es fehlen jedoch ambitionierte konkrete Schritte und überhaupt ist das, wie viele wissen, keine Aufgabe, die bis zum Ende des Jahrhunderts warten kann. Denn die Treibhausgas-Emissionen erreichen weiter ungebrochen einen Höchststand nach dem anderen und das alles trotz inzwischen schon seit 1990 bekannten Tatsachen, die sich mit jedem Jahr wissenschaftlich immer mehr erhärten und durch nach und nach zunehmende Klimakatastrophen „veranschaulicht“ werden...

In Wirklichkeit betreiben die G7-Staaten nach wie vor sowohl national wie international eine Verweigerungs- und Verzögerungshaltung, was eine konsequente und notwendige Klimaschutzpolitik betrifft – hier seien nur einige wenige Beispiele der

traurigen Bilanz genannt: **USA und Kanada** fördern das besonders umwelt- und klimaschädliche Fracking und die Teersandölgewinnung, und die Exploration neuer Ölfelder überall auf der Erde und nun sogar in der Arktis wird massiv gefördert, **Deutschland** als angebliches Klimaschutzmusterland ist konsequent dabei, die einmal positive Energiewende abzuwürgen und verzeichnet seit Jahren wieder Rekorde in der besonders schlimmen Braunkohle-Verstromung und damit auch bei seinen CO<sub>2</sub>-Emissionen. In **Japan** sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 kontinuierlich angestiegen. Lediglich in Frankreich, Italien und England ist neben Deutschland eine gewisse Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 zu verzeichnen. Insgesamt aber haben die G7-Länder in 2013 sogar mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen als im Jahr 1990.

Aber noch viel verheerender und dramatischer für die G7-Staaten wird die Betrachtung der Realität der globalen Klimapolitik, wenn man einen kaum bezweifelbaren globalen (**Klima-)** Gerechtigkeitsansatz als Maßstab zugrunde legt: Danach haben die Industriestaaten und von ihnen vor allem die G7-Staaten schon weit über das ihnen jeweils nach ihrer Bevölkerung zustehende Maß an CO<sub>2</sub>-Emissionen hinaus gewirtschaftet und zwar auf Kosten der übrigen Länder auf der Erde. Dies gilt selbst schon dann, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen nur ab 1990 – nicht ab Beginn der Industrialisierung – angerechnet werden.

Diese sehr ungemütliche Tatsache des „über die Verhältnisse Lebens“ wurde auf dem G7-Gipfel mit keinem Wort erwähnt, deshalb ist er auch für die kommenden Verhandlungen in Paris und danach ein wirklich schlechtes Signal für die Schwellen- und Entwicklungsländer.... Sie können in keiner Weise auf diese „Wertegemeinschaft“ und deren Gerechtigkeitsempfinden hoffen, selbst bei einem ob-

jektiv so unbestreitbaren Phänomen wie dem anthropogenen Klimawandel, bei dem das Bild sicher angebracht ist, dass wir alle auf dieser Erde eigentlich „in einem Boot sitzen“ und achtsam und solidarisch miteinander umgehen sollten.

Man kann dieses „über die Verhältnisse Leben“ auch durch finanzielle Schulden ausdrücken, wenn man für 1 t CO<sub>2</sub> einen Wert von 40 \$ ansetzt, was wohl nicht übertrieben ist, eher untertrieben, wenn man auch künftige Schäden berücksichtigt. Bei einer solchen Betrachtung ergibt sich für die G7-Staaten eine sogenannte **„Klimaschuld“** rückwirkend für die Zeit von 1990 bis 2013 von fast unglaublichen 4,5 Bill.\$ und ab 2014 Klimaschulden von fast 360 Mrd.\$ pro Jahr. Finanzen in dieser Größenordnung schulden die G7-Staaten also vor allem den Entwicklungsländern

Jede Finanzierung, die diese grundlegende Realität der Klimaschulden vieler Industrieländer (auch nicht G7-Länder wie z.B. Russland, Süd-Korea und Australien, dann auch Saudi Arabien) verschweigt und auf dem „Prinzip Almosen“ der reichen Länder gegründet ist, dient der weiteren Ausbeutung der Aufnahme- und Regenerationskapazität der gemeinsamen globalen Atmosphäre auf Kosten der Entwicklungs- und Schwellenländer.

Ein Finanzierungsangebot in Höhe von 10 Mrd \$, das oft auch noch aus der Umwidmung von Entwicklungs-„Hilfe“-Geldern besteht, ist lächerlich und eine Beleidigung vieler Länder, die schon heute Klimaopfer sind. Die Inaussichtstellung eines grünen Klimafonds von 100 Mrd \$ pro Jahr, und das auch erst ab 2020 und in einer völlig nebulösen Mischung aus staatlichen „Hilfs“-Geldern mit irgendwelchen privaten Finanzmitteln ist ebenfalls eine Beleidigung all der Länder, auf deren Kosten immer weiter CO<sub>2</sub> zum gemeinsamen Schaden der ganzen Menschheit emittiert wird.

Die einzig angemessene Form der Reaktion der Schwellen- und Entwicklungsländer wäre die gemeinsame Forderung, als Basis aller zukünftigen Klimaverhandlungen (auch schon in Paris) das Prinzip der Klimagerechtigkeit auf der Basis eines aus der Klimawissenschaft sehr wohl bekannten globalen Gesamt-Budgets zugrunde zu legen.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer sollten sich im Rahmen der UN darauf einigen, dass Klimaverhandlungen nur dann Sinn machen, wenn auch die Industrieländer zunächst diese Art der Betrachtung und Berechnung und am Ende ihre Klimaschulden akzeptieren. Die globale Klima- und

Umweltbewegung sollte die Entwicklungs- und Schwellenländer bei diesem Kampf unterstützen und antreiben. Dieser internationale **Kampf um Klimagerechtigkeit** steht nicht im Widerspruch zu nationalen und regionalen Kämpfen um einen ambitionierteren Klimaschutz in Richtung Dekarbonisierung – aber nicht erst bis 2100, sondern schon viel früher. Beides muss sich ergänzen, wie dies z.B. auch Naomi Klein eindrucksvoll in ihrem neuen Buch (“Kapitalismus vs Klima“) beschreibt.

Alle weiteren Verhandlungen um die Ausgestaltung eines UN-Klimafonds (in der Größenordnung von über 500 Mrd \$ pro Jahr) und z.B. um die Frage der Ermögli-

chung eines alternativen Entwicklungsweges der Energieversorgung und des Verkehrs, wie auch der Anpassung an den Klimawandel und eine gewisse Hilfe bei Katastrophen durch Versicherungen sind erst nach einer grundlegenden Verständigung auf den o.g. Klimagerechtigkeits-Grundsatz sinnvoll. Im jetzigen Stadium dienen solche Themen eher der Ablenkung von dem Problem der grundsätzlichen Betrachtungs- und Sichtweise oder schlimmer noch – sie sind Einfallstore für weitere kapitalistische Spekulationsfelder.

(...)

<http://isw-muenchen.de/2015/06/durchbruch-fuer-den-klimaschutz-beim-g7-gipfel-in-elmau-kaum-mehr-als-schall-und-rauch/>

## Mohssen Massarrat Dekarbonisierung braucht einen Masterplan

*Für das Klimaziel reichen Marktinstrumente nicht. Der Staatenbund muss das Angebot und den Verbrauch kontrollieren.*

In Elmau schrieben die G7-Staaten ein Klimaziel in ihre Abschlusserklärung, das die Klimaforscher seit langem fordern – endlich. Damit die Erderwärmung unter dem Zwei-Grad-Anstieg bleibt, muss die internationale Gemeinschaft bis zum Ende des 21. Jahrhunderts aus dem fossilen Energiepfad vollständig aussteigen. Gut so, Frau Bundeskanzlerin, auch wenn die verkündete Dekarbonisierung lediglich ein unverbindliches Ziel ist.

Tatsächlich stellt der Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle bis zum Ende des 21. Jahrhunderts (Klimaforscher nennen 2070 als Zeitfenster zur Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels) eine Jahrhundertaufgabe dar, im Grunde die größte Herausforderung der Völkergemeinschaft in der Menschheitsgeschichte. Angenommen, den G7-Staaten gelänge es auf der Pariser Klimakonferenz im Dezember, China, Russland, Australien, Kanada, Südafrika, Saudi-Arabien und sämtliche Staaten darauf einzustimmen, das angepeilte Ausstiegsziel zu einer international verbindlichen Klimaschutzstrategie zu erklären – wozu es allerdings reichlichen Optimismus‘ bedürfte – wäre es dann möglich, mit der Umsetzung zu starten? Und welche Instrumente stünden dafür zur Verfügung? Klar ist angesichts der historischen Aufgabe jedenfalls, dass es eine große Illusion wäre, sich allein auf Marktinstrumente, wie Energiebesteuerung oder Kohlenstoffhandel, zu verlassen, die im Rahmen der Kyoto-Verhandlungen bisher im Mittelpunkt standen.

### **Marktinstrumente reichen nicht, niemals!**

Auf den internationalen Energiemärkten prallen entgegen gesetzte Interessen mächtiger Akteure aufeinander. Marktlenkungsinstrumente allein führen nie zu den erwünschten Klimazielen. Obendrein haben diese Instrumente auch unerwünschte Nebenwirkungen, die die eigentlichen Ziele

konterkarieren. Die Besteuerung fossiler Energien auf der Verbraucherseite hätte beispielsweise die unerwünschte Nebenwirkung, dass die Anbieter von Kohle, Öl, und Gas ihre Produktion steigern, um Umsatzverluste wett zu machen. Steigende Ölpreise auf über 100 US-Dollar je Barrel in den letzten Jahren – der bisher wirkungsvollste Markthebel für den Klimaschutz – um ein weiteres Beispiel zu nennen, trugen zwar dazu bei, dass regenerative Energien die Schwelle der Wettbewerbsfähigkeit überschritten und boomten.

Gleichzeitig war aber genau derselbe Markthebel der Grund für den massiven Ausbau der klimaschädlichen Frackingtechnik in den USA. Auch Emission Trading, jenes Instrument, das bei den bisherigen Kioto-Verhandlungen gemeinhin als das Klimaschutzinstrument ganz in den Mittelpunkt gerückt wurde, kann in ähnlicher Weise von den Anbietern fossiler Energien wirkungslos gemacht werden, wie die Energie-Besteuerung auf der Verbraucherseite. Und wer könnte schließlich verhindern, dass sich der Markt für Emissionshandel ziemlich rasch zu einem ertragreichen Sektor für Finanzinvestitionen entwickelt, bevor er einen nennenswerten Beitrag für den Klimaschutz liefern würde.

Tatsächlich gibt es auch keine Beweise, dass die genannten Marktinstrumente bisher einen Klimaschutzpolitischen Beitrag geleistet haben. Umgekehrt beruhen die bisherigen Erfolge zum Ausbau von regenerativen Energietechnologien allesamt auf politischen Entscheidungen, so beispielsweise in Deutschland auf dem erneuerbaren Energiegesetz. Auch Sigmar Gabriels Absicht, Kohlekraftwerke stillzulegen, ist nichts anderes als eine politisch regulative Entscheidung. Alles in allem eignen sich Marktinstrumente für eine Klimaschutzpolitische Spielweise, jedoch kaum für einen globalen Strukturwandel von gigantischem Ausmaß.

### **Globale Angebotsreduktion von Kohle, Gas und Öl**

Dafür müsste ein Masterplan her, der den Herausforderungen der Dekarbonisierung wirklich gewachsen ist. In diesem Kurzbeitrag können dazu lediglich die Eckpunkte abgesteckt werden: Die Dekarbonisierung kann organisatorisch und ökonomisch am effektivsten durch globale Angebotsreduktion von Öl, Gas und Kohle erfolgen. Deshalb müssten die Anbieterstaaten im Kyoto-Prozess eine zentrale Rolle spielen. Die zulässige Gesamtmenge von 565 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen, die in den nächsten fünfzig Jahren in die Atmosphäre geblasen werden dürfen, damit die Erderwärmung unterhalb der Zwei-Grad-Grenze bleibt, müssen nach Energieart (Öl; Gas, Kohle) und Zugehörigkeit unter den Anbietern (Staaten bzw. Konzernen) in einem globalen Plan aufgeteilt werden.

Als Grundlage der Aufteilung können die gegenwärtigen Anteile der ökonomisch gewinnbaren Vorräte in Betracht gezogen werden. Würden Newcomer dazu kommen, müsste der Aufteilungsplan jeweils modifiziert werden. Die Anteile für Öl, Gas und Kohle richten sich nach ihrem jeweiligen CO<sub>2</sub>-Gehalt. Je höher dieser Faktor, desto geringer der Anteil im Aufteilungsplan. Generell wird die Nutzung der fossilen Vorräte in ökologisch sensiblen Regionen (in Regenwäldern, Lebensräumen indigener Völker, Offshores und Weltmeeren etc.) möglichst umgehend eingestellt. Angesichts der vergleichsweise geringen Anzahl der handelnden Akteure bleibt die Kontrolle, dass der Plan nicht unterlaufen wird, im Rahmen eines vertretbaren Aufwands.

### **Flexibler Verteilungsplan**

Auf diesen globalen Verteilungsplan einigen sich sämtlich Akteure in einem völkerrechtlich belastbaren Vertrag. Mit einem solchen Verteilungsplan kann die Einhal-

tung der Ziele als sicher angenommen werden. Damit ist der Klimaschutzpolitische Rahmen vorgegeben. Alle anderen ökonomischen Parameter der globalen Dekarbonisierung bleiben den internationalen Märkten überlassen. Die fossilen Energiepreise würden bei sinkender Produktion und der sukzessiv wachsenden Energiegesamtnachfrage steigen und dadurch Alternativen wettbewerbsfähig machen. Neue Technologien brauchen keine Subventionen mehr. Ab sofort entscheidet nicht mehr die Politik, welche Technologien für Energieeinsparung und den Einstieg in das Zeitalter

der erneuerbaren Energien Sinn machen, sondern allein der Konsument.

### Ein globaler Fond für Entschädigung

Die Entschädigung aller betroffenen Akteure ist unerlässlich, damit eine Einigung im Konsens (Voraussetzung des Masterplans) erreicht werden kann. Dazu müsste ein globaler Fond eingerichtet werden, in den alle Staaten nach Maßgabe ihres bisher in die Atmosphäre geblasenen CO<sub>2</sub>-Anteils einzahlen. Die Anbieter von Öl, Gas und Kohle, mit Ausnahme jener in ökologisch sensiblen Regionen, werden von einer Entschä-

digung ausgenommen. Die ständig steigenden Preise fossiler Energien stellen eine Quelle für hinreichende Entschädigung dieser Gruppe dar. Aus diesem Fond müsste auch der Strukturwandel hin zu erneuerbaren Energien in den wenig entwickelten Staaten finanziert werden. Dekarbonisierung in dem uns verbliebenen Zeitraum ist nach Maßgabe von Gerechtigkeitskriterien technisch und organisatorisch machbar. Was jedoch bisher fehlt, ist der Wille der Staatengemeinschaft.

<http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=15305>

## ALTERNATIBA in Frankreich

Die Staatschefs der gesamten Welt werden sich vom 30. Nov. bis zum 11. Dez. 2015 in Paris auf dem **21. Weltklimagipfel der Vereinten Nationen (COP21)** treffen (1), um zu versuchen ein internationales Abkommen zu treffen, welches ab 2020 in Kraft tritt. Nach über 20 Jahren erfolgloser internationaler Verhandlungen entsprechen die momentan von den Staaten gezeigten Absichten nicht ansatzweise dem Umfang der Probleme, vor welchen wir stehen. Da die Klimatologen sagen, dass wir es uns nicht leisten können noch bis 2020 zu warten bis wir beginnen zu handeln, wird die Mobilisierung der Bürger in den kommenden Monaten und Jahren von großer strategischer Bedeutung sein.

Am 6. Oktober 2013 haben wir in Bayonne dazu aufgerufen, die Alternatibas – **die Dörfer der Alternativen zum Klimawandel** – in Frankreich und in ganz Europa zu vervielfältigen. Jetzt, anderthalb Jahre später arbeiten fast 120 lokale Gruppen im Rahmen der Alternatiba-Bewegung. Die Alternatiba-Tour ist Teil dieser Herausforderungen. Vier Monate lang legen wir mehr als 5600km zurück, um auf die Dringlichkeit des Klimawandels hinzuweisen. Während dieser vier Monate fahren wir durch 187 verschiedene Städte, um für die Alternativen zu werben, welche es möglich machen, die Herausforderungen des Klimawandels zu überwinden und gleichzeitig eine menschlichere, gerechtere, solidarisiertere und nachhaltigere Gesellschaft zu schaffen. Wir sind bereits Tausende, die die Alternativen zum Klimawandel leben: bäuerliche, lokale und nachhaltige Ernährung und Landwirtschaft; ein Girokonto bei einer ökologisch verantwortlichen und transparenten Bank; organisieren unsere tägliche Beförderung auf dem Rad oder mit dem öffentlichen Nahverkehr; wählen einen Stromanbieter, der 100% erneuerbare Energien anbietet; (...) und vieles mehr!

Lasst uns Hunderte von Millionen sein, die sich dieser Alternativen bedienen und somit beginnen, nicht nur unsere eigenen Leben zu ändern, sondern auch einen Wandel unserer Länder, unserer Städte und Dörfer und der gesamten Gesellschaft einzuleiten.

(1) Dokumente: <http://unfccc.int/2860.php>

<https://alternatiba.eu/de/2015/07/der-wandel-kommt-in-gang/> ;

**Wer wir sind**; <https://alternatiba.eu/wp-content/uploads/ressources/alternatiba-DE.pdf>

Bericht über die Gründung von Alternatiba in *SiG 106*

## KLIMA-Aktionen in Deutschland

*Einladung zu Aktionen: Ob beim G7-Treffen im Sommer in Bayern oder bei der UN-Klimakonferenz im Dezember in Paris – in einer Endlosschleife werden Regierungsvertreter\*innen dieses Jahr ihre Betroffenheit über das eskalierende Klimachaos ausdrücken. Doch die kurzfristigen Profitinteressen der Energiekonzerne werden wieder einmal über das Gemeinwohl gestellt und ein Wirtschaftssystem zur Lösung der Probleme angerufen, welches uns erst in die Klimakatastrophe gebracht hat.*

### 14. bis 16. August 2015: Bagger blockieren. Klima schützen – Auf ins Rheinische Braunkohlerevier im August!

Aktion zivilen Ungehorsams gegen den dreckigsten und größten CO<sub>2</sub>-Verursacher Europas – RWEs Tagebaue im rheinischen Braunkohlerevier. Alle, ob protestertfahren oder nicht, können an der Aktion teilnehmen. **Ende Gelände** für die Kohlebagger! [www.ende-gelände.org/](http://www.ende-gelände.org/)

5.-9. August: **Klimacamp Lausitz** (in der Nähe von Berlin) gegen den dortigen Braunkohleabbau von Vattenfall [www.lausitzcamp.info/](http://www.lausitzcamp.info/)

9. bis 14. August: **Sommerschule 2015 „Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit“** [www.degrowth.de/de/sommerschule-2015/](http://www.degrowth.de/de/sommerschule-2015/) Fortsetzung der Debatten von über 3.000 Menschen bei der Degrowth-Konferenz letztes Jahr in Leipzig statt. Sie wird zusammen mit dem **Klimacamp im Rheinland** [www.klimacamp-im-rheinland.de/](http://www.klimacamp-im-rheinland.de/) vom 07. bis 17. August in der Nähe der Braunkohlegruben stattfinden

### Ein breites Bündnis mobilisiert für Aktionstage in Paris: (29.November – 12. Dezember 2015)

Alternativen in der ganzen Welt, 5. und 6. Dezember Aktions- und Vernetzungstage vom 7. bis zum 11. Dezember Klima-Aktionstag am **12. Dezember: Großdemonstration** <http://coalitionclimat21.org/en> <https://france.attac.org/se-mobiliser/changeons-systeme-pas-climat/>

### SiG-Artikel zum Klima:

Übersicht auf der SiG-Seite „Themen“

## Attac Deutschland: Sommerakademie in Marburg, 5. - 8. August 2015

WAS – Wissen, Aktion, Strategie für eine bessere Welt. <http://www.attac.de/soak/programm/programmheft/>

## Attac Frankreich: Sommerakademie in Marseille, 25. - 28. August 2015

Climat, Dette, Austérité : ça va chauffer ! [https://universite.attac.org/?pk\\_campaign=Attacr&pk\\_kwd=une](https://universite.attac.org/?pk_campaign=Attacr&pk_kwd=une)